

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

DEUTSCHLAND-AUSGABE

HF1

München, Freitag, 7. Mai 2010

66. Jahrgang / 18. Woche / Nr. 104 / 2,10 Euro

Das Streiflicht

(SZ) Wenn ein Engländer umschreiben will, dass ein Riesenproblem besteht, von dem jeder weiß, gegen das aber keiner was tut, dann sagt er: „There is an elephant in the room“, da steht ein Elefant im Raum. Genau betrachtet ist das Land voll von Elefanten, England ist eine Elefantennation. Seit Ewigkeiten haben die Engländer zum Beispiel keinen vernünftigen Torwart, jeder, der Augen hat, erkennt das, aber so richtig eingestehen mag es sich trotzdem keiner. Der Elefant kann also im Tor stehen, er kann auch im Parlament sitzen. Dass ihr merkwürdiges Wahlsystem dringend renoviert gehört, hat gerade wieder jeder mitgekriegt, aber das war früher auch schon so, und passiert ist . . . nichts. Die Engländer leben so routiniert mit ihren Elefanten, wie die Inder mit ihren Elefanten leben, die ja – wie Elefantenfreunde wissen – deutlich kleinere Ohren haben als die afrikanischen Elefanten. Wie groß da im Vergleich die Ohren der englischen Elefanten sind, konnte bisher nicht ermittelt werden, ein gedachter Elefant lässt sich nur schlecht vermessen.

Seit ein paar Tagen stehen Elefanten in ganz London, sie sind aus Fiberglas und, den Ohren nach zu urteilen, eher indisch inspiriert als afrikanisch. Eine Kunstaktion – es gab schon Kühe aus ähnlichem Material in Zürich, auch Löwen in München, aber die Londoner Elefanten sind etwas Besonderes, sie dokumentieren die Nähe der englischen Bevölkerung zu diesem wunderbaren Tier, die sich immer wieder auch in der Sprache ausdrückt: „White Elephant“ ist im Englischen eine Fehlinvestition, ein Grochengrab. Im Moment wird in London viel gebaut, die Stadt darf die Olympischen Spiele im Jahr 2012 veranstalten. Weil aber all die Sporthallen und Stadien so teuer sind, sieht es so aus, als entstünden gerade sehr viele weiße Elefanten. Und weil so viele weiße Elefanten ein Problem darstellen, von dem jeder weiß, das aber keiner benennt, jedenfalls keiner, der die Olympischen Spiele schlechtreden will, steht sprichwörtlich bereits der nächste Elefant im Raum, allerdings im öffentlichen.

Dazu passt, dass ausgerechnet in England eine Zeitlang gern Elephant-Jokes erzählt worden sind, Elefantenwitze, sie gehen so: „Was macht man mit einem weißen Elefanten? Man hält ihm den Rüssel zu, bis er blau anläuft.“ Oder: „Woran erkennt man, dass ein Elefant im Kühlschrank war? An den Fußspuren in der Butter.“ Man muss diese Witze nicht lustig finden, weiß Gott nicht. Wobei, der Witz mit dem Elefanten beim Urologen ist gar nicht so schlecht, sprengt an dieser Stelle allerdings den Rahmen. Was übrigens die Kunstelefanten angeht: Sie sind alle bunt angemalt und sollen versteigert werden, sie bringen also Geld, statt es zu verschlingen. Es sind Elefanten der neuen Art, die Engländer haben bisher keinen Begriff dafür.

Heute in der SZ

Der große Hunger
Ein kleines Tagebuch vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen 3

Schatten vor der Sonne
Es ist richtig, die staatliche Förderung für die Solarenergie zu kürzen.
Leitartikel von Wolfgang Roth 4

„Das Geschäft wird bösartiger“
Deutschlands bekanntester Konkursverwalter Jobst Wellensiek über den harten Kampf der Gläubiger ums Geld. 24

Bankenaufsicht ermittelt gegen 1860
Eine Tochtergesellschaft des Münchner Fußballclubs betreibt ihre Geschäfte ohne Erlaubnis. 25

TV- und Radioprogramm 34
Kinder- und Jugendliteratur 32
Forum / Leserbrief, Rätsel 33, 15
München · Bayern 29
Familienanzeigen 30

Süddeutsche Zeitung Bibliothek



Das Buch der Woche
Rafik Schami
Die dunkle Seite der Liebe
Florian Welle stellt Band Nr. 2 vor
Feuilleton, Seite 11
www.sz-shop.de

Süddeutsche Zeitung GmbH Hultschiner Straße 8
81677 München; Telefon 089/2183-0,
Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 01805/155900* (Immobilien- und Mietmarkt), 01805/255900* (Motormarkt), 01805/355900* (Stellenmarkt, weitere Märkte).
Abbo-Service: Telefon 01805/455900*,
www.sueddeutsche.de/abo
*01. Inlandspreise: Festnetz 14 ct./Min., Mobilfunk max. 42 ct./Min.



Egal, wie die britischen Liberaldemokraten bei der Parlamentswahl am Donnerstag abgeschnitten haben, einen Erfolg darf sich Parteichef Nick Clegg in jedem Fall auf die Fahne schreiben: Clegg – hier mit seiner Frau nach der Stimmabgabe – hat das alte britische Zwei-

Der dritte Brite

Parteien-System umgekrempelt. Mit einem starken Auftritt bei der ersten Wahldebatte im Fernsehen verschaffte Clegg seiner Partei einen Schub, der die Labour Par-

ty von Premier Gordon Brown und die konservativen Tories unter David Cameron völlig überraschte. Die Wahllokale schlossen am Donnerstag erst um 23 Uhr der späten Zeit, bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe lag deshalb noch kein Ergebnis vor. *Reuters*

Verhandlungen mit Regierungsparteien gescheitert

SPD enthält sich bei Griechenland-Hilfe

Mehrheit für Milliardenkredite im Bundestag an diesem Freitag trotzdem sicher / Grüne votieren mit Ja

Von Daniel Brössler und Cerstin Gammelin

Berlin / Brüssel – In der schwersten Krise seit Bestehen der Europäischen Union finden Regierung und Opposition in Deutschland nicht zu einer gemeinsamen Politik. In Berlin scheiterten am Donnerstag Verhandlungen für eine Begleitresolution zur Kreditgarantie für Griechenland. Die SPD will der Hilfe deshalb an diesem Freitag im Bundestag nicht zustimmen. In Athen rang das Parlament um das drakonische Sparpaket.

Im Bundestag ist zwar eine Mehrheit für eine Kreditgarantie über 22,4 Milliarden Euro für Griechenland gesichert, weil Union, FDP und Grüne für das Gesetz stimmen wollen. Trotz hektischer Verhandlungen gelang es Kanzlerin Angela Merkel (CDU) aber nicht, auch die SPD für eine Zustimmung zu gewinnen.

„In einer so existentiellen Frage ist es schon wünschenswert, dass auch die Sozialdemokraten zustimmen“, sagte Merkel am Nachmittag bei einem Europaforum des WDR. Wenig später wurden die Verhandlungen über eine gemeinsame Entschließung zum Kreditgesetz aber für gescheitert erklärt. Die SPD kündigte an, sich bei der Abstimmung über das Kreditgesetz enthalten zu wollen.

Streitpunkt war die von den Sozialdemokraten verlangte, vor allem von der FDP aber vehement abgelehnte Transaktionssteuer für die Finanzmärkte. Um in dieser Frage einen Kompromiss zu finden, hatte Merkel sich am Morgen mit den Vorsitzenden von SPD und FDP, Sigmar Gabriel und Guido Westerwelle, getroffen. Hoffnung gab es, nachdem die drei Politiker sich darauf verständigt hatten, ihren Fraktionen eine Formulierung zur Beteiligung der Finanzmärkte an den Krisenfolgen zur Zustimmung vorzulegen. Diese Formulierung nimmt Bezug

auf eine vom Internationalen Währungsfonds (IWF) empfohlene Besteuerung von Gewinnen und Gehältern im Finanzsektor, nicht aber auf die von der SPD verlangte Transaktionssteuer. Die SPD wollte schließlich von dieser Forderung doch nicht abrücken und kündigte eine eigene Entschließung an.

Geschwächt wurde die Position der Sozialdemokraten durch die Ankündigung der Grünen, der Kreditgarantie zustimmen zu wollen. Dadurch ist eine komfortable Mehrheit für das Gesetz in jedem Fall gesichert. Es gehe „um den Bestand der Europäischen Union und der Eurozone“ und nicht vorrangig um „die miserable Politik der Regierung Merkel-Westerwelle“, erläuterten die Fraktionschefs Renate Künast und Jürgen Trittin.

Kanzlerin Merkel stellte klar, dass sie die Politik in einem Kampf gegen die Märkte sieht. „Die Spekulanten sind unsere Gegner“, sagte sie. In einem gemeinsamen Brief an EU-Ratspräsident Her-

man Van Rompuy fordern Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Euroländer auf, Lehren aus der Krise in Griechenland zu ziehen. Jedes Land müsse seinen Teil der Verantwortung für die Stabilität des Euro übernehmen, schreiben beide. Van Rompuy hat die 16 Länder mit der Gemeinschaftswährung für diesen Freitag zu einem Gipfel nach Brüssel eingeladen. Dort soll das europäische 80-Milliarden-Euro-Paket für Griechenland endgültig freigegeben werden. Merkel und Sarkozy wollen zudem vereinbaren, Euroländer, die dauerhaft gegen den Stabilitätspakt verstoßen, künftig härter zu bestrafen und die Wirtschafts- und Haushaltspolitik enger abzustimmen.

In Athen wollte das Parlament noch am Abend über das Sparpaket abstimmen. Die Regierung bekräftigte, trotz des heftigen Widerstands der Bevölkerung an ihren Sparplänen festhalten zu wollen. (Seiten 2, 4 und Wirtschaft)

Kompost auf dem Haus

Der Klimawandel zerstört die deutschen Reetdächer

rioden“, sagt Diplom-Ingenieur Conradi. Daneben setzt sich auf den Dächern Feinstaub ab, der ein Feuchtigkeit speicherndes Milieu bildet. Überdies, so Conradi, sei die Luft „überdünnt durch die Abflucht aus Schweine- oder Hühnerfarmen“. Als wäre das nicht genug, stoßen die Katalysator-Autos Stickoxide aus. Die Folge: Reetdächer trocknen nicht mehr, verdichten sich, werden noch feuchter – und verrotten schließlich wie Gartenabfälle.

Der verhängnisvolle Mix setzt den Reetdachern derart zu, dass das Bundesforschungsinstitut ein Projekt des Instituts für Bauen und nachwachsende Rohstoffe an der FH Lüneburg unterstützt, das das Reetdach der Zukunft sucht. Historisch betrachtet, sagt Conradi, seien Reetdächer ein „Meilenstein in der Entwicklung der Zivilisation“. Allein der An-

blick solcher Dächer löse in den Menschen ein Gefühl von Geborgenheit und Sicherheit aus: „Reetdächer sind Emotion pur.“ Und längst Luxus: Waren Reetdächer einst billige Baulösungen, weil das Material in Flusstälern überall und schier unendlich vorhanden war, muss das Reet heute importiert werden. Die flusnnahen Landschaften hier zu Lande sind besiedelt, die letzten natürlichen Schilffelder stehen überwiegend unter Naturschutz.

Reet wurde zunächst aus Ungarn und Rumänien herbeigeschafft, aber in schlechter Qualität. Nun kommt es per Schiff in Containern aus China, wo es noch weite, ungenutzte Flusslandschaften gibt. Das einst billige Dach, das 30 bis 40 Jahre hielt, kostet heute mehr als ein Ziegeldach. Eine Lebensdauer von 30

Jahren erreicht es nur noch bei fachgerechter, intensiver Pflege.

Für Conradi ist der Zustand der Reetdächer ein Indikator für die veränderten Klima- und Umweltbedingungen. Das Lübecker Institut sucht nun Wege, die Dächer trotz des wachsenden Umgebungsstresses für die Halme trocken über die Zeit zu bekommen. Den Einsatz von Chemikalien lehnen die Forscher dabei ebenso ab wie den Austausch des natürlichen Materials durch Kunststoff – erste Anbieter für Reetdächer aus Plastik sind schon auf dem Markt. Die FH Lüneburg experimentiert stattdessen mit Dachneigungen, den Bindungsarten der Halme oder neuen Unterkonstruktionen. Viele Reethäuser sind heute bis unter Dach ausgebaut, ihnen fehlt dadurch ausreichende Belüftung. Ebenso schwierig ist der Erhalt der Dächer in unbewohnten Museumshäusern, die nie beheizt werden. Denn, sagt Conradi: „Das Reetdach ist erfunden worden, damit Menschen daunter leben.“ *Ralf Wiegand*

Dem Staat fehlen 39 Milliarden Euro

Steuerschätzer sagen bis Ende 2013 enorme Einnahmeausfälle voraus / FDP will Bürger trotzdem entlasten

Von Guido Bohsem

Berlin – Bund, Länder und Gemeinden müssen nach Berechnungen der Steuerschätzer bis Ende des Jahres 2013 mit etwa 39 Milliarden Euro weniger auskommen als bislang angenommen. Die FDP hielt trotz der schlechten Prognose der Experten weiter an ihrer Forderung fest, die Steuern um 16 Milliarden Euro zu senken. Auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schloss Steuersenkungen nicht aus. Voraussetzung seien Einsparungen an anderer Stelle. Er lehnte es aber weiterhin ab, einen konkreten Weg aus der aktuellen Schuldenmisere aufzuzeigen.

Die Koalition setzt damit ihre Taktik fort, vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am kommenden Sonn-

tag konkrete Aussagen zu einem unausweichlich notwendigen Sparpaket zu vermeiden – aus Furcht, dadurch die Mehrheit des schwarz-gelben Bündnisses im Bundesrat zu gefährden.

Zwar steigen die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren um insgesamt 50 Milliarden Euro an. Jedoch nimmt der Staat erst 2013 wieder so viel Geld ein wie vor der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Das liegt an den Folgen der schweren Rezession. Aber auch Beschlüsse der Koalition schmälern die Einnahmen des Staates nachhaltig. Das Regierungsbündnis hatte zu Beginn des Jahres die Steuern für Firmen und Hoteliers gesenkt und das Kindergeld erhöht.

Für die Gemeinden hatten die Steuerschätzer besonders schlechte Nachrichten. Sie werden etwa zwölf Milliarden

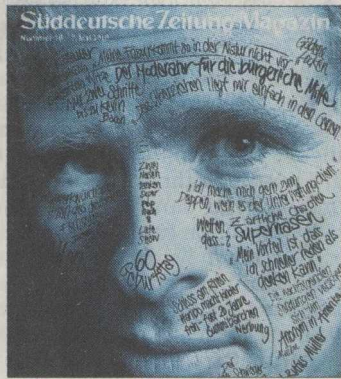
Euro weniger einnehmen als bislang erwartet. Der Deutsche Städtetag sprach von einer dramatischen Finanzlage, in der es absolut keinen Spielraum für Steuersenkungen gebe.

Nach Schäubles Worten wollen die Spitzen der Koalition bis Mitte Juni ein Sparpaket schnüren. Damit werde Deutschland die Kriterien des Stabilitätspakts wieder erfüllen und auch das Grundgesetz einhalten, sagte er. Die Bundesregierung muss bis 2013 circa 60 Milliarden Euro und bis 2016 etwa 210 Milliarden Euro einsparen. Das Sparvorhaben für das kommende Jahr gilt noch als relativ einfach umzusetzen. Schwieriger wird es in den Folgejahren, zumal die FDP von 2012 an die Einkommensteuer um insgesamt 16 Milliarden Euro senken möchte. Auch dieser Plan ist eng mit den

Wahlen in Nordrhein-Westfalen verbunden. Verliert die schwarz-gelbe Koalition ihre Mehrheit im Düsseldorfer Landtag, fehlt Union und FDP die nötige Stimmenzahl im Bundesrat, um die Steuerreform zu beschließen.

Schäuble sagte, es sei nicht seine Aufgabe, Vorschläge zu unterbreiten. Als Finanzminister müsse er die Rahmenbedingungen beschreiben. Nach seinen Worten haben daher eine Vereinfachung der Steuererklärung und eine Reform der kommunalen Finanzen Vorrang vor Steuersenkungen. Der SPD-Finanzexperte Carsten Schneider sagte, Kanzlerin Angela Merkel stehe angesichts der Ergebnisse der Steuerschätzung vor dem Scheitern ihrer Politik. Die Koalition müsse sagen, wie sie wieder von den Rekordschulden runterkomme. (Seite 4)

HEUTE MIT



Zum 60. Geburtstag: Was hat sein Bart mit der Quote zu tun – die letzten Geheimnisse des Thomas Gottschalk. Zum Verzweifeln: Die Werbebranche hat ein Problem – sie ist einfach nicht mehr cool. Zum Wundern: Ein deutscher Professor hat eine Therapie entwickelt, die Körper hilft, sich selbst zu heilen. Zum Zeitgeist: Wie viel Optimismus ist gesund? Eine Kritik des positiven Denkens. Liegt nicht der gesamten Auflagen bei

14 Seiten Immobilien, Kauf- und Mietmarkt

Georg Funke will Millionen

Ehemaliger HRE-Chef klagt auf Gehaltsnachzahlung

München – Der frühere Chef des wegen drohender Insolvenz verstaatlichteten Immobilienfinanziers Hypo Real Estate (HRE), Georg Funke, kann sich Hoffnungen auf Gehaltszahlungen seines früheren Arbeitgebers machen. Die Kündigung des 55-jährigen ehemaligen Managers könnte unwirksam gewesen sein, deutete Richter Helmut Krenke am Donnerstag im Prozess vor dem Landgericht München an. Funke verlangt Nachzahlungen in Höhe von 3,5 Millionen Euro. (Wirtschaft) *dpa*

Mumbai-Attentäter zum Tode verurteilt

Mumbai – Eineinhalb Jahre nach den Anschlügen im indischen Mumbai ist der einzige überlebende Attentäter zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Der Pakistaner Ajmal Amir Kasab war bereits vor einigen Tagen in 86 Anklagepunkten schuldig gesprochen worden, darunter wegen Mordes und Kriegführung gegen Indien. (Seite 8) *SZ*

„Beipackzettel“ für Finanzprodukte

Berlin – Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will Banken zu mehr Transparenz zwingen. Künftig sollen sie verpflichtet werden, alle wesentlichen Informationen zu einem Produkt übersichtlich auf zwei Seiten zusammenzufassen. Diese „Beipackzettel“ sollen dem Kunden helfen, Risiken zu erkennen und Produkte zu vergleichen. (Wirtschaft) *dku*

Vater von Amokläufer kommt vor Gericht

Winnenden – Der Vater des Amokläufers von Winnenden kommt vor Gericht. Das Landgericht Stuttgart hat die Anklage der Staatsanwaltschaft zugelassen. Der 51-Jährige wird beschuldigt, seinem Sohn Tim unerlaubten Zugriff auf eine erlaubnispflichtige Schusswaffe ermöglicht zu haben. (Panorama) *SZ*

Sieben Bayern-Spieler für WM nominiert

Stuttgart – Bundestrainer Joachim Löw setzt bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika auf einen Block von Champions-League-Finalist Bayern München. Löw benannte am Donnerstag sieben Profis des FC Bayern für den vorläufigen 27-Mann-Kader. Überraschungen gab es bei der Nominierung nicht. (Sport) *SZ*

Dax ▼	Dow ▼	Euro ▼
Xetra 17.00 Uhr 5.915 Punkte + 0,72 %	N.Y. 17.00 Uhr 10.802 Punkte + 0,61 %	17.00 22 Uhr 1.2700 US-\$ - 0,015

Das Wetter

München – Verbreitet dichte Wolkenfelder und regnerisch, nur im Südosten ein paar Wolkenlücken. Im Tagesverlauf auch im Süden aufgelockert, dennoch gelegentlich kurze Schauer. Temperaturen zwischen fünf und 17 Grad. Nachts vereinzelt Regen. (Seite 33)

Drei Menschen starben in Athen bei Protesten gegen das drastische Sparprogramm, das dem Land verordnet wurde. In der EU-Führung wächst die Skepsis: Muttet man den Griechen zu viel zu? In Deutschland ist der-

Griechenland: Wer zahlt die Rechnung?

weil ein parteipolitischer Streit über die Griechenland-Hilfe entbrannt. Die Regierungskoalition konnte sich

mit der SPD nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Der Grund: Vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen wollen die Sozialdemokraten nicht geradestehen für ein Rettungspaket, das äußerst unpopulär ist.

Aktuelles Lexikon

Enthaltung

Zur Grundausrüstung eines jeden Abgeordneten im Bundestag gehört auch ein Set aus farbigen Plastikkarten. Neben dem Namen des Politikers tragen die blauen Karten den Aufdruck „Ja“, die roten „Nein“ und die weißen „Enthalte mich“. Benutzt werden sie bei namentlichen Abstimmungen. Die Möglichkeit, sich zu enthalten, ist in der Geschäftsordnung des Bundestags ausdrücklich erwähnt. Die SPD hat angekündigt, sich bei der Abstimmung zum Rettungspaket für Griechenland zu enthalten. Eine Enthaltung ist nicht immer neutral – je nach Abstimmungsverfahren wirkt sie sich unterschiedlich aus. Wird für einen Antrag nur eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen benötigt, machen die Ja- und Nein-Stimmen das Rennen unter sich aus. Wer sich enthält, unterstützt dann automatisch das Nein-Lager. Im Plenarsaal gibt es sogar eine Tür mit der Aufschrift „Enthaltung“. In der Regel stimmen die Abgeordneten mit Handzeichen ab. Ist das Ergebnis unklar, gibt es den sogenannten Hammelsprung: Die Abgeordneten verlassen den Saal und betreten ihn erneut durch eine von drei Türen, die für Ja, Nein oder Enthaltung stehen. inra

Raus aus den Kartoffeln

Wie sich Union, FDP und SPD am Vortag der Entscheidung selbst desavouieren und dabei ein absurdes Schauspiel aufführen

Von Stefan Braun, Susanne Höll und Daniel Brössler

Morgens um acht ist die Welt noch in Ordnung. Die Welt jedenfalls, die normalerweise im Bundestag herrscht mit ihren klaren politischen Fronten. Hier die Koalition, die sich stark genug fühlt, um die Griechenland-Hilfe am Freitag allein durchs Parlament zu bringen. Dort die Sozialdemokraten, die den Kurs der Enthaltung für den richtigen halten. Und daneben die Grünen, die zwar Opposition sind, aber in Zeiten solcher Not nicht Nein rufen möchten. Bis in die Nacht hatten sie noch um eine Entschließung gerungen, die als gemeinsame Willenserklärung auch ein gemeinsames Abstimmen bei der Griechenland-Rettung ermöglichen sollte. Getrennt aber hat man sich im Streit, mit einer eindeutigen Klärung der Fronten.

Derart entschlossen treten um acht Uhr am Donnerstagmorgen die Fraktionen zusammen. Nur eine Stunde später hat sich die Welt ein klein wenig verschoben. Wie dazu kommen konnte, wird hinterher von jeder Seite anders beschrieben. Sicher ist nur, dass aus den Sitzungen heraus die unterschiedlichsten Informatio-

Gabriel schickt eine SMS an Merkel: das Angebot für neue Verhandlungen.



Die Kanzlerin, allein mit dem Griechenland-Paket: Die Sozialdemokraten widerstanden Angela Merkels Werben.

Foto: photothek.net

nen dringen. Aus der SPD ist zu vernehmen, dass sie sich für Enthaltung entschieden hat, aber bei nicht wenigen die Bedenken steigen, dass das keine gute Botschaft sein könnte. Aus der Unionsfraktion ist zu hören, dass man nun entschlossen sei, aber schon auch verärgert, dass die FDP eine gemeinsame Entschließung mit SPD und Grünen verhindert habe. Und aus der FDP ist in Erfahrung zu bringen, dass die Schuldzuweisung aus der Union alle erst ärgert und dann verunsichert. Ganz alleine schuld sein – das will keiner, das klingt nicht gut kurz vor der wichtigen Landtagswahl am Sonntag.

Was dann passiert, ist aus vielerlei Hinsicht ein seltenes Schauspiel: Erst schickt SPD-Chef Sigmar Gabriel Bundeskanzlerin Angela Merkel in die Unionsfraktion eine SMS, in der er – grob zusammengefasst – die Botschaft sendet, er könne sich schon vorstellen, vielleicht nochmal einen letzten Anlauf für eine gemeinsame Entschließung zu unternehmen. Die Kanzlerin, ohnehin stets für eine solche Gemeinsamkeit werbend, simst wohligh überrascht ihren Vizekanzler Guido Westerwelle an, ob man nicht vielleicht doch nochmal einen Ver-

such unternehmen wolle. Es folgt eine innerdeutsche Pendeldiplomatie zwischen den Fraktionen. Kanzleramtsminister Ronald Pofalla besucht die FDP-Fraktion, mehrmals schaut der FDP-Geschäftsführer Jörg van Essen in der Unionsfraktion vorbei – und zum Finale besuchen Westerwelle und Gabriel Angela Merkel im Büro des Unionsfraktionschefs Volker Kauder. Alle drei beugen sich über einen handgeschriebenen Zettel, alle drei vereinbaren, es doch noch einmal sehr ernsthaft gemeinsam zu versuchen. Die gemeinsam gefundene Formel: Deutschland werde sich im internationalen Rah-

men dafür einsetzen, dass die Vorschläge des Internationalen Währungsfonds zur Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise umgesetzt werden.

Der Grund für diese Annäherung: Allen dreien ist mulmig mit ihren getrennten Positionen, alle drei wollen angesichts der psychologischen Wirkung am liebsten am Freitag doch gemeinsam abstimmen. Es ist kurz nach zehn am Donnerstag, eine gute Stunde sind die Emission unterwegs gewesen – da sieht alles danach aus, dass Union, FDP und SPD nun doch noch gemeinsame Sache machen. Damit setzt sich bei allen drei die Auffas-

sung durch, dass es sowohl bei der deutschen Bevölkerung wie auch im Ausland besser ankommen dürfte, bei einem so wichtigen Gesetz wie der jetzt zur Rettung des Euros nötigen Griechenland-Hilfe gemeinsam zu marschieren.

Was folgt, ist ein Arbeitsauftrag: Die Fraktionsführungen sollen den präzisen Text für eine gemeinsame Entschließung als Brücke für eine gemeinsame Zustimmung zum Rettungspaket in den nächsten Stunden ausformulieren. Und die Fraktionen? Sie gehen auseinander – ihre Fraktionsgeschäftsführer sollen letzte Details klären.

Nun wäre eigentlich alles auf einem guten Weg gewesen – hätte man das Gemeinsame auch gemeinsam bewertet. Stattdessen jedoch machen sich die Hauptkontrahenten von der FDP und von den Sozialdemokraten sofort daran, den jeweils anderen als jemanden zu beschreiben, der einknicken musste. SPD-Chef Gabriel und sein Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier erklären vor der Presse, die Koalition sei ihnen nun doch völlig überraschend entgegengekommen. Steinmeier spricht gar davon, ein Tabu der Koalition sei „endlich gebrochen worden“. Endlich, so die beiden unisono, sei der Weg of-

Die harte Hand der Versöhnung

In Europa wächst die Sorge, das verordnete Sparpaket könne Griechenland in die Revolution treiben – vom Krisengipfel soll jetzt ein Zeichen der Solidarität ausgehen

Von Cerstin Gammelin

Schon wieder ein EU-Gipfel. Müssen die Staats- und Regierungschefs der 16 Euroländer an diesem Freitag in Brüssel wirklich gemeinsam zu Abend essen, nur um anschließend mit einer gemeinsamen Erklärung zu versichern, dass nun aber wirklich und endgültig alle Partner dem griechischen Hilfspaket zugestimmt hätten? Viele EU-Diplomaten waren sich bis Mitte dieser Woche einig: nein, eigentlich nicht, es ist doch alles klar.

Dann forderten die gewaltsamen Proteste der Griechen gegen die harten Sparauflagen drei Tote. Das Land der Hellenen erstarrte, und in Brüssel wich die grobleichterung über das nach wochenlangen Verhandlungen geschürte europäische Hilfspaket deutlicher Katerstimmung. Sind die Auflagen zu hart? Können die griechischen Proteste so weit füh-

ren, dass die Regierung kippt und der ganze Rettungsplan hinfällig wird? Plötzlich bekam der für überflüssig gehaltene Gipfel eine neue Bedeutung. „Das ist jetzt ein Krisentreffen“, sagte ein hoher Diplomat eines konservativ-liberal regierten Eurolands. Die wichtigste Botschaft des Gipfels müsse sein, der griechischen Bevölkerung zu signalisieren: Wir sind solidarisch mit euch. „Es darf natürlich keinerlei Abstriche an den Spar- und Reformplänen geben, aber die Euroländer sollten den Griechen helfen, diese umzusetzen“, sagte er. Zugleich forderte der Präsident der Sozialistischen Parteien Europas, Poul Nyrup Rasmussen, die Staats- und Regierungschefs auf, sich „menschlich hilfsbereit“ zu zeigen. Es könne „gefährlich“ werden, würden die Griechen mit ihren Auflagen alleingelassen.

Bedenken, dass der von der EU-Kommission, dem Internationalen Währungs-

fonds, der Europäischen Zentralbank und der griechischen Regierung vereinbarte Spar- und Reformplan viel zu hart sei – und deshalb von der Bevölkerung abgelehnt werden könnte –, gibt es überall. EU-Kommissar Karel De Gucht bat die Europäer am Mittwoch, darauf aufzupassen, „dass in Griechenland keine revolutionäre Stimmung entsteht, die alle Pläne wieder zunichte macht“.

Im Europäischen Parlament warnte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Daniel Cohn-Bendit, davor, Athen zu überfordern. Was jetzt an Reformen mit dem griechischen Premierminister Papandreou vereinbart wurde, sei fast unmöglich. „Frankreich und Deutschland gelingt seit Jahren die Reform ihres Rentensystems nicht, und Papandreou soll das jetzt in drei Monaten schaffen“, sagte Cohn-Bendit. Es dürfe keinesfalls nur Finanzorganisationen überlassen wer-

den, die griechische Bevölkerung durch die Reformen zu begleiten. „Hier geht es um Menschen, hier geht es um Lohnabhängige“, sagt der Grüne. Der für soziale Belange wie Kündigungsschutz und Arbeitsrecht zuständige Kommissar müsse den Griechen besondere Hilfe anbieten.

Auch dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble schwant längst, wie schwer es seinem Ressortkollegen in Athen fallen dürfte, alles umzusetzen, was zugesagt wurde. Am Sonntag vergangener Woche, als die Finanzminister der Euroländer in Brüssel das ausgehandelte Sparpaket billigten, sprach Schäuble von „einschneidenden Maßnahmen“. Innerhalb eines Jahres müsse die griechische Regierung die Neuverschuldung um 6,5 Prozentpunkte reduzieren, das sei „beinahe unvorstellbar“, das habe noch keine Regierung gemacht. Und insgesamt müsse die Regierung in

Athen innerhalb von drei Jahren so lange weniger Geld ausgeben oder mehr davon einnehmen, bis sie insgesamt 30 Milliarden Euro eingespart habe. Das entspricht etwa 13 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Auf deutsche Verhältnisse umgerechnet würde das bedeuten, dass bis 2014 etwa 300 Milliarden Euro einspart werden müssten, jedes Jahr also 60 Milliarden Euro. Dass die Griechen das schaffen, ist ebenfalls unvorstellbar. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt auf dann 20 Prozent ließe die Einnahmen lediglich um acht Milliarden Euro steigen, das würde also nicht reichen. Die Bundesregierung käme in dem theoretischen Fall wohl kaum daran vorbei, vor allem Investitionen zu streichen. Das könnte sie im Bundesverkehrsministerium, das insgesamt 26 Milliarden Euro ausgeben darf. Doch selbst wenn

das Ministerium komplett abgeschafft würde, wäre Schäuble nicht am Ziel.

Experten des Weltwährungsfonds hatten übrigens schon zu Beginn der Verhandlungen über das griechische Sparpaket zu bedenken gegeben, die harten europäischen Forderungen könnten das Land überfordern. Offensichtlich vergebens, denn das vorliegende Sparpaket verlangt deutlich mehr als damals auf dem Papier stand. Die Chefs der Euroländer werden es am Freitagabend vermutlich absegnen und damit den Weg frei machen, um die bilateralen Notkredite auszu zahlen. Ob die griechische Bevölkerung damit beruhigt werden kann, darauf will in Brüssel niemand wetten.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (USPS Nr. 0541550) is published daily except Sunday and holidays by Süddeutsche Zeitung GmbH. Subscription price for USA is \$ 590 per annum. K.O.P. German Language Pub., 153 S. Dean St. Englewood, NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631 and additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, GLP, POBox 9868, Englewood, NJ 07631.

Außenansicht

Jetzt gibt's die Quittung

Die Griechen lernen den Wert von Zahlungsbelegen kennen – und staunen über die Deutschen, die doch immer Freunde waren

Von Jens Bastian

ken über die Leistungsfähigkeit seiner Volkswirtschaft abgegeben habe. Von „Fälscherwerkstätten“ war die Rede, als die Statistikbehörde unter der Vorgängerregierung des konservativen Ministerpräsidenten Kostas Karamanlis im Jahr 2009 Defizitzahlen nach Brüssel meldete, die mit der Wirklichkeit rein gar nichts zu tun hatten. Diese Kritik am sorglosen, irreführenden Umgang mit Zahlen ist einerseits berechtigt. Andererseits übersieht sie ein zentrales Element der gesellschaftlichen Entwicklung.

Diejenigen, die von der Regierung am meisten angelogen wurden, sind die Griechen selber. Und nun sollen sie auch noch dafür bezahlen. Die am meisten benutzten Vokabeln beim Generalstreik am Mittwoch waren „Diebe“ und „Gauerner“. Diese wurde nicht nur den Parla-

mentsabgeordneten am Syntagma-Platz entgegengeschleudert, sondern ebenso an jede Wand von Banken und Versicherungsgebäuden in der Athener Innenstadt geschmiert. Gleichwohl: Die Griechen können sich nicht einfach als Opfer sehen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten waren viele Mitglieder der Zivilgesellschaft doch Opfer und Mittäter zugleich. Es wird nun viel zu schnell verdängt, wie verbreitet Korruption und Steuerhinterziehung waren. Der griechische Industrieverband gibt an, dass dem Staat jährlich 23 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung entgehen. Wie ist so etwas möglich? Und wie lässt sich das ändern? Nur mal ein Beispiel, das die Dimension des Problems zeigt: 324 Bürger aus den nördlichen Vororten Athens gaben im Jahr 2009 in ihrer Steuererklärung an, einen Swimmingpool zu

besitzen. Nur 324. Weil die Sommer heiß und lang sind in Athen, wurden die Behörden misstrauisch. Sie fingen an, Satellitenbilder der Wohngebiete zu studieren, um herauszufinden, wie hoch denn tatsächlich die Zahl der Swimmingpool-Besitzer ist. Das Resultat: 16 974. Die Steuernachzahlungen sind bereits eingeleitet worden.

Was sagt so etwas über die Fähigkeit der griechischen Gesellschaft zur Umkehr aus? Die wachsende soziale Bewegung der Quittungssammler ist ein Beispiel dafür, dass der einsetzende Mentalitätswandel nachhaltig sein könnte. Im Zuge umfassender Steuererhöhungen gilt seit März die Regelung, bei allen Käufen und Verkäufen rechtlich gültige und vollständige Quittungen elektronisch auszustellen. Was in Deutschland wie eine Selbstverständlichkeit erscheinen mag – in Griechenland war dies bisher nicht üblich. Wie oft kam es vor, dass es beim Tanken keine Quittung gab (und die Leute tolerierten dies bereitwillig). Der Taxifahrer bemühte die Ausrede, er habe das erforderliche Gerät nicht einbauen können. Beim Arzt wurde bar bezahlt, danach verschwand das Geld umstandslos in dessen Schublade; Quittung: keine.

Dem Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou ist nun ein kluger Zug gelungen. Die neuen Steuerregelungen sehen vor, dass Griechen ihre Quittungen bei

der Steuererklärung einreichen können. Mit anderen Worten: Die Bürger sollen ein Eigeninteresse daran entwickeln, nur noch Geschäfte zu machen, an denen auch das Finanzamt beteiligt ist. Der Nebeneffekt dieser Politik: Die Steuerbürger agieren auch als dessen verlängerter Arm, wenn sie auf eine Quittung bestehen, die auch den Mehrwertsteuer-Betrag aufweist.

Es gibt berechtigte Zweifel (in Griechenland und im Ausland), wie tief solche Veränderungen in der Gesellschaft verankert werden können. Was allerdings bei den meisten Bürgern außer Frage steht, ist die Einsicht: So wie bisher konnte es nicht weitergehen. Große Teile der Gesellschaft sind mental bereits viel weiter als etliche Vertreter von Interessengruppen. Nach Meinung der allermeisten Gewerkschafter zum Beispiel



Jens Bastian, 50, ist Ökonom bei der unabhängigen Denkfabrik ELIAMEP (Griechische Stiftung für Europäische und Auswärtige Politik) in Athen. Sie erhält Mittel unter anderem von Regierung und EU. Foto: oh

liegt die Ursache für die Krise in der internationalen Spekulation gegen Griechenland und in verantwortungslosen Bankern. Dieses eindimensionale Weltbild verlangt konsequenterweise nach einer simplen Lösung: Die Banken sollen zahlen. Den griechischen Gewerkschaftern ist es bisher nicht gelungen, eine neue Sprache zu lernen, die ihre Mitverantwortung für die Krise und ihren Beitrag zu deren Lösung zeigen würde. Während ihr Obstruktionspotential in einigen Branchen vor allem im öffentlichen Dienst erheblich ist, lässt sich seit einigen Monaten beobachten, dass ihre Mobilisierungsfähigkeit eher stagniert – auch wenn sie am Mittwoch in Athen Zehntausende auf die Straße brachte.

Viele Menschen sind derzeit damit beschäftigt, finanziell irgendwie durchzukommen. Ihnen stellt sich das Problem, trotz Gehaltskürzungen und Steuererhöhungen weiter die Hypothekenrate oder das Schulgeld für die Kinder zu begleichen. Um solch elementare Fragen geht es nun in Alltagsgesprächen, weniger um die Teilnahme an Streiks und Demonstrationen. In diesen Gesprächen wird auch die Bereitschaft erkennbar, Abschied zu nehmen von einer Realitätsverweigerung, die viel zu lange andauert hat. Viele Griechen erkennen den Ernst der Lage. Was sie zur Selbsterkenntnis am allerwenigsten brauchen, sind ehrabschneidende Schlagzeilen und Belehrungen des deutschen Boulevards.

kein Wort hat in den vergangenen Monaten größere Resonanz in Deutschland erhalten und tiefere Bestürzung in Griechenland ausgelöst als dies: „Pleite-Griechen“. Die Hellenen fühlen sich nicht nur beleidigt. Wer als Deutscher in ihrem Land lebt, der wird von seinen griechischen Nachbarn gefragt: „Warum sehen uns die Deutschen so negativ?“ Haben die Griechen Veränderungen in der deutschen Gesellschaft in den vergangenen Jahren übersehen? Ist ihr Deutschlandbild noch aktuell?

Für einen deutschen Staatsbürger, der seit 13 Jahren in Griechenland lebt, ist Beantwortung solcher Fragen eine Auseinandersetzung mit seinem Mutterland und mit seinem heutigen Gastland. In Deutschland muss man klarmachen, dass Griechenland nicht bloß aus Krise und Schulden besteht. Zudem fällt auf, dass in Deutschland griechische Themen derzeit in einer Weise instrumentalisiert werden, die mehr über die Deutschen als über die Griechen aussagt. Die CDU versucht so, sich über die NRW-Wahl zu retten. Die Bild-Zeitung macht sich einen Spaß daraus, Spott und Agitation zu verbreiten: „Was Kostas?“ – „Griechen wollen unser Geld!“ – „Warum retten wir diesen Griechen-Milliardär?“ Solche Schlagzeilen haben mit Analyse nichts zu tun. Diese Tonlage geht zu weit.

Es ist nun oft gesagt worden, dass Griechenland systematisch falsche Statisti-

Keinen Schritt weiter

„Kann eine Gesellschaft sich selbst zerstören? Und ob!“ Nach dem Chaos und der Gewalt in Athen schauen die Griechen entsetzt auf ihr Land. Und sie wissen: Sie stehen jetzt direkt vor dem Abgrund.

Von Kai Strittmatter

Athen – Rot, knallrot steht es da: „Meine Heimat macht Furcht“. Ein Graffiti, schnell hingespritzt. Der Abgrund. „Das Land hat den Rand des Abgrunds erreicht“, hat der Staatspräsident soeben gesagt. Noch einen Schritt, ein einziger nur, und dann...

Tief durchatmen. Es brennt. Im Hals und in den Augen. Tränengas liegt in der Luft, noch jetzt, Stunden nach der Demonstration. Gleich setzt die Dunkelheit ein. Auf der Straße ein zertretener Mülleimer, Scherben. Eine Frau, die eingesunken in einem Hauseingang sitzt und stumm schluchzt. Hinter der Kette der Polizisten steht ein Bürgerhaus, neoklassisch mit schmiedeeisernen Balkonen. Die eingeschlagenen Fenster pechschwarze Höhlen. Hier starben die Drei. Auf den heruntergelassenen Läden des Hauses daneben, in krakeligem Schwarz dieser Satz: „Wir schweigen nicht, wir führen Krieg.“ Daneben das Anarcho-A. In die Fenster rechts warfen sie die Molotowcocktails, auf die Fenster links kritzelten sie, in großen Lettern: „Meine Heimat macht Furcht“.

Vangelis heiße er, sagt der Polizist in Zivil, der die Ecke bewacht. Er ist ernst. „Die Europäer denken, dass wir verrückt

Früher, sagt ein alter Mann, war das Land klein und arm, aber wenigstens respektiert.

sind. Dass wir nicht bezahlen wollen, dass wir stattdessen auf die Straße gehen, Banken anzünden und Menschen töten. Aber Sie sollten nichts Schlechtes über die Demonstranten schreiben. Sie waren friedlich. Es war mutig von ihnen. Bis diese Provokateure alles kaputt machten.“ Er holt tief Luft. „Die Leute haben Angst. Sie werden bald hungern. Sie verdienen nicht halb so viel wie ihr in Deutschland. Und es trifft die, deren einzige Schuld es war, immer dieselben Parteien an die Macht gewählt zu haben.“

Drinnen, in der Bank, traf es zwei junge Frauen und ein Mann. Die eine war schwanger, im vierten Monat, sie hatte eben erst um ihre Versetzung von London nach Athen gebeten. Erstickt und verbrannt. Draußen, sagen manche Zeugen, waren es zwei Jungen und ein Mädchen. Vermummt. Das Mädchen nahm die Flasche aus ihrer Tasche, die Jungen schlugen die Scheiben ein und warfen den Molotowcocktail hinein. „Das war Mord“, sagt der Schriftsteller Takis Theodoropoulos. Auf der Straße schüttelt eine Frau, Verkäuferin im Herrenbekleidungsgeschäft „Strogilos“, den Kopf. „Verrückt. Die hatten geöffnet. Eine Bank. An so einem Tag. In dieser Straße.“ Es war klar, dass der Demonstrationszug hier vorbeikommen würde. „Unser Geschäft war verrammelt, wir waren aber den ganzen Tag da, um Plünderungen zu verhindern“, erzählt die Verkäuferin. Die Vermummten seien, „aus den Gassen“ hervorgestürzt: „Blitzschnell. Als sie das Feuer gelegt hatten, haben die anderen Demonstranten gebuht und sie weggestoßen.“ Die Medien erreichte am

Donnerstag ein anonym Brief einer angeblichen Angestellten der Marfin-Bank. In dem Brief heißt es, die Bank habe sich ihr Feuersicherheitszertifikat mit Schmiergeld erkaufte. Und an dem Tag der Demonstrationen habe die Filialleitung den Angestellten verboten, nach Hause zu gehen.

„Wir haben einen Blick in Griechenlands Zukunft geworfen“, sagte nach dem Anschlag Alexis Tsipras, der Vorsitzende der Syriza, der parlamentarischen Linken. Einer derer, die schon seit Wochen einen „Volksaufstand“ fordern. Eine düstere Prophezeiung. Wird er recht behalten? Oder hält das Land inne, besinnt es sich? Oder kommt nach der Finanzkrise nun der „soziale Bruch“, den Takis Theodoropoulos, Schriftsteller und Vorsitzender des Nationalen Buchenzentrums fürchtet. „Wir leben in Ruinen“, sagt der Autor. „Wir müssen Griechenland aus dem Nichts neu aufbauen.“ Er sagt, er schäme sich. „Vor 40 Jahren waren wir klein und arm, aber respektiert. Nun haben wir unsere Ehre verloren.“ Das griechische Grundübel – der kranke, schwache Staat – hat dem Land viele Geschwüre beschert, nun hat sich eines wieder mit aller Macht in den Vordergrund gedrängt: „Wir leiden an einer Toleranz der alltäglichen Gewalt.“

Es gibt rechtsfreie Räume. Das Universitätsasyl etwa, einst gutgemeintes Erbe der Militärdiktatur: Randalierer und Brandstifter, die auf einen Uni-Campus fliehen, darf die Polizei nicht verfolgen. Oder Exarchia, ein alternatives Viertel im Zentrum, das nicht nur Intellektuellen und Künstlern beliebte Heimat ist, sondern auch all denen, die sich Anarchisten und Autonome nennen.

Von wegen Revolutionäre, sagt Soti Triantafyllou, eine Schriftstellerin, die in Exarchia wohnt, kein Blatt vor den Mund nimmt und deshalb wüste Drohungen erhält: „Reaktionäre Fundamentalisten“ seien das. Ihr letzte Lesung in Exarchia wurde von Eierwerfern gesprengt, die ihr zuriefen, sie solle „abhauen nach Kolonaki“, wo die Reichen wohnen. Die vermummten Randalierer von Exarchia waren es auch, die im Dezember 2008 das Zentrum von Athen in Brand steckten – unter dem heimlichen Beifall nicht weniger, die sich im Zorn auf das System mit den Brandstiftern einig wussten.

Journalisten gilt der Hass im Besonderen. Mitte April erst griffen die Autonomen von Exarchia ein deutsches Fernsichteam an und prügelten den Kameramann mit einem Cafétisch krankenhausreif, bevor sie die Kamera zerstörten und damit abhauten. „Ich war schon in vielen brezigen Situationen, und unser Tonmann hat schon im Irak gearbeitet“, sagt die SWR-Journalistin Wiltrud Kremer: „Aber so etwas hatten wir noch nie erlebt. Das war blinde Gewalt. Ohne jede Vorwarnung.“ Und keiner wollte helfen. „Ich dachte, das ist unser Ende“, erinnert sich die griechische Übersetzerin des Teams. „Die Kellnerin in dem Café, in das wir uns geflüchtet hatten, wollte uns hinauswerfen. Alle hatten Angst. Die Polizei traut sich nicht nach Exarchia.“

Die Presse gilt als Büttel des Systems. „Das ist nun auch ein psychologisches Problem“, sagt Tasos Telloglu, ein Athe-



Viele Polizisten haben Verständnis für die Demonstrationen, zumindest für die friedlichen, wie hier vor dem Parlament in Athen. Foto: AP

Der große Hunger

Nordrhein-Westfalen eignet sich bestens für die brisanten politischen Themen unserer Zeit. Aber: weit gefehlt. Ein kleines Tagebuch aus den letzten Tagen vor der Landtagswahl.

Von Hans Leyendecker, Dirk Graalmann und Johannes Nitschmann

Montag

Essen – Um 9.49 Uhr setzt sich auf Gleis vier des Kölner Hauptbahnhofs der Regional-Express 10115 Richtung Ruhrgebiet in Bewegung. Unter den Reisenden: der Politologe Claus Leggewie, seit 2007 ist er Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen. Es gibt, sagt Leggewie, „Unlust an der Berufspolitik“. Kontroversen? Die gibt es nicht. Leggewie wundert sich, wo die großen Themen in diesem Wahlkampf diskutiert werden: „Wie schafft man hochqualifizierte Migranten ins Ruhrgebiet, wie hält man Ingenieure und Kreative an Rhein und Ruhr? Wie



Die Angreiferin: Kandidatin Kraft

hält man die bankrotten Städte lebenswert?“ Der 60-jährige Professor hat in Paris, Wien, New York, Berlin gelehrt. Er versteht von Migration und Multikulturalismus eine Menge. „Der politische Betrieb hängt weiter hinter dem Mentalitätswandel der Gesellschaft zurück“, sagt er. Vor 23 Jahren hat Leggewie ein Buch verfasst mit dem Titel „Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabrik der Wende“. Leggewie: „Ich war für eine Koalition der Geißler-CDU mit dem aufgeklärten grünen Bürgertum.“ Das war damals etwas weltfremd.

Geboren wurde Leggewie in Wanne-Eickel, das heute Herne 2 heißt. Damals hatten die Betonköpfe der Ruhrgebiets-SPD das Sagen. Aufgewachsen ist er im Rheinland. Sein Vater, ein „stockkonservativer Gerechtigkeitsfanatiker“, leitete das Kölner Apostelgymnasium, die Schu-

le Konrad Adenauers, die später auch der junge Leggewie und Jürgen Rüttgers besuchten: „Er war zwei Klassen unter mir.“ In Erinnerung hat Leggewie einen „schmalen Jungen im weißen Unterhemd“, der „im Fußball seine Berufung nicht gesehen hat“. Andere Mitspieler berichten, Rüttgers sei auf dem Platz hinten am Torpfosten abgestellt worden.

Leggewie hat nichts gegen den Ministerpräsidenten, wohl aber gegen „Kommunikationsberater, die auf öffentliche Wirkung zielen und sie himmelweit verfehlen“. Und gegen die „rituellen Koalitionsabsagen“ mit denen, „mündige Bürger für doof verkauft“ werden. Er sei bei seinen Wahlfahrten 2010 „windigen Technokraten“ begegnet, und einem „Publikum, das an den falschen Stellen klatschte“. Für „konkrete Utopien, wie man das Industrieland erhalten“ könne, indem man es beispielsweise auf erneuerbare Energien umstelle, fehle es an „Mut“.

Dienstag

Gelsenkirchen – Tag eins nach der Mitteilung des Bundestrainers Joachim Löw, er werde den Torjäger von Schalke 04, Kevin Kuranyi, nicht mit zur Fußball-WM nehmen. Die Sachdebatte der Fans auf dem Schalker Trainingsgelände steuert dem Siedepunkt zu. Der Bundestrainer ist der Typ, der einen an der Murnel hat. Dabei war Schalkes Heimniederlage gegen Werder Bremen am vorigen Samstag noch schlimmer. Die Feinde aus Dortmund höhnen schon wieder: „Vizekirchen!“

Andererseits: Jetzt ist der ordnungsgemäße Ablauf der Landtagswahl am Sonntag nicht mehr gefährdet. Wochenlang hatte der SPD-Oberbürgermeister Frank Baranowski Notfallpläne vorbereitet. Vor jedem der 173 Wahllokale sollten nach dem Gewinn der Meisterschaft am 8. Mai Ordner postiert werden, um im blau-weißen Gewoge den verbliebenen Wählern einen Zugang zur Wahlurne zu verschaffen. Zugleich plante der 47-jährige Sozialdemokrat, der auch Kreiswahlleiter ist, mit Spezialkräften freudentrunkene Schalke-Anhänger unter den 1491 Wahlhelfern auszumachen und dann auszuwechseln. Ein großer Teil des Lebens in der einst stol-

zen Revierstadt kreist um Schalke 04 und/oder Hartz IV. Derzeit beziehen hier 22 000 Familien Sozial- oder Arbeitslosengeld II. Gelsenkirchen heißt: auf die Erlösung zu warten.

Als Schalke 1958 zum letzten Mal Deutscher Meister wurde, hatte Gelsenkirchen mehr als 380 000 Einwohner und 13 Zechen. Die Bahnhofstraße war eine der umsatzstärksten Straßen Deutschlands. Heute ist die Stadt auf 259 000 Einwohner geschrumpft; sie hat keine Zeche mehr, keine Kokerei, kein Stahlwerk und stattdessen verwaiste Ladenlokale. Mit alledem haben die Sozialdemokraten, die früher 70 Prozent bei Wahlen erhielten, viel zu tun, weil sie den Strukturwandel zu lange ignorierten. Sie vertrauten auf die unheimliche Kraft der Kohle. Bildung? War nicht im Fokus. Probleme wurden mit staatlichen Zuwendungen ins Koma gelegt. Beispielsweise sei der Erwerb von Wohneigentum stets verpönt gewesen, sagt Sozialdemokrat Baranowski. Der Stadtrat habe nur selten Bauland für Eigenheime ausgewiesen.

Der Korporatismus von Staat, Partei, Unternehmen und Gewerkschaft legte sich wie ein Leichentuch über die Stadt. „Die Arroganz der Macht“, umschreibt Baranowski das Problem, habe die Wähler abgestoßen. Bindungen an Kirche, Gewerkschaften oder Vereine (mit Ausnahme eben von Schalke) gingen verloren. Der Dreisatz „Betrieb, Gewerkschaft, Wohlfahrt“ existierte nicht mehr. Das Milieu brach weg. Stattdessen gab es plötzlich einen Typ Wähler, den es früher in Gelsenkirchen nie gab – den Wechselwähler. Der war Filz und Vetterwirtschaft leid. Vor elf Jahren wurde ein CDU-Mann zum Oberbürgermeister gewählt. Dann gelangte die SPD wieder knapp an die Macht – und beim letzten Mal wurde Baranowski mit 63,9 Prozent zum Oberbürgermeister wiedergewählt. Der Kandidat von der CDU war kein richtiger Gegner: ein ehemaliger Landrat aus dem Rheinland. Als Beruf gab er auf dem Wahlzettel „Bankdirektor“ an – das geht in Gelsenkirchen gar nicht. Baranowski nun, der immerhin dreiteilige Anzüge trägt, hat alle Schichten im Blick. Obwohl seine Partei im Rat die absolute Mehrheit hat,

sucht er den Konsens. Baranowski, der vermutlich noch nicht am Ende seiner Karriere in der SPD angekommen ist, staunt über die Wiederauferstehung der Landespartei im Wahlkampf. Wie weit trägt der Wind?

Mittwoch

Wuppertal – Eine Rede von ciceronischem Format ist es nicht, die Jürgen Rüttgers auf dem Johannes-Rau-Platz vor der Kulisse des Wuppertaler Rathauses hält. Aber es ist eine ordentliche und vergleichsweise bissige Rede. Es geht um Korrekturen der Hartz-Gesetzgebung, um die von SPD und Grünen angestrebte Auflösung der Haupt-, Realschulen und Gymnasien und um die Griechenland-Krise. Wenn ihn vor den 2000 Zuhörern für einen Augenblick die Angriffswut packt, steht er wie ein Boxer vor dem Mikrofon. „Immer auf die Omme“, hatte einst sein Vertrauter Boris Berger geschrieben, wenn es gegen die Sozen ging. Aus dem Ministerpräsidenten ist wieder ein Angreifer geworden. Seine Hintersassen und Seelenstreicher schauen am Rand der blassblau ausgeschlagenen Kundgebungsbühne besorgt drein. War’s das schon? Als es noch die große Koalition in Berlin gab, war ganz klar, dass die CDU 2010 an



Der Verteidiger: Kandidat Rüttgers

Rhein und Ruhr leicht gewinnen würde. Die SPD in Düsseldorf war doch nur eine Kirmestruppe, deren Landespartei zentrale aus einem Anrufbeantworter bestand. Als aber Schwarz-Gelb im Bund gewann, ging es für Rüttgers in Düsseldorf bergab. Er hat das Problem zu lange unterschätzt. Dann lancierten frühere Sympathisanten sehr unschöne Geschichten aus dem Apparat. Es gab schmutzige Details, an

ner Reporter: „Viele Journalisten haben Angst.“ Am Donnerstagmorgen erklärte ein Moderator des Senders Mega vor der Kamera, er werde sich von nun an hüten, seine Meinung zu äußern. Diese Gewalt braucht kein Sparpaket zur Begründung. Reines Glück, dass sie nicht schon viel früher Todesopfer forderte.

„Wir müssen aufpassen, dass sich kein Terror der Straße entwickelt“, sagt Tasos Telloglu. Mit dem Brandanschlag hatten die normalen Demonstranten nichts zu tun. Aber an anderen Orten, beim versuchten Sturm auf das Parlament etwa, da sah man auch unvermummte Protestierer, Rentner gar, mit dem Stock in der Hand auf Polizisten losgehen.

„Tod den Bossen“. Auch eines der Graffiti bei der Marfin-Bank. Es starben aber keine Bosse. „Es starben drei Menschen aus der Mitte der Gesellschaft. Keine Manager, keine Spekulanten. Junge Leute aus der Zukunftsgeneration“, so der deutsche Ökonom Jens Bastian, der in Athen lebt und mit einer Griechin verheiratet ist. „Nötig wären nun Einkehr und Besinnung. Ein Moratorium.“

Ist auf ein Ende der kriegerischen Rhetorik zu hoffen? Etwas Bewegung war zu erkennen. Es gab eine Schweigeminute im Parlament. Und die Führer der großen Parteien trafen sich am Donnerstag. Es gab konservative Abgeordnete, die erklärten, sie würden am Donnerstag gemeinsam mit der Regierung für das Rettungspaket von EU und IWF stimmen. Aber das waren Einzelne. Andere reagierten mit den alten Reflexen: Die Kommunisten und die linke Syriza waren sofort mit Verschwörungstheorien zur Hand, wonach die Morde auf das Konto von „Provokateuren“ (KKE) oder „Rechtsradikalen“ (Syriza) gingen, welche die linke Sache verunglimpfen wollten.

Kommen Schock und Entsetzen nun vielleicht Premier Giorgos Papandreou zugute? Die Verabschiedung des Sparpaketes galt am Donnerstagabend als sicher. Aber es sah so aus, als wollten alle Parteien die regierende Pasok im Stich lassen mit der Verantwortung. Und das ist kein gutes Omen für die Zukunft. Die

Bald haben die Menschen weniger Geld auf dem Konto, dann kommt die Zerreißprobe.

Zeitung *Kathimerini* zeichnete am Donnerstag ein schwarzes Bild: eine Regierung in Panik, eine feige, populistische Opposition und eine Gesellschaft, die Randalierern freie Hand lasse. „Kann eine Gesellschaft sich selbst zerstören?“, fragt das Blatt und gibt dann selbst die Antwort: „Und ob!“

Der Gesetzesakt vom Donnerstag, der vielen Griechen mit einem Schlag 30 Prozent ihres ohnehin schon mageren Einkommens nehmen wird, ist ja erst der Startschuss. Die Zerreißprobe beginnt danach. Wenn das erste Mal weniger Geld auf dem Konto ist, wenn die Wessilon zuschlägt. Jeder dritte Jugendliche ist schon jetzt arbeitslos.

Nach der Tragödie vom Mittwoch bekommen viele Worte, die man die letzten Wochen hier hörte, einen anderen Klang.

Der linke Aktivist, der sich eine „Revolution“ herbeisehnte, der rechte Hotelbesitzer, der mit ihr drohte, der Taxifahrer und die Gemüsefrau, die sich nach der Militärdiktatur zurücksehnten: weil damals Ordnung herrschte, weil das Land keine Schulden hatte und weil die Obristen jedem Bauern eine Kuh schenkten.

Noch bekommen die extremen Parteien in den Umfragen nur wenig Stimmen. Und noch steht die Mehrheit, so schockiert und resigniert sie ist, hinter Papandreou. Aber ja, er habe Angst vor Extremismus, sagt Giannis Panagopoulos, Chef der Gewerkschaft GSEE: „Aus Finanzkrisen sind vor allem die extremen Rechten immer gestärkt hervor gegangen.“

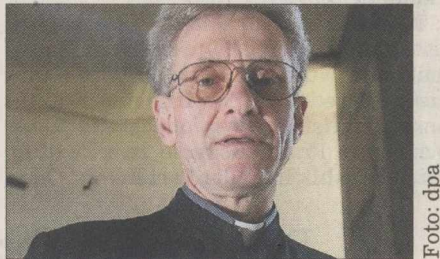
Alles wird nun von allen in Frage gestellt, nur keiner stellt sich selbst in Frage.

gen. Sehen Sie sich Ungarn an.“ Ist Katharsis nicht ein griechisches Wort, Herr Panagopoulos? „Wir haben eine Chance“, erwidert er, „aber dazu müssten die Akteure des politischen Systems – die Politiker, die Justiz, die Journalisten – sich radikal von ihrer Vergangenheit distanzieren, sich selbst verleugnen.“

Interessanterweise fehlen in der Aufzählung des Gewerkschaftschefs die Gewerkschaftsfunktionäre. Auch sah seine Organisation nach den Morden keinen Anlass, ihre für Donnerstag geplanten Proteste abzusagen und stattdessen etwa einen Schweigemarsch zu veranstalten. „Alles, aber auch alles in Griechenland wird im Moment in Frage gestellt“, hatte einer gesagt. Nur sich selbst scheint noch keiner in Frage zu stellen.

Der Abgrund. Die Stunde Null. Gibt es jetzt ein Wir-Gefühl? Eine Frage an die Alten, die in ihrem Leben schon Schlimmeres erlebt haben. Anastasios M. ist 69, ein pensionierter Schuhhändler. Er bewundert Premier Papandreou als „Ehrenmann und Patriot“ und sagt dennoch: „Das Wir gibt es schon – in dem Satz ‚Wo werden wir bloß enden?‘ Unsere Kinder? Unsere Enkel? In was für eine Welt haben wir sie gesetzt?“ Nikola L. eine pensionierte Philologin sagt, sie empfinde heute ein Gefühl der Scham, der Demütigung und der Schwäche. „Ich bin fast 70 Jahre alt und zu schwach, um zu protestieren. Dafür gehen meine Kinder auf die Straße. Wir älteren Leute, wir brauchen ja nicht viel.“ Sie kann die Tränen nicht zurückhalten. „Aber meine beiden Kinder sind Mitte 30 und stehen vor dem beruflichen Aus mit den Kürzungen. Die Träume der Jungen, sie verbrennen in den Maßnahmen. Ich fürchte, die Gewalt wird eskalieren, und keiner soll dann mit dem Finger auf die Jungen zeigen.“

Doch, er hege noch Hoffnung, sagt Takis Theodoropoulos, der Schriftsteller. „Der Weg hinaus wird auf alle Fälle lang und schmerzlich. Aber am Anfang muss zunächst einmal die Einsicht stehen – und ich fürchte, so weit sind viele noch immer nicht.“ Und wenn die Pessimisten Recht behalten? „Dann bekommen wir hier Krieg. Ich spreche nicht von einem Bürgerkrieg zweier Parteien. Ich rede von einem Krieg aller gegen aller.“



Der Engel: Pfarrer Meurer

oder Äste schneiden, weil das städtische Grundflächenamt zu wenig Geld und zu wenig Personal hat.

Als ein Beamter dem Pfarrer erklärte, dass man Probleme „strukturell lösen“ müsse, und es nichts nütze, wenn er Frikadellen verteilte, sagte Meurer seelenruhig: Diese Analyse sei bestimmt richtig, aber das mit der Struktur dauere noch, „und so lange brate ich Frikadellen.“

Politik weckt zwar Appetit, aber er stillt nicht immer den Hunger. Die Menschen in Vinst haben ihre Schwierigkeiten mit diesem Gehechel der Parteien. Bei der Kommunalwahl im Sommer vorigen Jahres gab nur noch jeder Dritte der Wahlberechtigten seine Stimme ab, in einem der Stimmbezirke nur jeder zehnte. Pfarrer Meurer ist seit 41 Jahren in der CDU. Hadert er manchmal mit seiner Partei? „Ja, jeden Tag“, sagt er fröhlich.

Schatten vor der Sonne

Von Wolfgang Roth

Auf dieses legislative Werk darf die deutsche Politik, dürfen die deutschen Wähler stolz sein. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, kurz EEG genannt, hat dem Land in zehn Jahren jenen Pfad eröffnet, den über kurz oder lang alle Welt beschreiten muss. Am Ende steht die Vollversorgung mit erneuerbaren, letztlich immer von der Kraft der Sonne gespeisten Quellen – ein Weg, zu dem es keine Alternative gibt, weil die Reserven an Öl, Kohle, Gas und Uran endlich sind. Es ist ein mühsamer, ein langwieriger und teurer Weg, aber er ist unvermeidlich. Das EEG war und ist die treibende Kraft auf den ersten Etappen, deshalb folgten dem Beispiel viele Staaten über die Grenzen Europas hinaus.

Und dieses wunderbare Gesetz soll nun kraftig zurückgefahren werden? Ausgerechnet bei der Förderung des Solarstroms, die einen Boom ohnegleichen auslöste? Und das, obwohl die von allen Verbrauchern aufzubringende Vergütung für den Öko-Strom schon nach der bisherigen Gesetzeslage stufenweise sinken sollte? Kein Wunder, dass die Bundesregierung mit dieser Novelle kräftigen Gegenwind ertaste und reichlich für Konfliktstoff innerhalb der Koalition sorgte.

Sie hat sich gleichwohl zu einem kräftigen Schnitt durchgerungen. Er ist nicht populär, aber deshalb noch nicht falsch, denn die Zuteilungssystematik des EEG ist partiell nicht mehr so schlüssig. Der Photovoltaik-Anlagen produzierte Strom bringt pro Einheit wesentlich mehr ein als der mit Windkraft erzeugte. Und obwohl neue Dachinstallationen und Solarparks auf den Freiflächen im vergangenen Jahr um 40 Prozent zunahmen, trugen sie gerade mal ein Prozent zur Stromerzeugung bei; sie stehen damit deutlich im Schatten der Windkraft. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat einen anderen Aspekt untersucht: Nach seiner Rechnung löst jeder für Windräder aufgewandte Euro zusätzliche private Investitionen in Höhe von mindestens 1,70 Euro aus. Dagegen übersteige die EEG-Vergütung, über die gesamte Laufzeit der Anlagen gerechnet, das Investitionsvolumen.

Solche Bilanzen sind nur ein Teil der Wahrheit, sie berücksichtigen nicht, dass jede neue Großtechnik einen kräftigen Anschub braucht. Die Kernenergie gäbe es ohne massive staatliche Förderung nirgendwo auf der Welt, und auch heute könnte kein Atomkraftwerk ohne Subventionen und Burgschaften der öffentlichen Hand errichtet werden. Die Solarbranche beschäftigt in Deutschland ungefähr 60 000 Mitarbeiter, viele von ihnen im Osten. Binnen zehn Jahren ist dank des EEG ein blühender Wirtschaftszweig herangewachsen, der nun mit der

vorgezogenen Absenkung der Fördersätze stark unter Druck geraten wird. Die Folgen sind anderweitig bekannt. Es wird zu Fusionen kommen – und zur Entlassung von Mitarbeitern.

Schon jetzt wird die Fabrikation der Solarzellen zunehmend in Fernost erledigt, die deutsche Branche fertigt das Endprodukt im Wesentlichen für den hiesigen Markt. Diese Entwicklung ist aber auf lange Sicht nicht durch Subventionen aufzuhalten, ob sie nun aus Steuermitteln bestritten werden oder im Umlageverfahren bei den Verbrauchern. Deren Kehrseite zeigt sich in der schleichenen Saturierung einer Branche, die den Wettbewerbsnachteil höherer Löhne zwangsläufig nur mit Innovation und immer effizienterer Technik ausgleichen kann. So ist es in der Pionierzeit gelaufen. Aber der Erfolg frisst seine Kinder, die Jubelzahlen täuschen darüber hinweg, dass zu wenig in die Zukunft investiert wird. Der Anteil der Mittel, die in die Forschung fließen, ist mittlerweile vergleichsweise bescheiden.

Es ist eine harte Kur, die der Solarbranche verordnet wird. Aber wenn die Kur anschlägt, könnte der Wirtschaftszweig am Ende gesünder und fitter sein als zuvor. Die Bundesregierung hat diesen Stein beiseitegewälzt, aber ihr stehen in der Energiepolitik noch ganz andere Brocken im Wege. Leider ist zu befürchten, dass der Streit über die Laufzeit der Atomkraftwerke bis zum Herbst alles andere in den Hintergrund drückt. Es wird wieder leidenschaftlich um eine Technik gerungen werden, die von gestern ist, weil sie erstens einen begrenzten Rohstoff mit einem sehr niedrigen Wirkungsgrad nutzt und zweitens zu einem Fremdkörper wird in einem Netz, das künftig immer mehr dezentrale Stromerzeuger mit schwankendem Angebot integrieren muss.

Die großen Aufgaben warten noch, ganz unabhängig davon, ob die Reaktoren nun ein paar Jahren früher oder später vom Netz gehen. Sonne und Wind, Wasserkraft und Biomasse sind die Ressourcen der Zukunft, aber sie kommen nur dann auf einen grünen Zweig, wenn die Energie viel effizienter genutzt wird. Die entsprechende Technik ist zum Teil schon vorhanden oder in der Entwicklung. Es ist ein gewaltiges Betätigungsfeld für Ingenieure und Unternehmer, denn der Bedarf ist weltweit vorhanden.

Auf das EEG darf man stolz sein, aber es muss weiterhin und möglichst behutsam den Realitäten angepasst werden. Nur sollte sich in Deutschland niemand einbilden, dass eine sichere Energieversorgung und eine friedliche Welt mit Solarzellen und Sonnenkollektoren aufzubauen sind.

Absurdes Theater in Berlin

Drei Fraktionen des Deutschen Bundestages und mit ihnen die Bundesregierung haben sich am Donnerstag blamiert. Schlimmer noch: Union, FDP und SPD haben es mit ihrem Spektakel um den letztlich gescheiterten gemeinsamen Antrag zum Hilfspaket für Griechenland geschafft, dass auch beim letzten gutwilligen Menschen das Vertrauen in die Gestaltungskraft der Politik in Krisenzeiten vollends verlorengeht.

Parteilgisches Kalkül auf allen Seiten verhinderte, dass die drei Parteien den tief verunsicherten Menschen signalisieren, dass Regierung und Parlament im Kampf um Stabilität und Sicherheit tatsächlich Ernst machen und dem gefährlichen Treiben der Finanzspekulantengrenzen setzen wollen. Weil die Sozialdemokraten das Wort Steuer unbedingt in den Text bringen wollten, die FDP das aber ablehnte und bereit war, in diesem

absurden Streit sogar die Koalitionsfrage zu stellen, kam ein gemeinsamer Aufruf nicht zustande. Wer glaubt, dass sich Politiker in politisch und wirtschaftlich schwierigen Zeiten dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet sehen und nicht dem der eigenen Partei, wurde wieder einmal enttäuscht. Wenn die Wahlbeteiligung am Sonntag in Nordrhein-Westfalen niedrig sein sollte, dürfen sich Union, FDP und SPD nicht beklagen.

Zu rühmen sind dagegen die Grünen, die sich kleinkariertem Hick-Hack in der Griechenland-Frage verweigert haben. Sie werden trotz Bedenken dem Kreditgesetz zustimmen. Die SPD hat sich mit Blick auf die NRW-Wahl anders entschieden. Sie, die sich angeblich dem europäischen Interesse verbunden fühlt, wird sich enthalten. Es mag ihr ein paar Stimmen am Sonntag einbringen – aber auch den Vorwurf des Opportunismus. höl

Pfälzer Affären-Gebräu

Die CDU in Rheinland-Pfalz kann froh sein, dass dort erst in einem Jahr gewählt wird, denn sie steckt in einem übelriechenden Affärengebräu. Erst kam ans Licht, dass in der Kasse der Landtagsfraktion über Jahre regelrechtes Chaos herrschte. Und nun ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Untreue. Das beschädigt nicht nur den neuen Hamburger Finanzsenator, der von den erstaunlich hohen und möglicherweise illegalen Zahlungen der Fraktion an seine Beratungsfirma profitierte. Es belastet auch den anstehenden Wahlkampf der CDU.

In dieser verworrenen Affäre ist bereits klar, dass eine Seite nicht die Wahrheit sagt. Nur eine Version kann stimmen: entweder die des früheren Fraktionsgeschäftsführers, wonach das Geld aus seiner Fraktionskasse zweckwidrig für den Wahlkampf der Partei floss. Oder

die Variante des früheren Parteichefs und seines fürstlich entlohten Beraters, des heutigen Hamburger Senators, wonach man korrekt getrennt habe zwischen Fraktion und Partei. Bislang steht Aussage gegen Aussage, bislang sind alle Verlierer.

Die entscheidenden Belege sind leider verschollen. In einem braunen Umschlag will der Berater die Liste seiner Leistungen an die damaligen CDU-Verantwortlichen übergeben haben. Von diesem Umschlag fehlt jede Spur. Das erinnert an einen schlechten Krimi. Doch könnte genau diese Schlampelei dazu führen, dass die Herren juristisch unbescholten davonkommen. Die Beweispflicht für Untreue, für eine illegale Verwendung des Geldes, liegt bei der Staatsanwaltschaft, und für eine Anklage braucht sie Belege. Der strenge Geruch bleibt aber in jedem Fall an den Betroffenen haften. mawi

Referendum über das Misstrauen

Der Machtkampf in der Türkei tritt in eine neue Phase. Regierungschef Tayyip Erdogan will nun das Volk fragen, ob das Land eine neue Verfassung haben möchte. Die gegenwärtige ist eine autoritäre Zwangsjacke. Sie macht die Türken zu gebückten Dienern ihres Staates. Der Staat dient nach diesem türkischen Grundgesetz nur sich selbst, nicht den Bürgern. Kein Wunder: Generäle haben vor 30 Jahren das Werk verfasst. Europafähig ist diese Verfassung nicht.

Im Volk dürfte Erdogan eine Mehrheit für seine Reform finden. Die Abstimmung könnte zu einem Triumph für die Regierungspartei werden. Genau das aber will die wichtigste Oppositionspartei, die Republikanische Volkspartei CHP, verhindern. Sie sucht ihre Verbündeten dort, wo sie in der Vergangenheit schon zu finden waren: bei den Verfassungsrichtern, den hohen Staatsbeamten

und im Militär. Die Generäle aber dürfen das Flehen der CHP diemal nicht erhören. Es riecht nicht mehr nach Putsch in der Türkei. Das Land hat sich in siebeninhalb Jahren Erdogan-Regierung stark verändert. Die Reformen, die Ankara für einen späteren EU-Beitritt unternahm, zeigen Wirkung.

Gleichwohl bleibt die türkische Gesellschaft gespalten. Der Spaltplatz heißt Misstrauen – Misstrauen gegenüber Erdogan und seiner religiös grundierten Partei AKP. Der säkulare Teil der Türkei reagiert nach wie vor irritiert auf das neue Selbstbewusstsein junger Kopftuchträgerinnen, die sich die konservative Gattin des Premiers zum Vorbild für ihren Lebensstil nehmen. Die innere Balance hat die Türkei noch nicht gefunden. Das Verfassungsreferendum könnte diese Zerrissenheit in den nächsten Wochen noch einmal sehr deutlich machen. csc

MEINUNG



Die Zitterpartie

SZ-Zeichnung: Ironimus

Die Realität bleibt ausgeblendet

Liberalen haben die Chance verpasst, ihr Steuerreformkonzept an die aktuelle Lage anzupassen

Von Claus Hulverscheidt

Aus. Vorbei. Sechs Monate lang hat die Koalition den Menschen vorgegaukelt, es werde im Laufe der Wahlperiode weitere deutliche Steuerentlastungen geben. Allein die Details seien noch offen, hieß es stets. Genauer könne man nach der Steuerschätzung sagen. Wer ein wenig von der Sache versteht, weiß seit langem, wie diese Schätzung aussehen würde – desaströs nämlich. Seit diesem Donnerstag nun weiß es auch die FDP: Die vielbeschworenen „Spielräume“ im Haushalt gibt es nicht, vielmehr wird die Regierung bis 2013 noch mehr sparen müssen als ohnehin erforderlich.

Das Tauschungsmanöver an sich ist schon ärgerlich genug. Noch ärgerlicher ist allerdings, dass sich die Liberalen in diesem halben Jahr allein an Stufentariifen und ähnlichen Ladenhütern aus dem vergangenen Jahrhundert ergötzt haben, statt die Zeit zu nutzen, ihre Steuerpläne an die heutigen Rahmenbedingungen anzupassen: an sinkende Wachstumsraten, an eine alternde Gesellschaft, an die Erfordernisse einer modernen Sozial-, Bildungs- und Familienpolitik. Leere Kassen müssen nämlich nicht automatisch bedeuten, dass die Steuerpolitiker aller Parteien aufhören müssten, über Entlastungen der Bürger nachzudenken.

Wäre es der FDP ernst mit einer solchen Entlastung der „Leistungsträger“, müssten sich all ihre Konzepte um die Beiseitigung des sogenannten Mittelstandsbauchs im Einkommensteuerrecht drehen. Er entsteht, weil der Steuertarif nicht gleichmäßig, sondern ausgerechnet im unteren Gehaltsbereich besonders steil ansteigt. Durch diesen Trick kassiert der Staat von seinen Bürgern 25 Milliarden Euro mehr als er vorgibt. Hauptleidtragende sind Gering- und Durchschnittsverdiener. Um eine schrittweise Abschmelzung dieses Bauchs finanzieren zu können, müsste unter anderem der Spitzensteuersatz von derzeit 42 auf beispielsweise 48 Prozent angehoben werden. Allerdings dürfte er erst ab einem Jahresgehalt von 60 000 Euro und nicht

wie heute schon ab gut 50 000 Euro greifen. Damit wäre auch das Problem gemildert, dass der Staat Menschen, die nicht reich sind, wie Reiche behandelt.

Vor allem die Liberalen jedoch lehnen jede Diskussion über eine Anhebung des Spitzensteuersatzes mit dem Totschlagargument der „Neiddebatte“ ab. Sie vergessen aber, dass in Deutschland (zu Recht) keine Vermögensteuer erhoben wird, dass die Erbschaftsteuerbelastung (zu Unrecht) gering ist, und dass der radikale Sparkurs, den die Koalition in den nächsten Jahren unabweisbar wird einleiten müssen, vor allem Menschen im unteren und mittleren Einkommensbereich treffen wird. Ein Solidarbeitrag auch der Besser- und Spitzenverdiener wäre deshalb nicht nur angemessen, sondern auch ein Gebot politischer Klugheit. Diese Woche wäre die Woche gewesen, die Bürger mit einem völlig neuen Steuerkonzept zu überraschen. Gut möglich, dass die Wähler in Nordrhein-Westfalen die FDP nun am Sonntag mit Gewalt ins 21. Jahrhundert zerren werden.

PROFIL



Foto: dpa

Johan Simons
Münchener Intendant von Welt mit Gespür für die Provinz

sche Schauspieler wie Jeroen Willems oder Simons Frau Elsie de Brauw kommen neu hinzu. „München ist ein bisschen wie Wien: eine Schauspielerstadt“, findet Simons. Da wäre es „blöd“ von ihm, ein Ensemble einfach auszutauschen.

Trotzdem werden die Münchner Kammerspiele künftig nicht nur ein neues Logo („MK“), sondern auch ein neues Profil bekommen: Offener will Simons das Haus – und zwar nach allen Seiten hin. So wird

es als neue Bühne nicht nur eine „Spielhalle“ mit Tribünen geben – der ganze „Stadttraum“ soll Bühne sein. So will Simons zum Beispiel für Aischylos' Tragödie „Die Perser“ rausgehen in ein Münchner Stadtviertel und mit alten Leuten vor den Chor einstudieren. „Ich will das Theater außerhalb des großen Saals aufwerten“, sagt Simons dezidiert. In Deutschland habe er immer das Gefühl, dass nur große Inszenierungen für mehr als 600 Zuschauer zählten.

An die Peripherie gezogen hat es Simons schon immer: 15 Jahre lang hat er mit seiner Gruppe Hollandia Theater in der Provinz gemacht. In den Niederlanden sind diese Aufführungen legendär. Da kommt er ja auch her. Geboren wurde er in dem südholändischen Flecken Heerjansdam als Sohn eines Bäckers und einer Bäuerin. Er absolvierte gegen den Willen seines Vaters schon als Jugendlicher eine vierjährige Tanzausbildung, dann („weil ich ein schlechter Tänzer war“) hängte er in Maastricht eine Schauspielausbildung dran, aus der er schließlich als Regisseur hervorging.

Johan Simons ist Vertreter eines avancierten Erzähltheaters und wird den Stil seines Vorgängers Frank Baumbauer weiterführen – als Intendant von Welt könnte er die Münchner Kammerspiele mit einer Öffnung in die Welt hinein zu einem Haus von europäischem Rang machen.

Christine Dössel

Blick in die Presse

Sterben für den Euro

Die internationale Presse schreibt zu den tödlichen Ausschreitungen in Griechenland:

LIBERATION (Paris)

„Die Gewalt in den Straßen von Athen ist ein Symptom für ein Land, das in die Enge getrieben ist und nicht mehr an die Zukunft glaubt. Die Griechen machen dafür zunächst ihre Regierungen jeglicher Richtung verantwortlich, die traditionell von Korruption und einer Laissez-faire-Politik ausgehöhlt waren und die Krise beschleunigt haben, indem sie die Zahlen zur Verschuldung gefälscht haben. Die Griechen machen Deutschland verantwortlich, das als zögernder Motor eines Europa wahrgenommen wird, das seine Hilfe mit Sparen vor allem in der Mittelklasse und bei den Beamten verbindet. Die Griechen machen die Märkte verantwortlich, die ohne Skrupel auf ihr Unglück spekulieren. (...) Damit sind alle Zutaten für ein europäisches Chaos vereint. (...) Der gesamte Hilfsplan von EU und IWF kann auseinanderfliegen.“

RZECZPOSPOLITA (Warschau)

„Die Griechen wollen für das Euro-Land nicht sterben. Sie wollen auf eigene Art leben, keine Steuern zahlen, ein hohes Haushaltsdefizit behalten. Folgen für andere Länder der Eurozone: Ihre Ausgaben für Rettungshilfen für Griechenland werden wahrscheinlich kein Ende haben. Geliehen werden müssen vielleicht sogar 100 Milliarden Euro. Das kann die europäische Währung und die Rentabilität der Obligationen anderer Länder belasten. Je stärker die Proteste in Athen, desto schwächer der Euro und desto höher die Zinssätze im ganzen Euroraum. Die Währungsunion ist heute ein eleganter Bridge-Club: Die Eintrittskarten werden nur am Eingang kontrolliert, später gibt es keine Möglichkeit mehr, den Gast, der am Spieltisch betrügt, auszuladen. Die reichen werden jetzt alles unternehmen, um die verschuldeten Länder, die vorzeitig in diesen exklusiven Verein aufgenommen wurden, nicht mehr finanziell zu unterstützen.“

CORRIERE DELLA SERA (Mailand)

„Es ist wahrlich eine griechische Tragödie, aus welchem Blickwinkel heraus man die Dinge auch betrachtet. Denn zum einen hat die Regierung recht, wenn sie jetzt handelt, angesichts der Tatsache, dass es keine Alternativen gibt. Recht hat aber auch das Volk, wenn es zornig wird, denn es bezahlt für eine Schuld, für die es nichts kann. Das ist alles verständlich, ausgenommen diese geballte Gewalt, die hart zugeschlagen und getötet hat. Vielleicht wollten sie nicht töten, aber sie haben es getan. (...)“

Süddeutsche Zeitung

Herausgegeben vom Süddeutschen Verlag vertreten durch die Gesellschafterversammlung

Chefredakteur: H. W. Kilz

Stellvertretende Chefredakteure: K. Kister, W. Krach
Außenpolitik: S. Kornelius, C. Schlotzer; Innenpolitik: Dr. H. Prantl, P. Fahrenholz; Seite Drei: A. Gorkow; Investigative Recherche: H. Leyendecker, N. Richter; Kultur: A. Kreye, Dr. T. Steinfeld; Wirtschaft: Dr. M. Beise, U. Schäfer; München: Dr. J. Kappner, K. Forster; Region: M. Bernstein, Bayern: A. Rameisberger, Sport: L. Schulze, K. Hoeltzenbein, Wissen: Dr. P. Illinger; Gesellschaft und Panorama: T. Rest; Wochenende: G. Matzig; Mobiles Leben: J. Reichle; Beilagen: W. Schmidt; Art Director: E. Wolf; Bild: J. Buschmann; Grafik: D. Braun

Chefkorrespondent: S. Klein

Geschäftsführende Redakteure: Dr. H. Munsberg, R. Rößmann

Chef vom Dienst: C. Krugel, S. Simon

Leitende Redakteure:

Prof. Dr. J. Kaiser, N. Piper, E. Roll

Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Gesetzes über die Presse vom 3. Oktober 1949

Anschrift der Redaktion:

Hulstschiner Straße 8 81677 München, Tel. (089) 21 83-0; Nachruf: 21 83-7708; Nachrichtenaufnahme: 21 83-481; Fax 21 83-97 77; E-Mail: redaktion@sueddeutsche.de; Berlin: N. Fried, C. Hulverscheidt (Wirtschaft), Französisches Str. 47, 10117 Berlin, Tel. (030) 20 38 66 50; Erfurt: C. Kohl, Marktstr. 38 a, 99084 Erfurt, Tel. (0361) 6011605; Düsseldorf: D. Graalmann, Bäckestr. 2, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 54 05 55-0; Frankfurt: H. Eisecke, Kleiner Hirschgraben 8, 60311 Frankfurt, Tel. (069) 2 98 92 70; Hamburg: R. Wiegand, Poststr. 25, 20354 Hamburg, Tel. (040) 46 88 31-0; Karlsruhe: Dr. W. Janisch, Postfach 55 10, 76135 Karlsruhe, Tel. (0721) 84 41 28; Stuttgart: D. Deckstein, Rotebühlplatz 33, 70178 Stuttgart, Tel. (0711) 24 75 93 94

Geschäftsführer:

Dr. D. Haaks, Dr. R. Rebmann, Dr. K. Ulrich
Anzeigen: J. Maukner (verantwortlich); Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 73 vom 1. Oktober 2009 gültig. Das Abonnement kostet in Bayern monatlich 41,90 Euro, außerhalb Bayerns 43,90 Euro; Studenten-, Wehr- und Zivildienstleistende zahlen, nach Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung, 21,50 Euro, jeweils inkl. Mehrwertsteuer (Auslandspreise auf Anfrage) Bankverbindung: Postbank München 5 54 18 03, BLZ 700 100 80. Erscheint die Zeitung durch höhere Gewalt oder Streik nicht, besteht kein Anspruch auf Entschädigung. Abonnements können schriftlich mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende beziehungsweise zum Ende eines Vorauszahlungszeitraums gekündigt werden. www.sueddeutsche.de/debo

Anschrift des Verlages:

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hulstschiner Straße 8, 81677 München; Großkundenadresse: Süddeutsche Zeitung GmbH, 80289 München. Telefon (0 89) 21 83-0; Telegrammadresse: sueddeutsche
Anzeigen: Telefax: (0 89) 21 83-7 95
Telefonische Anzeigenaufnahme: Tel. 01805/155900* (Immobilien-/Mietmarkt); Tel. 01805/255900* (Motormarkt); Vertrieb: Abonnenten-Service Tel. 01805/45 59 00*, Telefax 089/21 83-82 07. (*Dl. Inlandspreise: Festnetz 14 ct/Min., Mobilfunk max. 42 ct/Min.)
Pfortner: 0 89/21 83-4 11

Druck:

Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München
www.sv-druckzentrum.de
Jeder Freitagsausgabe liegt das „Süddeutsche Zeitung Magazin“ bei. Bei Freitagen abweichende Erscheinungstermine. Der Verlag übernimmt für unverlangt zugesandte Unterlagen oder Gegenstände keine Haftung. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitungsbeträge, Abbildungen, Anzeigen etc., auch der elektronischen Form vertriebenen Zeitung, insbesondere durch Vervielfältigung, Verbreitung, Digitalisierung, Speicherung in Datenbanksystemen bzw. Inter- oder Intranets, ist unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nichts anderes ergibt. Die Rechte für vorstehende Nutzungen, auch für Wiederveröffentlichung (Syndication) bietet die Dokumentations- und Informations Zentrum München GmbH (DIZ), Tel. 089/2183-9233 / www.diz-muenchen.de, Rechte für elektronische Pressespiegel die MGC Presse-Monitor GmbH, Tel. 030/28493-0, www.presse-monitor.de
Überregionales Pflichtblatt an allen deutschen Börsen

Zur Herstellung der Süddeutschen Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Griechenland und die Folgen Europa zieht seine Schlüsse

Es soll nicht mehr jeder tun dürfen, was er will

In der EU ist wegen der griechischen Krise die Forderung nach mehr europäischer Einheitlichkeit in Wirtschaftsfragen laut geworden. Die in Berlin vorherrschende Stimmung dagegen wird außerhalb Deutschlands nur von Euroskeptikern aufgegriffen.

Von Nikolas Busse

BRÜSSEL, 6. Mai. Einer der vielen Vorwürfe, die in der Griechenland-Sache gegen die Bundesregierung erhoben wurden, lautete, die Kanzlerin habe versucht, eine Entscheidung über Hilfen für das bankrotte Land so lange hinauszuzögern, bis die Wahl in Nordrhein-Westfalen vorüber sei. Dafür schien zu sprechen, dass der Sondergipfel der Euro-Staaten, der an diesem Freitagabend in Brüssel stattfindet, ursprünglich für den 10. Mai vorgesehen war. Das wäre ein Tag nach der Wahl gewesen. Es kam aber anders, und deshalb werden die nordrhein-westfälischen Bürger zwei Abende vor der Wahl zur besten Sendezeit noch einmal mit Bildern konfrontiert, die Frau Merkel beim Scheckausstellen in der EU zeigen.

Brüsseler Diplomaten sagen, das Vorziehen des Gipfels sei wieder einmal den Märkten geschuldet, die sich wenig um den Wahlkalender in Deutschland oder anderen Euro-Staaten kümmern. Weil ein als Solidaritätsbekundung geplanter Gipfel von den Märkten am Montagabend vielleicht weniger stark beachtet worden wäre, habe man sich für den Freitag entschieden. Das soll ein positives Signal für die gesamte neue Handelswoche erbringen. Im Übrigen werde es gar nicht mehr so sehr um Griechenland gehen, sondern um einen sichtbaren Schulterchluss für die anderen bedrängten Euro-Staaten wie Portugal oder Spanien sowie um die Zukunft der Gemeinschaftswährung. Er wolle „im Lichte dieser Krise einen Gedankenaustausch über die Frage führen, welche Lehren sich daraus für das Euro-Währungsgebiet ergeben“, hat der ständige EU-Ratspräsident Van Rompuy in seiner Einladung an die 16 Staats- und Regierungschefs der Euroländer geschrieben.

Van Rompuy hat nach Einschätzung mancher Diplomaten zuletzt allerdings keine gute Figur gemacht, ebenso wenig wie Kommissionspräsident Barroso. In den entscheidenden Tagen, als die Griechen keinen Zugang mehr zum Kapitalmarkt hatten und in den anderen Euro-Staaten die Details des Rettungspakets beschlossen werden mussten, fielen bei der durch Abwesenheit auf. Barroso reiste nach China, Van Rompuy nach Japan, ohne dass ein tieferer Zweck dieser Ausflüge erkennbar war. Dabei hat es Van Rompuy bisher nicht geschafft, die Arbeitsgruppe zur Euro-Reform einzusetzen, über die Berlin härtere Regeln für die Gemeinschaftswährung durchsetzen will. Barroso wiederum hatte sich schon vorher den Ärger der Bundesregierung zugezogen, weil er von Beginn an öffentlich Hilfe der anderen Euro-Staaten verlangte. „Hier brennt die Hütte, und die fahren nach Asien“, wundert sich ein Kenner des Brüsseler Betriebs.

„Wirksamere Sanktionen“

Gemeinsamer Brief Merkels und Sarkozys an EU-Führung

ban. BERLIN, 6. Mai. In einem gemeinsamen Brief an die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte und zu deren Transparenz gefordert. Darüber solle auf der Sitzung der Staats- und Regierungschefs der Euro-Mitgliedstaaten an diesem Freitag gesprochen werden, auf der das „Unterstützungspaket für Griechenland“ verabschiedet werden solle. Frau Merkel und Sarkozy plädierten dafür, auf dem Treffen solle „ein klares Signal“ gesendet werden, dass die Euro-Staaten bereit seien, verschiedene Maßnahmen zu prüfen.

Dazu zählten die beiden Autoren die „Stärkung der finanzpolitischen Überwachungsmechanismen innerhalb des Euro-Raums“, wozu auch „wirksamere Sanktionen im Rahmen des Defizitverfahrens“ gehören sollten. Zudem solle die Überwachung auf „strukturelle Fragen sowie Wettbewerbsfähigkeitsentwicklungen“ ausgedehnt werden. Die Wirksamkeit von „wirtschaftspolitischen Empfehlungen der EU“ solle verbessert werden. Schließlich sollten Möglichkeiten geprüft werden, „für die Zukunft einen robusten Rahmen für die Krisenbewältigung unter Wahrung des Grundsatzes der jeweiligen nationalen Verantwortung für die Haushaltspolitik zu schaffen“.

Frau Merkel und Sarkozy forderten, die „Qualität von Statistiken“ müsse

Erste Hinweise darauf, wie die Europapolitiker die Frage nach den Lehren zu beantworten gedenken, gab eine Aussprache im Europaparlament am Mittwochnachmittag. Etwas verkürzt lässt sie sich so zusammenfassen, dass die Mehrheitsmeinung der deutschen Bevölkerung in der EU nur von euroskeptischen Parteien vertreten wird, die in Deutschland gar nicht zur Wahl stehen. So sprach für die konservative Fraktion, die sich um die britischen Tories gegründet hat, der Abgeordnete Derk-Jan Eppink von der rechtspopulistischen belgischen Liste Dedecker. Er verlangte als Einziger ein Austrittsverfahren für uneinsichtige Schuldenmacher, wie es auch die Bundeskanzlerin einmal gefordert hat. Und der niederländische Abgeordnete Barry Madlener von Geert Wilders Freiheitspartei sagte, die Griechen sollten die Drachme wieder einführen. Die Nordeuropäer weigerten sich, für die sozialistischen Länder im Süden zu zahlen, die auf großem Fuß gelebt hätten.

Die etablierten politischen Lager vertraten dagegen Lösungsansätze, die auf einen Machtzuwachs Brüssels und eine größere Harmonisierung der Lebensweise in Europa hinauslaufen würden. Der Franzose Joseph Daul, Fraktionsvorsitzender der Christlichen Demokraten, forderte ein „Wirtschafts-, Sozial- und Steuereuropa“, wobei er unter anderem darauf hinwies, dass es nicht gehe, wenn in einem Land 35 Stunden gearbeitet werde und die Leute mit 60 Jahren in Rente gingen, während in anderen mehr als 40 Stunden gearbeitet werde und die Leute mit 67 Jahren in den Ruhestand gingen. Er dürfte Frankreich und Deutschland gemeint haben. Die spanische Sozialdemokratin Maria Badia i Cutchet verlangte, dass in der EU nicht mehr jeder tun könne, was er wolle. Der liberale Fraktionsvorsitzende Guy Verhofstadt (Belgien) behauptete, die Hilfen für Griechenland hätten schon im Dezember oder Januar verabschiedet werden können, wenn die Sache von den EU-Einrichtungen und nicht von den Mitgliedstaaten übernommen worden wäre.

Auf dem Gipfel wird es allerdings erst noch einmal darum gehen, ob das Geld für die Griechen überhaupt wie geplant zusammenkommt. Es sei der „Sachstand bei den parlamentarischen Verfahren“ zu besprechen, schrieb Van Rompuy in der Einladung, und da hakte es zuletzt in der Slowakei. Ministerpräsident Robert Fico bekundete vor ein paar Tagen, er traue den Griechen nicht und wolle erst einmal abwarten, ob das dortige Parlament auch wirklich Sparbeschlüsse fasse, die zu Einschnitten in Gehältern, Pensionen und Sozialleistungen führten. Fico steht derzeit im Wahlkampf und hat es mit einer Opposition zu tun, die Hilfen für Griechenland ablehnt. Womöglich wird das slowakische Parlament deshalb erst nach der Wahl am 12. Juni über den Kredit des Landes für Athen abstimmen. Und in Slowenien gibt es Probleme, weil die Regierung wegen der Höhe der Griechenlandhilfen vielleicht den gesamten Haushalt prüfen muss. Da Deutschland und Frankreich, die großen Geldgeber, pünktlich zahlen werden, gelten solche Verzögerungen in Brüssel als verschmerzbar. „Es darf nur nicht passieren, dass ein Land gar nicht zahlt“, sagt ein Diplomat.

künftig besser kontrolliert werden. „Die mangelnde Zuverlässigkeit griechischer Statistiken erklärt zum großen Teil, warum die Märkte diesem Land nicht mehr trauen“, schrieben sie. Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Stärkung der Kompetenzen von „Eurostat“ müssten so rasch wie möglich in Kraft treten.

Überdies verlangten Frau Merkel und Sarkozy eine Verbesserung der „Regulierung der Finanzmärkte“. Die Reaktionen der Märkte hätten in den vergangenen Tagen die Krise noch verschärft und zu Schwankungen der Renditen von Staatsanleihen einiger Euro-Mitgliedsstaaten geführt, „die nicht im Einklang mit der Entwicklung der Fundamentaldaten dieser Staaten stehen“. Spekulationen müsse die Grundlage entzogen werden. Das „Problem destabilisierender Leerverkäufe“ sei anzugehen. Auch über die Rolle von Ratingagenturen „bei der Verschärfung von Krisen“ sei nachzudenken. „Die Europäische Kommission sollte erwägen, Vorschläge zur Stärkung des Wettbewerbs zwischen den Ratingagenturen zu unterbreiten.“ Auf der Grundlage von Vorschlägen des Internationalen Währungsfonds, kündigten Frau Merkel und Sarkozy an, würden Deutschland und Frankreich „auf nationaler und internationaler Ebene an einem Regime für eine faire Beteiligung an Krisenkosten arbeiten“, hieß es in dem Schreiben mit Blick auf die Banken. „Staaten sollten nicht gezwungen sein, Banken zu retten“, heißt es in dem Schreiben.

Die rhetorischen Brandstifter

Griechenlands Kommunisten und die Randalierer / Von Michael Martens

ISTANBUL, 6. Mai. Als Oppositionsführer blieb er oft blass, doch als Ministerpräsident läuft Georgios Papandreou nun mitten in der tiefsten Krise seines Landes zu großer Form auf. In einer beeindruckenden Rede, die am Donnerstag von allen Medien des Landes ausführlich gewürgt wurde, hat der griechische Ministerpräsident und Vorsitzende der regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok) nicht nur die noch unbekannten Gewalttäter verurteilt, die am Mittwoch eine Bankfiliale in Brand gesetzt und damit den Tod von drei Menschen verursacht hatten. In für jeden Griechen unmissverständlichen Worten forderte Papandreou auch die linksextremen Oppositionsparteien auf, ihre rhetorische Brandstiftung einzustellen. Er warnte seine (linken) politischen Gegner davor, die schwierige Lage des Landes durch indirekte Aufrufe zur Gewalt noch zu verschlimmern und versprach, man werde die Täter vom Mittwoch finden und zur Rechen-

die Kommunisten wählt, bekommt auch Kommunisten. Der Klassenkampf und die „Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ sind formal weiter die zentralen Ziele der Partei.

Zwar hat Frau Papariga sich von dem Blutvergießen am Mittwoch distanziert und die Todesfälle dem Wirken von „Provokateuren“ zugeschrieben, doch mangelt es in den Aufrufen der Partei nicht an indirekter Rechtfertigung für gewalttätigen Widerstand gegen „das System“. Die Demonstrationen gegen die Regierung Papandreou werden in Verlautbarungen der KKE zu einer „klassenbewussten Antwort der Volksmassen an die Plutokratie und an die volksfeindliche Politik der sozialdemokratischen Regierung, der Europäischen Union und des Weltwährungsfonds“. Zu den wichtigsten Gegnern der KKE gehören auch die beiden großen, vergleichsweise gemäßigten Gewerkschaftsverbände Gsee und Adedy, in denen Pasok-Funktionäre eine maßgebliche Rolle



Die Opfer der Parolen: Gedenken an die Toten vom Mittwoch vor der ausgebrannt Marfin-Bank in Athen.

Foto dpa

schaft ziehen: „Es darf weder Schutz noch direkte oder indirekte Unterstützung für sie geben. Und sie wissen sehr gut, dass die Kommentare in den vergangenen Tagen nicht hilfreich waren. Kommentare, laut denen sich Griechenland angeblich unter einer Diktatur befinde.“

Leider werde die Ansicht, dass alle politischen Kräfte des Landes in diesen Zeiten des „Notstands“ Verantwortungsbewusstsein demonstrieren müssten, nicht von allen geteilt, so Papandreou. Doch habe niemand das Recht, „mit dem Schicksal dieses Landes und seiner Bürger zu spielen. Niemand darf Menschenleben gefährden.“ Gemeint waren damit die beiden linken im Athener Parlament vertretenen Parteien. Die bekannteste Adressatin von Papandreous Warnung war Aleka Papariga, die Generalsekretärin des Zentralkomitees der Partei der Kommunisten Griechenlands (KKE). Der Titel verrät – wer in Griechenland

spielen. Diese Verbände verfolgten „eine Politik der Unterwerfung“, heißt es bei der KKE.

Allerdings besteht zwischen den beiden im griechischen Parlament vertretenen linken Parteien (die zweite ist das Bündnis Syriza) und den Gewalttätern, die am Mittwoch in der Athener Innenstadt randalierten, keine direkte Verbindung. Die meist jugendlichen, oft verumumt auftretenden Gewalttäter lassen sich zwar vermutlich von den rhetorischen Anfeuerungen der KKE inspirieren, doch werden sie nicht von der Partei gelenkt. Es sind kleine und kleinste, sich als anarchistische Bewegungen verstehende Gruppierungen, die seit Jahren Anschläge auf Bankfilialen, Ministerien oder Polizeidienststellen verüben. Die bekannteste Gruppe nennt sich „Revolutionärer Kampf“ und wurde vergangenes Jahr von den Vereinigten Staaten als „terroristische Organisation“ gebrandmarkt. Andere Banden wollen sich unter

bindungen zur organisierten Kriminalität und über eine große Menge an Waffen verfügen. Darunter seien auch Waffen, die nicht aus Kasernen oder Polizeibeständen gestohlen, sondern gekauft wurden. In Krisenzeiten, etwa bei den Ausschreitungen nach der Ermordung eines Schülers durch einen Polizisten im Dezember 2008, flüchten sich die Banden nach Überfällen regelmäßig auf die Gelände von Universitäten, die von der Polizei nicht betreten werden dürfen. Die rechtsfreien Räume garantiert der griechische Staat durch das Gesetz über das Universitätsasyl, das nach dem Ende der Militärdiktatur eingeführt wurde. Damals hatte der Gesetzgeber allerdings nicht Bandenterror, sondern die blutige Niederschlagung des Studentenaufstands an der Polytechnischen Universität in Athen am 17. November 1973 vor Augen, eine der dunkelsten Episoden der mehr als sieben Jahre währenden Herrschaft der Generäle.

Ein verordnetes Erdbeben

Die Rentenreform ist der schwierigste Teil des Athener Sparprogramms

ISTANBUL, 6. Mai. Die eigentliche Beweisungsprobe steht der griechischen Regierung erst im Juni und im September bevor, denn was sie im Sommer beschließen und in der zweiten Jahreshälfte durch das Parlament bringen muss, wird die Lebensplanung von Millionen Griechen durcheinanderbringen: die Rentenreform.

An einer Neuerung des hochdefizitären Systems der griechischen Rentenkassen hatte sich schon der frühere Ministerpräsident Kostas Simitis versucht, der wie der jetzige Ministerpräsident Papandreou zur sozialistischen Pasok gehört. Er war jedoch im April 2001 am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert. Was damals geschah, liest sich im Rückblick wie ein Orakelspruch, der auf Punkt und Komma vorhersagte, was nun eingetreten ist.

Nachdem die Gewerkschaften erfolgreich zu Generalstreiks aufgerufen hatten, sah sich die damalige Regierung gezwungen, ihr Reformprogramm zurückzuziehen, obwohl es nur einen Bruchteil der Maßnahmen enthielt, die nun kommen werden: Die Zahl der zum Erwerb einer Rentenberechtigung erforderlichen Berufsjahre sollte auf 40 sowie das Eintrittsalter auf 65 Jahre erhöht und die Berechnungsgrundlage für die Höhe der Rente von 80 auf 60 Prozent des letzten Lohnes verringert werden. Zudem war die Zusammenführung der vielen Dutzend Rentenkassen in acht große Fonds geplant.

Nachdem all diese Ideen im Generalstreik untergegangen waren, warnte der damalige Ministerpräsident Simitis, ein Aufschub der Reform werde eines Tages „schmerzhafte Lösungen“ erfordern. Sein Finanzminister Papantoniou kritisierte, eine Beibehaltung des alten Rentensystems gefährde die Konsolidierung der

Staatsfinanzen und stelle die Aufnahme des Landes in die Währungsunion in Frage (die sich Griechenland gerade erst durch geschönte Statistiken erschlichen hatte). Der Nationalbankgouverneur prophezeite, das alte System gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft, und die Regierung warnte, wenn nichts geschähe, werde das Rentensystem im Jahr 2010 zusammenbrechen.

Nun ist die Bruchlandung tatsächlich da, und Simitis' Nachfolger Georgios Papandreou muss noch schärfere Maßnahmen einführen als 2001 geplant. Bis Juni muss die Regierung ein gesetzliches Renteneintrittsalter von zunächst 65 Jahren für Männer beschließen, das ab 2013 auch für Frauen im Staatsdienst gelten wird. Nachdem eine Vorgabe des auf Druck des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank sowie der EU-Kommission entwickelten Reformprogramms durchgesiekt war, berichteten griechische Medien jedoch, ein weiterer Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre sei möglich. Diese Befürchtung bezog sich auf die im Reformprogramm enthaltene Formulierung, die Regierung habe „einen automatischen Anpassungsmechanismus“ zu beschließen, der das Renteneintrittsalter an Zuwächse der Lebenserwartung knüpft. Ab 2020 soll das Renteneintrittsalter alle drei Jahre erhöht werden, sofern die Lebenserwartung wie erwartet steigt.

Um weitere Kosten zu senken, wird die Berechnungsgrundlage für die Höhe der Rente außerdem nicht mehr nur die letzten fünf Arbeitsjahre betreffen, sondern den Durchschnitt aller Arbeitsjahre. Frühverrentungen sollen erschwert, die entsprechenden Bezüge gekürzt werden. Die

Liste der zur Frühpensionierung berechtigenden schweren und gesundheitsschädlichen Berufe, die vollkommen veraltet ist und absurde Ausnahmeregelungen enthält, muss überarbeitet werden. Die Höchstgrenzen für Renten werden reduziert, wodurch innerhalb eines Jahres Einsparungen von einer halben Milliarde Euro erwartet werden. Ausdrücklich bleibt aber eine Mindestrente für sozial Schwache garantiert, „um die anfälligsten Gruppen zu schützen“, wie es in den Reformvereinbarungen heißt. Die Bezieher von Invaliditätsrenten, mit denen es offenbar auch Handel gegeben hat, werden hingegen ab Dezember 2011 ihre Berechtigung zum Bezug der Zahlungen regelmäßig nachweisen müssen. Schon ab März 2011 werden die Bedingungen zur Gewährung solcher Renten strenger ausgelegt. Außerdem wird für alle Rentner die jährliche 13. und 14. Monatsrente abgeschafft. Schließlich soll es spätestens ab 2018 nur noch drei Rentenkassen geben.

All diese Maßnahmen entstehen in Zusammenarbeit mit Fachleuten des IWF und der europäischen Institutionen und sollen im September vom Parlament angenommen werden. Politisch kommt das einem verordneten Erdbeben gleich. Kaum ein Stein des alten Systems wird danach noch auf dem anderen stehen. Mit einiger Sicherheit werden die Gewerkschaften bei der Rentenreform auch ihren Hauptangriffspunkt gegen die Regierungspolitik setzen, denn die Veränderungen betreffen nicht nur Millionen Rentner, sondern auch das Heer jener, die in ihren letzten Arbeitsjahren stehen und sich die finanziellen und zeitlichen Rahmenbedingungen ihres Lebensabends ganz anders ausgerechnet hatten. (tens.)

Ausland in Kürze

„Verbindung nach Pakistan“ – Zwei Tage nach der Festnahme Faisal Shahzads wegen des versuchten Bombenanschlags vom New Yorker Times Square mehren sich laut „New York Times“ Hinweise darauf, dass der Dreißigjährige doch von den pakistanischen Taliban beeinflusst und trainiert worden sein könnte. Die Zeitung zitierte am Donnerstag amerikanische Ermittler mit den Worten, dass eine radikale Gruppe, von der man dies vorher nicht erwartet hätte, eine Rolle in dem Anschlag gespielt haben könnte. Zuvor hatten Medien berichtet, dass es wohl keine Hinweise auf eine Beteiligung der Taliban gebe. Peter Hoekstra, republikanisches Mitglied im Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses, sagte dem Sender CNN, es gebe „wahrscheinlich eine starke Verbindung“ zwischen Shahzad und den pakistanischen Taliban. Eine pakistanische Taliban-Gruppe hatte sich nach dem Anschlag der Tat bezichtigt; Shahzad hatte den Ermittlern nach seiner Festnahme gesagt, dass er ein Einzelkämpfer sei. Er hat zugegeben, den zu einer Autobombe umgebauten Geländewagen am Samstagabend auf dem Times Square abgestellt zu haben; der Sprengsatz zündete nicht. (F.A.Z.)

Schröder wirbt für Russland – Der frühere Bundeskanzler Schröder hat sich für eine engere Bindung Russlands in die Europäische Union ausgesprochen. Durch eine Assoziierung mit der EU könne das Land fest und langfristig an Europa gebunden werden, sagte er am Donnerstag auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Mittelfristig sei eine volle EU-Mitgliedschaft Russlands noch nicht zu erwarten. Das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, über das die EU und Moskau derzeit verhandeln, sei aber nicht ausreichend. Als Beispiele für eine engere Bindung Moskaus an Brüssel nannte der frühere SPD-Vorsitzende eine Handelsliberalisierung bis hin zu einer Freihandelszone und eine engere Kooperation in der Sicherheitspolitik. (sat.)

Nasarbajew wird „Führer der Nation“ – Die zentralasiatische Republik Kasachstan will die Machtfülle des autoritären Präsidenten Nasarbajew mit einem Sondergesetz weiter ausbauen. Ein Entwurf im Parlament sehe vor, dem Staatschef lebenslange Immunität vor Strafverfolgung zuzusichern. Damit wäre auch sein Eigentum auf Dauer unantastbar. Zugleich solle ihm der Titel „Führer der Nation“ verliehen werden, berichtete die russische Tageszeitung „Kommersant“ am Donnerstag. Mit dem Gesetz wollten Nasarbajews Anhänger verhindern, dass dem Präsidenten einmal ein ähnliches Schicksal droht wie dem gestürzten Staatschef des Nachbarlands Kirgistan, Bakijew. Das kasachische Parlament hat seit Nasarbajews Amtsantritt 1990 die Verfassung mehrfach zu dessen Gunsten geändert. (dpa)

Lobo deutet Verzicht an – Der Präsident von Honduras, Lobo, hat einen Verzicht auf seine Teilnahme an dem Madrid der Gipfel der EU mit den Ländern Lateinamerikas am 17. Mai angekündigt. Er sagte, er überlasse eine Entscheidung dem Gastgeber und gegenwärtigen EU-Ratspräsidenten Spanien. Einen Tag nachdem zehn mittel- und südamerikanische Staaten, darunter Brasilien und Mexiko, einen Boykott signalisiert hatten, weil sie die Regierung Lobo für „nicht legitim“ halten, sagte der Präsident, er sei bereit, „jedes Opfer zu bringen“, um Spanien und seinen Nachbarn Schwierigkeiten zu ersparen. Zuvor hatte die spanische Regierung noch einen Versuch unternommen, als versöhnliche Geste den gestürzten Präsidenten Zelaya zur Rückkehr aus dem Exil in der Dominikanischen Republik nach Honduras zu bewegen. (wie.)

Taliban lassen Mobilfunk abschalten – Die Taliban haben im nordafghanischen Kundus, wo die Bundeswehr stationiert ist, die Abschaltung des Mobilfunks während der Nacht erzwungen. Ein Vertreter eines führenden Mobilfunkanbieters sagte, man habe sich der Forderung der Aufständischen wegen mangelnder Sicherheit beugen müssen. Die Taliban gaben als Grund an, ihre Kämpfer davor schützen zu wollen, dass Sicherheitskräfte sie mittels Mobiltelefonsignalen orten können. Anwohner bestätigten, dass die Netze aller vier Anbieter auch in der Nacht zu Donnerstag in der gesamten Provinz abgeschaltet waren. (dpa)

NLD in Burma illegal – Die Partei von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi steht vor dem Ende. Die „Nationale Liga für Demokratie“ (NLD) ließ am Donnerstag die Frist für die Registrierung für die bevorstehenden Wahlen ablaufen. Nach dem Parteiengesetz der Militärjunta sind alle nicht registrierten Parteien mit sofortiger Wirkung illegal. „Dies wird der letzte Tag für uns sein“, sagte Win Tin, Mitglied der NLD-Führungsriege. Der Eindachtzigjährige war einer der am längsten eingekerkerten politischen Gefangenen; er wurde im Herbst 2008 nach 19 Jahren freigelassen. Aung San Suu Kyi ist Generalsekretärin der NLD; sie hatte sich gegen die Wahlbeteiligung ausgesprochen, nachdem die Regierung zuvor ihren Ausschluss aus der Partei verlangt. Die Friedensnobelpreisträgerin steht seit Jahren unter Hausarrest. Sie hatte gegen das Dekret geklagt, doch weigerte sich das Oberste Gericht am Mittwoch, den Fall anzunehmen. (dpa)

Mobilfunkauktion nähert sich dem Ende

bü. BONN, 6. Mai. Die Versteigerung neuer Frequenzen für den Mobilfunk scheint bald zu Ende zu gehen. In der seit fast vier Wochen dauernden Auktion steigen die Gebote nur noch sehr langsam, erst am Donnerstag überschritten sie zum ersten Mal die Marke von insgesamt 3 Milliarden Euro. Frühere Erwartungen, dass für den Staat Einnahmen von bis zu 8 Milliarden Euro zusammenkommen könnten, dürften sich kaum noch erfüllen. Vorläufig ganz zum Erliegen gekommen ist das Wettbieten um die begehrten Frequenzen im Bereich von 800 Megahertz, die „digitale Dividende“. Dieser Teil des Spektrums ist in besonderer Weise für den Bau schneller Netze für das mobile Internet geeignet und soll deshalb unter anderem für eine bessere Breitbandversorgung auf dem Land genutzt werden. Nach bisherigem Stand würden T-Mobile und Vodafone jeweils zwei der insgesamt sechs Blöcke erhalten; die beiden kleineren Anbieter E-Plus und O2 könnten sich jeder einen Block für mehr als 400 Millionen Euro sichern. Das Interesse konzentrierte sich zuletzt auf die Frequenzen um 1,8 Megahertz. Dort liegen die Gebote bisher allerdings nur in der Größenordnung von allenfalls 20 Millionen Euro. Die Versteigerung endet erst dann, wenn für keinen der insgesamt verfügbaren 41 Frequenzblöcke ein neues Angebot kommt.

Jugendliche sorgen kaum für das Alter vor

rike. BERLIN, 6. Mai. Jugendliche und junge Erwachsene wissen zu wenig über Finanzen und Altersvorsorge. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Versorgungswerk Metallrente, das vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall und der Industriegewerkschaft Metall gegründet wurde, in Auftrag gegeben hat. 2500 Jugendliche zwischen 17 und 27 Jahren wurden zu ihrem Sparverhalten, ihren Zukunftsvorstellungen und Selbsteinschätzungen befragt. Heraus kam, dass zwar 84 Prozent der Jugendlichen sparen – vor allem für unvorhergesehene Ereignisse, größere Anschaffungen und die Altersvorsorge. Doch ihr Wissen auf dem Gebiet der Vorsorge ist rudimentär. So können 61 Prozent der Jugendlichen nicht erklären, was eine betriebliche Altersvorsorge ist; 64 Prozent scheitern am Begriff „Riester-Rente“, 88 Prozent an „Bruttoentgeltumwandlung“ – mit Letzterem können nicht einmal die Hälfte derjenigen, die schon eine betriebliche Altersvorsorge haben, etwas anfangen. Innerhalb des Versorgungswerks Metallrente spart fast ein Drittel der unter Dreißigjährigen weniger als 320 Euro im Jahr; nur 18 Prozent kommen auf mehr als 1200 Euro. Im Fall der über Dreißigjährigen ist es spiegelverkehrt: Nur 13 Prozent legen weniger als 320 Euro im Jahr zurück, aber 37 Prozent mehr als 1200 Euro. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass zu wenige junge Leute vorsorgen und dass ihre Sparbeiträge zu gering sind. Sie steuerten „ungewollt auf die Altersarmut zu“, sagte der Jugendforscher Klaus Hurrelmann, der die Untersuchung leitete.

Europäische Union will mehr Kohlendioxid einsparen

hmk. BRÜSSEL, 6. Mai. Die Europäische Kommission treibt die einseitige Erhöhung der EU-Klimaschutzziele voran. Wegen der Wirtschaftskrise und dem daraus resultierenden starken Rückgang der Emissionen sei ein Reduktionsziel für den Treibhausgasausstoß von 30 Prozent relativ kostengünstig zu erreichen, heißt es in einem Entwurf für eine Mitteilung, welche die Kommission Ende Mai vorlegen will. Statt 70 Milliarden Euro werde die EU lediglich 48 Milliarden Euro ausgeben müssen, um die Treibhausgasemissionen – wie bisher zugesagt – um 20 Prozent bis 2020 zu senken. Eine Erhöhung des Ziels auf 30 Prozent kostete die EU weitere 33 Milliarden Euro. Die Kosten wären mit insgesamt 81 Milliarden Euro oder 0,54 Prozent des Bruttoinlandsprodukts unwesentlich höher als ursprünglich eingeplant.

Zudem werde die EU dadurch Geld sparen, dass die Einfuhr von Erdöl weiter sinke und sich die Luftqualität verbessere. Um Nachteile für die europäische Industrie im internationalen Wettbewerb durch die Kosten für den Klimaschutz zu vermeiden, spricht sich die EU-Kommission dafür aus, Staatshilfen für die Neuausrichtung energieintensiver Branchen zu erleichtern.

Die EU hat bisher eine Erhöhung des Klimaschutzziels auf 30 Prozent an die Bedingung geknüpft, dass andere große Emittenten vergleichbare Angebote machen. Nach ihrer Einschätzung ist das derzeit nicht der Fall. Die Zusagen der großen Industrie- und Schwellenländer nach der Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen seien zu niedrig. In den vergangenen Wochen hat sich dennoch innerhalb der EU die Zahl derer gemehrt, die für eine einseitige Erhöhung des europäischen

Die Wirtschaftskrise macht die Reduktion der Treibhausgase günstiger. Für energieintensive Branchen soll es Staatshilfen geben.



Technik mit ungewisser Zukunft: CO₂-Abscheidung

Foto Matthias Lüdecke

Ziels eintreten. Zuletzt hatte sich Umweltminister Norbert Röttgen beim Petersberger Klimadialog in Bonn dafür ausgesprochen. Das Vorpreschen der EU soll Schwung in die Gespräche über ein internationales Klimaabkommen bringen. Die Staats- und Regierungschefs der 193 Teilnehmer werden sich im Juni in Bonn wieder zusammensetzen, bevor

Ende des Jahres im mexikanischen Cancún das nächste Weltklimagipfeltreffen ansteht.

In der EU bleibt die Heraufsetzung des Reduktionsziels jedoch heftig umstritten. Gegen eine Erhöhung sprechen sich neben den osteuropäischen EU-Staaten, allen voran Polen, vor allem die Italiener

aus. Sie befürchten, dass die Industrie angesichts der Wirtschaftskrise eine weitere Belastung nicht verkraftet. Die Kommission wirbt für ein Reduktionsziel von 30 Prozent nicht nur mit dem Argument, dass dieses Bewegung in die stockenden Klimagespräche bringen könnte, sondern auch damit, dass dies im eigenen Interesse der EU sei. Allein die mit der wei-

teren Reduktion einhergehende Verbesserung der Luftqualität beziffert die Kommission auf 6,5 bis 10 Milliarden Euro im Jahr. Das 30-Prozent-Ziel könne die Erdgas- und Erdöleinfuhren 2020 um 40 Milliarden Euro senken. Auch seien kohlenstoffärmere Techniken oft arbeitsintensiver. Mit der Umstellung der Industrie auf „grüne Technik“ würden also neue Arbeitsplätze geschaffen.

Um den Industriewandel voranzutreiben, ist der Preis für den Treibhausgasausstoß nach Ansicht von Fachleuten der Kommission momentan allerdings zu niedrig. Wegen der Wirtschaftskrise sei der vom EU-Emissionshandelssystem abgedeckte Ausstoß 2009 um 10 Prozent gesunken. Dadurch sei der Preis für das Recht, eine Tonne Kohlendioxid auszustößen, von 25 Euro auf zwischenzeitlich 8 Euro gefallen. Derzeit habe er sich zwischen 12 und 15 Euro eingependelt. „Nötig“ sei ein Preis von 30 Euro, heißt es in Brüssel. Dieser sei auch immer das Ziel der Klimaschutzpolitik der EU gewesen. Erst dann lohne es sich auch, in die Speicherung von Kohlendioxid unter der Erde (CCS) zu investieren. Einen Preis von 30 Euro erreiche die EU aber nun nur noch, wenn sie das Reduktionsziel von 20 auf 30 Prozent erhöhe. Das lohne sich auch für die Mitgliedstaaten, da sie sonst auf die Hälfte der eingeplanten Einnahmen aus der Versteigerung der Zertifikate nach 2012 verzichten müssten. Im Übrigen, argumentiert die Kommission, müsse die EU ihren Ausstoß irgendwann ohnehin um 30 Prozent reduzieren, wenn sie diesen im Jahr 2050 wie vorgesehen um 80 bis 95 Prozent unter das Niveau von 1990 senken wolle. Die Reduktion werde jedoch umso teurer für die EU, je länger sie herausgezögert werde, meint die Kommission.

Immer mehr Deutsche stiften

914 Stiftungen sind im vergangenen Jahr gegründet worden / Umweltschutz gewinnt an Bedeutung

geg. FRANKFURT, 6. Mai. Immer mehr Bürger bringen ihr Vermögen oder Teile davon in Stiftungen ein, um dem Gemeinwohl zu dienen. 914 Stiftungen sind allein im Jahr 2009 gegründet worden. „Und etwa 5 bis 10 Mal so viele Menschen denken zumindest darüber nach, ihr Vermögen in eine Stiftung einzubringen“, sagt Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, Berlin. Stifter wollen zweierlei, sagt Wilhelm Krull, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes: Entweder wollten sie in ihrem beruflichen Umfeld Akzente setzen – zum Beispiel wenn ein SAP-Gründer die Informationstechnologie fördere –, oder sie wollten einem persönlichen Interesse größere Förderung zuteil werden lassen und gründeten eine Stiftung, die sich sozialen, regionalen, kulturellen oder wissenschaftlichen Zwecken widme.

Bei neuen Stiftungen gibt es nach Fleischs Worten eine leichte Entwicklung hin zu mehr Umweltschutz und weniger sozialem Engagement. Dennoch verfolgen mit 33 Prozent die meisten deutschen Stiftungen soziale Ziele. Das liegt auch daran, dass im Mittelalter nur soziale Ziele als Gemeinwohl fördernd anerkannt wurden. Danach folgen mit jeweils 15 Prozent Anteil Stiftungen, die die Kultur und die Bildung fördern. 13 Prozent wollen die Wissenschaft unterstützen und 4 Pro-

zent den Umweltschutz, der bei Neugründungen aber 7 Prozent ausmacht.

In Deutschland verwalten 17 372 Stiftungen etwa 100 Milliarden Euro, aus deren Anlageerträgen sie ihre Objekte fördern. Das ist in Zeiten der Finanzmarktkrise nicht einfach. Aber Krull konnte in Frankfurt auf dem Deutschen Stiftertag feststellen, dass die Vermögensverluste deutscher Stiftungen im Zuge der Wirtschaft- und Finanzkrise deutlich geringer ausgefallen sind als befürchtet. „Insgesamt gesehen hat sich die – oft kritisierte – langfristige, bedachte Anlagestrategie deutscher Stiftungen ausgezahlt“, sagte Krull. Langfristig bedeutet: einen hohen Anteil festverzinslicher Papiere, Aktien nur von Dax-Unternehmen und zunehmend Anlagen in Immobilien. Für 2009 rechnen nur 9 Prozent der Stiftungen mit realen Vermögensverlusten. Ein solcher Verlust trifft Stiftungen besonders hart, weil sie gesetzlich gehalten sind, ihr Nominalkapital zu erhalten. Gerade große Stiftungen wie die Volkswagenstiftung achten selbst sogar darauf, dass sie langfristig ihr Kapital auch real erhalten. So dienen ihre Kapitalerträge nicht nur der Förderung von Objekten, sondern auch dem Ausbau des Vermögens.

Die größte deutsche privatrechtliche Stiftung ist die Volkswagenstiftung in Hannover. Sie fördert in jedem Jahr Wis-

Für den guten Zweck

Die größten Stiftungen privaten Rechts (nach Gesamtausgaben 2008 in Millionen Euro)

Volkswagenstiftung	121,8
Bertelsmann Stiftung	77,5
Robert Bosch Stiftung	75,8
Landesstiftung Baden-Württ.	71,0
Alexander von Humboldt-Stiftung	67,9
Deutsche Bundesstiftung Umwelt	60,8
Studienstiftung des dtsh. Volkes	51,6
A. Krupp v. Bohlen u. Halbach Stift.	42,2
Deutsche Stiftung Denkmalschutz	38,0
Umweltstiftung WWF-Deutschl.	35,3
Dietmar Hopp Stiftung	30,0
Zeit-Stiftung Ebelin u. Gerd Bucerius	27,5
Stiftung Mercator	24,5
Software AG-Stiftung	24,1
Gemeinnützige Hertie-Stiftung	21,1

Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen. F.A.Z.-Grafik Kaiser

senschaft und Forschung mit etwa 100 Millionen Euro. Das ist absolut eine hohe Zahl, verglichen mit den Ausgaben der öffentlichen Hand kommen aber alle Wissenschaftsstiftungen zusammen nur auf einen Anteil von gut 1 Prozent an der Finanzierung der Wissenschaft. Die eigentliche Bedeutung der Stiftungen liegt nach

Krulls Worten aber nicht in der Höhe der Fördermittel, sondern in ihrer Rolle als Impulsgeber. Stiftungen verstehen sich als Werkstätten gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritts, sie greifen Themen auf und suchen Lösungswege, die später in vielen Fällen vom Staat oder anderen Trägern aufgegriffen werden.

In das Bewusstsein der Öffentlichkeit dringt die Arbeit aber nur in den wenigsten Fällen. Viele, vor allem kleine und Kleinststiftungen – 70 Prozent aller Stiftungen verfügen über weniger als 2 Millionen Euro Stiftungskapital – arbeiten fast im Verborgenen. Bei einer Befragung durch das Meinungsforschungsinstitut Emnid gaben 80 Prozent der Befragten an, bisher keinen Kontakt mit Stiftungen zu haben und diese daher nicht beurteilen zu können. Dabei arbeiten die meisten Stiftungen an aktuellen Themen in ihrem regionalen Umfeld. „Viele aktuelle Herausforderungen, die sich gerade in Städten manifestieren – die demographische Entwicklung, die wachsende gesellschaftliche Kluft oder der effiziente Umgang mit Energie –, lassen sich ohne Stiftungen nicht meistern“, ist Fleisch überzeugt. Die wachsende Zahl von Bürgerstiftungen sind für ihn ein Beleg dafür, dass sich Stiftungen und ihr gesellschaftliches Engagement langsam in der Bevölkerung durchsetzen.

Kurze Meldungen

Rente zukünftig online

Anträge auf Leistungen der Deutschen Rentenversicherung können von sofort an auch über das Internet gestellt werden. Das neue Online-Angebot umfasse unter anderem die Antragsformulare zu Versicherung, Rente und Rehabilitation, teilte die Deutsche Rentenversicherung am Donnerstag in Berlin mit. Der ausgefüllte Antrag wird elektronisch an die Rentenversicherung versandt und dort bearbeitet. Ähnlich wie bei der elektronischen Steuererklärung benötigt die Behörde die Unterschrift des Antragstellers in Papierform als Garantie. Wird eine Signaturchipkarte mit elektronischer Unterschrift verwendet, entfällt dieser Schritt.

Baugewerbe erlebt gutes Jahr

Das deutsche Baugewerbe sorgt sich um die Entwicklung in der Branche nach dem Auslaufen der Konjunkturpakete. „Die Bauwirtschaft wird die Kraft der Rezession erst 2011 mit voller Wucht zu spüren bekommen“, sagte der Vorsitzende der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, Karl-Heinz Schneider, am Donnerstag in Berlin. Das laufende Jahr bewertet die mittelständische Bauwirtschaft positiv, vor allem wegen der Mittel aus den Konjunkturprogrammen. 2011 sei aber bei den öffentlichen Investitionen ein Rückgang um mehrere Milliarden Euro zu befürchten.

Schneller Brüter in Japan

Nach mehr als 14 Jahren Zwangsstilllegung ist in Japan am Donnerstag ein Atomreaktor des Typs Schneller Brüter wieder in Betrieb genommen worden. Der Prototyp-Reaktor mit dem Namen „Monju“ in der Mitte der japanischen Hauptinsel Honshu musste im Dezember 1995 bereits kurz nach der Inbetriebnahme wieder stillgelegt werden. Es waren Hunderte Kilogramm des hochreaktiven Kühlmittels Natrium ausgetreten und in Brand geraten. Seit diesem Zwischenfall stand der Reaktor still. Atomkraftgegner haben jahrelang vor Gericht gegen die abermalige Inbetriebnahme prozessiert. Japans Regierung will das rohstoffarme Land durch den Ausbau der Atomkraft von Energieimporten unabhängiger machen und zugleich den Ausstoß von Treibhausgasen senken.

Erfolgreiche Gründungen

Unternehmensgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus sind erfolgreicher als angenommen. Dies zeigt eine neue Studie des Berliner Wirtschaftsforschungsinstituts DIW und des IZA Bonn. Danach sind vor allem die Motive entscheidend für den unternehmerischen Erfolg. Reine „Notgründungen“ seien weniger erfolgreich, heißt es in der am Mittwoch vorgestellten Studie. Im Zuge der Hartz-Reformen war die Zahl der Gründungen aus Arbeitslosigkeit deutlich gestiegen. Mehr als 350 000 Personen wurden 2004 mit Überbrückungsgeld oder Gründerzuschüssen gefördert, vorher waren es in der Regel weniger als 100 000. Nach Änderungen in der Förderung war die Zahl 2006 wieder auf 150 000 gesunken. Gut zwei Drittel der Gründer seien auch nach fünf Jahren noch im Geschäft, nur zehn Prozent seien wieder arbeitslos.



Gute Nacht, Sekundenschlaf! Die E-Klasse mit ATTENTION ASSIST.

Eine Innovation von Mercedes-Benz: das System, das typische Anzeichen von Müdigkeit erkennen kann und dem Fahrer zu einer Pause rät. So kann der gefährliche Sekundenschlaf verhindert werden. Der ATTENTION ASSIST ist ein Bestandteil des integralen Sicherheitskonzepts von Mercedes-Benz. Jetzt serienmäßig in allen E-Klasse Modellen. Vereinbaren Sie noch heute eine Probefahrt bei Ihrem Mercedes-Benz Partner und erfahren Sie mehr über die innovativen Assistenz-Systeme. www.mercedes-benz.de

Mercedes-Benz

■ Um wie viel Geld geht es bei dem Hilfsprogramm für die Griechen?

Insgesamt erhält Griechenland Kredite von bis zu 110 Milliarden Euro über einen Zeitraum von drei Jahren, also bis Mai 2013. Davon entfallen 80 Milliarden Euro auf bilaterale Kredite der Euro-Staaten, 30 Milliarden auf den Internationalen Währungsfonds (IWF). Die erste Tranche soll Mitte Mai ausgezahlt werden. Maximal drei Jahre sollen tilgungsfrei sein; spätestens fünf Jahre nach Auszahlung einer Tranche muss diese zurückgezahlt sein. Getilgt wird grundsätzlich vierteljährlich in gleichen Beträgen.

■ Wer zahlt wie viel?

Der jeweilige Beitrag zum Paket der Euro-Staaten von 80 Milliarden Euro ist nach dem Anteil der Euro-Staaten am Kapital der Europäischen Zentralbank (EZB) aufgeteilt. Für Deutschland bedeutet das für drei Jahre eine Belastung von etwa 22,4 Milliarden Euro, Frankreich folgt mit 16,8 Milliarden, Italien mit 14,7 Milliarden und Spanien mit 9,8 Milliarden Euro. Der kleinste Euro-Staat Malta muss 72 Millionen Euro besteuern.

■ Kann sich an der Belastung für Deutschland etwas ändern?

Es gibt jedenfalls Risiken. Zwar sieht die Vereinbarung der Euro-Staaten vor, dass sich alle Staaten beteiligen. Es kann aber aus zwei Gründen zu Ausfällen kommen. Erstens müssen alle nationalen Parlamenten dem Paket zustimmen, da es sich jeweils um bilaterale Kredite der Euro-Staaten handelt. Verweigert ein Parlament die Zustimmung, reduziert sich die Gesamtsumme der Kredite um den jeweiligen Anteil des Landes am Gesamtpaket. Zweifel an der Zustimmung bestehen derzeit in der Slowakei und in Slowenien, deren Anteil insgesamt 1,2 Milliarden Euro beträgt. Zweitens besteht die Möglichkeit, dass ein Mitgliedstaat mit schlechter Bonität – etwa Portugal – wegen eigener Finanzierungsprobleme Schwierigkeiten hat, sich zu beteiligen. Es ist zwar nicht vorgesehen, dass ein Land aus seinen Verpflichtungen aussteigen kann. Sobald aber ein Land dauerhaft für seine Anleihen am Markt höhere Zinsen zahlen muss als Griechenland im Rahmen des Rettungspakets, können die Zinsverluste unter den Euro-Staaten sozialisiert werden: Sie würden mit den Zinsgewinnen der anderen Länder – je nach deren Anteil am Gesamtpaket – verrechnet. Damit findet die Idee einer Euro-Anleihe – sie beruht auf der Einebnung der Zinsen für Staatspapiere verschiedener Euro-Staaten – auf diesem Weg erstmals Eingang in



Nach den gewaltsamen Demonstrationen: Ein ausgebranntes Auto vor historischer Kulisse in Athen

Foto AP

Die Folgen des Rettungsprogramms

Deutschland steht Griechenland mit einem Kredit von 22,4 Milliarden Euro bei – es könnte aber auch noch mehr werden. Und die Rückzahlung steht in den Sternen.

Von Werner Mussler, Manfred Schäfers und Stefan Ruhkamp

europäische Vereinbarungen, obwohl sich Deutschland dagegen immer gesträubt hat. Außerdem können Länder mit dauerhaft hohen Refinanzierungskosten darum bitten, sich nicht an der jeweils anstehenden Tranche zu beteiligen. Eventuelle Zusatzbelastungen dieser Regelungen für Deutschland lassen sich derzeit nicht genau abschätzen. Die Bundesregierung schließt jedoch eine Erhöhung des deutschen Beitrags von 22,4 Milliarden Euro aus.

■ Reichen die Summen überhaupt?

Möglicherweise nicht. Griechenland braucht alleine für fällige Anleihen bis Ende 2012 rund 84 Milliarden Euro. Hinzu kommen fällige Geldmarktschulden mit kurzer Laufzeit und das laufende Haushaltsdefizit von derzeit knapp 2 Milliarden Euro monatlich. Der gesamte Finanzierungsbedarf beträgt in den nächsten drei Jahren rund 150 Milliarden Euro. Wenn von den Euro-Staaten und dem IWF 110 Milliarden Euro kommen, müsste Griechenland sich bei anderen Gläubigern rund 40 Milliarden Euro leihen. Fraglich ist auch, ob Griechenland nach dem Ablauf des dreijährigen Hilfsprogramms wieder ausreichend Zugang zu den Kapitalmärkten hat.

■ Bekommt Griechenland das Geld umsonst?

Nein. Griechenland zahlt den Zinssatz, zu dem sich Banken gegenseitig Kredit geben (Drei-Monats-Euribor) plus einen Aufschlag von 3 Prozentpunkten. Derzeit käme man so auf einen Zins von etwa 3,6 Prozent. Falls der Kredit länger als drei Jahre laufen soll, erhöht sich der Aufschlag auf 4 Prozentpunkte. Hinzu kommt jeweils eine einmalige Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent. Falls die Re-

gierung einen Rückzahlungstermin verpasst, erhöht sich der Zins auf die ausgefallene Rate um 2 Prozentpunkte.

■ Kann Griechenland die Kredite zurückzahlen?

Es sind Zweifel angebracht. Schon 2009 lag die Staatsschuld deutlich über der jährlichen Wirtschaftsleistung. Der erdrückende Schuldendienst ist der Hauptgrund für die drohende Zahlungsunfähigkeit. Das dem Land jetzt auferlegte Sparprogramm, das im ersten Jahr eine Reduktion des Staatsdefizits um sechseinhalb Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts vorsieht, ist sehr streng. Deutschland müsste bei einer solchen Auflage rund 200 Milliarden Euro einsparen. Selbst wenn alle Auflagen des sehr detaillierten Programms erfüllt würden, ließe sich die Staatsschuld erst 2014 wieder leicht senken. Ohnehin zeigt der große Widerstand gegen die mit den Auflagen verbundenen Einschnitte, dass diese kaum durchzusetzen sind.

■ Was geschieht, wenn Griechenland sein Sparprogramm nicht schafft?

Dann werden Umschuldung und Schuldenschnitt unumgänglich. Griechenland würde zunächst die Zahlung von Zins

und Tilgung einstellen. Für die Gläubiger wird das unterschiedliche Folgen haben. Der Internationale Währungsfonds beansprucht für sich – weil er selbst in der Not zu niedrigen Zinsen Geld verleiht – ein Vorrecht. Er würde sein Geld vollständig zurückfordern und es wohl auch bekommen. Für die bilateralen Kredite der Euro-Länder wurde ein solches Vorrecht auch erwogen, dann aber verworfen. Denn ein Vorrang hätte die Hoffnung zu nichts gemacht, dass sich Griechenland in den kommenden Jahren wieder selbst auf dem Kapitalmarkt finanzieren kann. Nach der jetzt getroffenen Vereinbarung würde Griechenland im Fall einer Umschuldung Deutschland und den anderen Euro-Länder wohl den gleichen Forderungszertifikat aberlangen wie den Banken und allen anderen privaten Gläubigern. Wie groß der Abschlag sein wird, kann man nur schätzen. Analysten halten derzeit 40 bis 50 Prozent für realistisch.

■ Warum geschehen Schuldenschnitt und Umschuldung nicht schon jetzt?

Alle Beteiligten am Paket betonen, eine Umschuldung sei weder nötig noch sinnvoll. Bundesregierung und Bundesbank fürchten, dass eine Umschuldung auf an-

dere Euro-Staaten ausstrahlen könnte, die dann ebenfalls in den Abwärtssog der Märkte geraten könnten. Ein teilweiser Schuldenverzicht von 30 oder 50 Prozent würde zudem alle Gläubiger belasten, also nicht zuletzt die Banken. Sie träge der nächste Schlag, kaum dass sie die durch die Lehman-Insolvenz ausgelöste Krise verdaut haben. Falls eine Umschuldung sich später doch als unumgänglich erweisen sollte, hofft man, dass dann die Märkte stabiler sind.

■ Könnten andere Länder von der Schuldenkrise angesteckt werden und ebenfalls um Hilfe bitten?

Das Risiko wird auf den Kapitalmärkten als ernst eingeschätzt. Portugal und Irland müssen derzeit je nach Laufzeit 5 bis 6 Prozent Zinsen bieten, um an Geld zu kommen. Noch vor einem Monat lagen die griechischen Finanzierungskosten auf ähnlichem Niveau, ehe sie in die Höhe schossen. Portugals Staatsschuld wächst ähnlich schnell wie die griechische. Zudem hat das Land ein ähnlich hohes Leistungsbilanzdefizit. Es leidet also unter mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und führt viel mehr Waren und Dienstleistungen ein als es ausführt. Die Ratingagentur Moody's warnt zudem vor Ansteckungsgefahren der staatlichen Schuldenkrise für die Bankensysteme. Das gelte vor allem in Portugal, Spanien und Italien sowie in Irland und Großbritannien. Schon spekulieren einige Marktbeobachter, dass es zu einem ähnlichen Versagen der Geldmärkte wie nach der Pleite der amerikanischen Investmentbank Lehman im Jahr 2008 kommen könnte.

■ Wie beteiligen sich die Banken an dem Hilfsprogramm?

Banken und Versicherer in Deutschland haben sich verpflichtet, bestehende Kreditlinien gegenüber dem Land und den griechischen Banken nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten. Auslaufende Anleihen der Regierung sollen refinanziert werden, vermutlich indem sie durch weitere Kredite ersetzt werden. Das kann dazu führen, dass die staatlichen Hilfen geringer ausfallen müssen. Nach Angaben von Bundesbank-Präsident Axel Weber haben die hiesigen Banken und Finanzmarkttaktoren Forderungen von 3 Milliarden Euro, die in den nächsten drei Jahren beim Zentralstaat fällig werden. Außerdem geht es um Kreditlinien von etwa 4 Milliarden Euro gegenüber griechischen Kreditinstituten, die verlängert werden könnten.

Opposition warnt vor Kürzungen nach der Wahl

SPD und Grüne: Neuordnung der Jobcenter für Langzeitarbeitslose muss finanziert werden

enn. BERLIN, 6. Mai. In der Debatte über die Neuordnung der Jobcenter hat die Opposition die Regierungskoalition davor gewarnt, nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zu kürzen. „Wir wollen Hilfen für Langzeitarbeitslose aus einer Hand, aber diese Hand darf keine leere sein“, sagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil am Donnerstag im Bundestag. „Die Arbeitsmarktpolitik darf nicht nach der Wahl der verfehlten Steuer- und Haushaltspolitik der Regierung geopfert werden.“ Für die Eingliederung Arbeitsloser stünden rund 5 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung, ebendiesen Betrag planten die Haushaltsplaner von Union und FDP als Kürzungsmasse im nächsten Etat ein. Auch die Grünen-Abgeordnete Brigitte Pothmer warnte, der Arbeitsmarkt-Etat dürfe nicht „zum Steinbruch für die Haushaltskonsolidierung“ werden. „Wenn 3 bis 5 Milliarden eingespart werden, nützt den Langzeitarbeitslosen die ganze Neuorganisation der Jobcenter nichts.“ Der FDP-Sozialpolitiker Heinrich Kolb betonte hingegen, der Eingliederungsetat sei seit 2006 von 8 auf 11 Milliarden Euro gewachsen. „Die Hand ist nicht leer, sondern zunehmend gut gefüllt.“

Die von Koalition und SPD im März vereinbarte Jobcenter-Reform, mit der sich der Bundestag in erster Lesung befasste, soll bis zur Sommerpause unter Dach und

Fach sein. Danach sollen die 6,8 Millionen Hartz-IV-Empfänger im Regelfall weiter von der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen gemeinsam betreut werden. Um das zu ermöglichen, wird diese Mischverwaltung im Grundgesetz verankert. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2007 die „Arbeitsgemeinschaften“ von Arbeitsagentur und Kommune für verfassungswidrig erklärt und so eine Neuordnung erzwungen. Nach dem Kompromiss wird

„Die Arbeitsmarktpolitik darf nicht der verfehlten Steuer- und Haushaltspolitik geopfert werden.“

Hubertus Heil, SPD

überdies die Befristung für die 69 Optionskommunen, die Arbeitslose in Eigenregie betreuen, aufgehoben; 41 neue Optionskommunen dürfen jetzt hinzukommen. Alle Träger sollen nach gleichen Zielvorgaben arbeiten. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sprach von der „richtigen Reform zur richtigen Zeit“. Die Neuordnung lasse den Fallmanagern Spielraum für eine schlagkräftige, auf den Einzelfall zugeschnittene Hilfe. Zudem werde der „Schleier des Nichtwissens“, der über dem System liege, durch die verschärfte Kontrolle der Mittelverwendung gelüftet.

Kritik an steigenden Kosten durch die Reform wies sie als „von gestern“ zurück.

Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) wies darauf hin, dass ein Webfehler der alten Regelung – nämlich die Zusammenführung zweier Personalkörper von Bund und Kommune mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten – noch immer nicht behoben sei. So seien in den Arbeitsagenturen des Bundes immer noch 26 Prozent der Stellen befristet. „Wer eine versierte Verwaltung will, die rechtssichere Bescheide erlässt, muss das ändern und die Leute gemeinsam schulen“, forderte Laumann. Es könne nicht sein, dass fast die Hälfte der Klagen von Hartz-IV-Empfängern vor Gericht Erfolg hätten. Die Fallmanager bräuchten ferner Spielraum, frei von zentralen Vorgaben der Bundesagentur zu agieren – etwa auch in der Frage, ob Kinder von Hartz-IV-Empfängern eher Sachoder Geldleistungen erhalten sollten.

Die SPD beharrt auf der Entfristung von 3200 der 8000 befristeten Stellen. Der Haushaltsausschuss hatte diese Entscheidung am Donnerstag auf Drängen der FDP auf den 19. Mai vertagt. FDP-Redner wandten sich gegen die Darstellung der SPD, diese Zahl sei ein Teil des Jobcenter-Kompromisses vom März. Von der Leyen versicherte: „Daran wird die Reform nicht scheitern.“ Die Linke will der Reform derweil nicht zustimmen. Sie atme weiter den „Geist von Hartz IV“, hieß es.

Kräftiges Auftragsplus für die Industrie

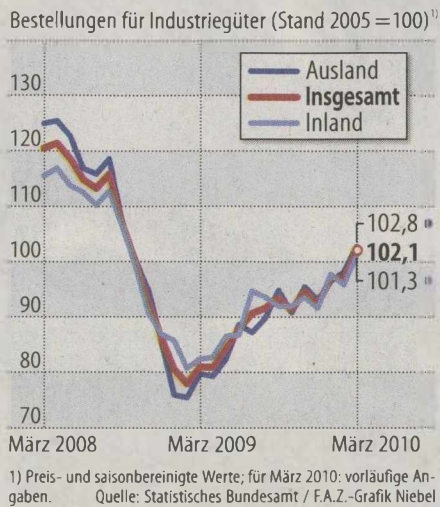
Anstieg von 5 Prozent im März / Hoffnung auf starkes zweites Quartal

ppl. FRANKFURT, 6. Mai. Ein großer Schwung neuer Aufträge für die deutsche Industrie hat im März die Analysten überrascht. Volkswirte hatten im Durchschnitt nur etwas über 1 Prozent Auftragszuwachs erwartet. Tatsächlich stieg der Auftragseingang um 5 Prozent, wie das Bundeswirtschaftsministerium am Donnerstag mitteilte. Im Vormonat Februar hatte der Auftragseingang stagniert, zum Jahresbeginn war er um 5,2 Prozent nach oben geschnellt. Das Ministerium sprach von einer erfreulichen „Fortsetzung und Festigung des Erholungsprozesses“ der deutschen Industrie. Im Vergleich mit dem Niveau vor Beginn der Rezession 2008 liegen die Bestellungen zwar noch immer fast ein Fünftel niedriger; verglichen mit dem Tiefpunkt der Rezession vor einem Jahr, hat sich der Auftragseingang aber schon um ein Viertel erhöht.

Bankvolkswirte reagierten begeistert auf das März-Plus: „Die Zahlen sind echt super“, sagte der Analyst Arnd Schäfer von der West LB. Schon der Anstieg des Ifo-Geschäftsklimas habe diese Entwicklung angedeutet. Schäfer fügte aber mit Blick auf die Griechenland-Krise hinzu:

„Es bleibt zu hoffen, dass die Vertrauenskrise im Euro-Bereich nicht ähnlich wie 2008 wieder auf die Stimmung der Firmen schlägt. Das könnte der aufkeimenden Hoffnung in der Industrie den Gar aus machen.“ Thorsten Polleit, Deutsch-

Großer Zuwachs der Aufträge



land-Chefvolkswirt von Barclays Capital, verwies ebenfalls auf die großen Unsicherheiten des makroökonomischen Umfelds. Die Auftragsentwicklung mache aber Hoffnung, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal doch nicht so schlecht ausgefallen sei. Die Bundesbank befürchtet, dass es im Winterquartal wegen der extremen Witterung einen leichten BIP-Rückgang gegeben hat. Im Frühjahr, sagte Polleit, könnte das Ergebnis wegen des Auftragspolsters besser ausfallen.

Nach den Daten des Bundeswirtschaftsministeriums haben im März – anders als in den Vormonaten – die Konsumgüterhersteller den größten Zuwachs (6,2 Prozent) verzeichnet. Für Vorleistungs- und Investitionsgüter gab es 3,6 und 6 Prozent mehr Aufträge. Auch die Metall- und Elektroindustrie meldet einen kräftigen Auftragszuwachs von rund 5,5 Prozent im März. „Es kommt Fahrt rein“, sagte Wolfgang Bartel vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall. „Allerdings brauchen wir noch 22,5 Prozent Zuwachs, um wieder auf den Stand vor der Krise zu kommen.“

Deutsche Bank
Art works

Wangechi
MUTU

Die Deutsche Bank präsentiert die Künstlerin des Jahres 2010

Seit 30 Jahren eröffnet die Deutsche Bank weltweit Zugang zur zeitgenössischen Kunst: mit ihrer Unternehmenssammlung in Ausstellungen und aktuell mit ihrem neuen Programm „Künstler des Jahres“.
Mehr Informationen unter db-artmag.de

Leistung aus Leidenschaft

Die Einzelausstellung „My Dirty Little Heaven“ ist zu sehen:
Deutsche Guggenheim, Berlin, 30. April – 13. Juni 2010
WIELS, Brüssel, 26. Juni – 19. September 2010

Spanien stockt erfolgreich Anleihe auf

Monh. FRANKFURT, 6. Mai. Spanien hat am Donnerstag eine Anleihe mit fünf Jahren Laufzeit um 2,3 Milliarden Euro aufgestockt. Anleger hatten Gebote für mehr als 5,5 Milliarden Euro abgegeben. Damit war die Anleihe stärker überzeichnet als vergangene Plazierungen. Der Erfolg am Anleihemarkt beruhigte die Marktteilnehmer etwas. Die Rendite der Anleihe liegt mit 3,5 Prozent zwar deutlich höher als bei der Emission einer fünfjährigen Anleihe Anfang März mit 2,8 Prozent, gleichwohl konnte Spanien unter Beweis stellen, dass es sich noch zu mäßigen Konditionen am Kapitalmarkt finanzieren kann.

Auf den Märkten führte die Platzierung am Vormittag zu Kursgewinnen an den Aktienmärkten und auch der Euro stabilisierte sich zu Kursen um 1,28 Dollar. Die Erholung war allerdings nur von kurzer Dauer. Der Dax drehte am Nachmittag ins Minus und fiel bis kurz vor Börsenschluss um 0,5 Prozent auf 5930 Punkte. Mit Beginn des amerikanischen Börsenhandels geriet auch der Euro abermals unter Druck. Zwischenzeitlich mussten weniger als 1,27 Dollar für einen Euro gezahlt werden. Marktteilnehmer machten eine weitaus größere Skepsis der amerikanischen Anleger gegenüber der weiteren Entwicklung des Euro aus, als sie in Europa vorherrschte. Der Harvard-Professor und ehemalige Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kenneth Rogoff, sagte auf dem Deutschen Sparkasentag in Stuttgart, er halte im Rahmen der aktuellen Krise auch Euro-Kurse von 1,10 Dollar für möglich.

An den Anleihemärkten sorgte die allgemeine Verunsicherung abermals für Kursgewinne bei als sicher geltenden deutschen Staatsanleihen. Bundesanleihen mit zehn Jahren Laufzeit stiegen im Wert. Die Rendite sank auf ein Rekordtief von 2,81 Prozent. Die entsprechenden Papiere Griechenlands rentierten mit 10,8 Prozent, jene Portugals mit 6,0 Prozent, die von Irland mit 5,8 Prozent, die von Spanien mit 4,3 Prozent und die von Italien mit 4,2 Prozent. Die Risikoauflage der fünf Länder erhöhten sich gegenüber der Bundesanleihe abermals.

Es half den Ländern damit wenig, dass der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet nach der Ratssitzung sagte, Portugal und Griechenland säßen nicht im selben Boot und Spanien sei auch nicht Griechenland. Zudem stehe ein Zahlungsausfall der Griechen nicht zur Debatte. Vielmehr zeigten sich einige Marktteilnehmer enttäuscht, dass ein Kauf griechischer Staatsanleihen durch die EZB kein Thema gewesen sei.

Die Ratingagentur Moody's gelangte zu der Auffassung, dass die griechische Schuldenkrise auch die Bankensektoren in Portugal, Irland, Italien, Spanien und Großbritannien in Mitleidschaft ziehen könnte. Die Ratingagentur Standard & Poor's bekräftigte hingegen den Ausdruck für das italienische Rating als stabil. Vorgangene Woche hatte Standard & Poor's die Ratings von Portugal, Griechenland und Spanien herabgesetzt.

Heute

Aigner macht Ernst

Die Verbraucherschutzministerin will Banken und Sparkassen nun doch mit einem Gesetz dazu zwingen, einheitliche Beipackzettel für Finanzprodukte aufzulegen. Freiwillig war gestern. **Seite 24**

Rollende Rendite

Oldtimer in der Garage statt Aktie im Depot: Historische Fahrzeuge sind nach der Finanzmarktkrise als Geldanlage wieder gefragt. Aber Fachleute raten zur Vorsicht: Die Kosten sind hoch. **Seite 25**

Sport



Meister vom Dienst

Seit der Volleyball-Trainer Stelian Moculescu 1997 zum VfB Friedrichshafen kam, hat der Klub stets mindestens eine Trophäe gewonnen – nun auch in diesem Jahr. **Seite 31**

Nordderby der Gartenzwerge

Auf den Plakaten bewegen sich die beiden Fußball-Bundesligaklubs Werder Bremen und HSV auf Augenhöhe – in der Realität aber müssen die Hamburger zu ihrem Rivalen aufsehen. **Seite 32**

Athen ist kein Spekulationsopfer

Bafin-Chef Jochen Sanio klagte über Spekulation gegen die Eurozone. Was den Euro angeht, hat er Recht. Griechenlands Schwierigkeiten sind aber hausgemacht.

ala. FRANKFURT, 6. Mai. Wird die Währungsunion gerade wirklich angegriffen? Wenn Jochen Sanio, der Vorsitzende der Bundesfinanzaufsicht Bafin, Recht hat, dann ja. Vor einem Ausschuss des deutschen Bundestages sagte Deutschlands oberster Finanzaufsicht am Mittwoch: „Hier wird im Moment von Spekulanten ein Angriffskrieg gegen die Eurozone geführt.“ Ausdrücklich bezog er sich dabei auf den Handel mit Ausfallversicherungen (CDS) auf griechische Staatsanleihen.

Deren Preis ist während der Zuspitzung der Schuldenkrise des südeuropäischen Landes stark gestiegen. CDS sind während der Finanzkrise in die Kritik geraten, weil sie Investoren ermöglichen, durch Absicherungsgeschäfte an Wertverlusten zu verdienen, auch wenn sie das unterliegende Wertpapier gar nicht selbst besitzen. Der amerikanische Unternehmer Warren Buffett verglich sie einmal mit Massenvernichtungswaffen. Zuletzt forderte Paul Achleitner, der Finanzvorstand des deutschen Versicherers Allianz, der zuvor auch für die amerikanische Bank Goldman Sachs arbeitete, eine Regulierung von Wet-

ten auf Staatspleiten. Aber ist der Handel mit CDS auch die Ursache für die aktuellen Schwierigkeiten Griechenlands?

Am Donnerstag kostete beispielsweise die Absicherung einer griechischen Staatsanleihe mit fünf Jahren Laufzeit und einem Volumen von zehn Millionen Euro eine Jahresgebühr von über 900 000 Euro. Noch zum Jahreswechsel lag diese Prämie bei rund 200 000 Euro. Wer damals ein solches Papier besaß und dieses nun weiterverkaufen konnte, erzielte also einen vergleichsweise hohen Kursgewinn. Der gesamte Nennwert der auf Griechenland getätigten CDS-Geschäfte ist indes während der vergangenen vier Wochen leicht gesunken. Bei der führenden Abwicklungsgesellschaft, der Depository Trust & Clearing Corporation, stehen derzeit nach eigenen Angaben 3827 Geschäfte in den Büchern mit einem Nennwert von insgesamt 8,07 Milliarden Dollar. Für den 23. April werden 3588 Geschäfte mit einem Nennwert von 8,2 Milliarden Dollar ausgewiesen, für den 2. April 3177 Geschäfte mit einem Nennwert von 8,4 Milliarden Dollar.

Aus diesen Zahlen, die zwar nur einen Ausschnitt dieses unregulierten Finanzmarktsegmentes darstellen, lässt sich die Spekulationsthese jedenfalls nicht aufrecht erhalten. Und auch die Risikoauflage griechischer Staatsanleihen gegenüber deutschen Bundesanleihen sind nicht nach, sondern parallel zu den Ausfallversicherungsprämien gestiegen (siehe Grafik).

Aus der Sicht der Investoren liegt die Ursache des Griechenland-Problems in Griechenland selbst. Auch die dazu gleichzeitige Abwertung des Euro, der am Donnerstagnachmittag gegen 1,27 Dollar getauscht wurde, wird dieser Perspektive zugerechnet. „Die Abwertung des Euro hat einen ganz realen Hintergrund“, sagt Lutz Karpowiz, Devisenstrategie der Commerzbank. Die Anleger fürchten seiner Ansicht nach, dass das in Griechenland geplante Sparprogramm nicht umgesetzt werden kann. „Es reicht nicht, dass die griechische Regierung sparen will. Das Volk muss mitziehen und daran zweifeln die Märkte momentan.“ Auf dem Devisenmarkt wetten unterdessen aber momentan offenbar tatsächlich mehr Investoren auf einen weiter fallenden Euro. An der Terminbörse Chicago Mercantile Exchange (CME) haben die sogenannten nicht-kommerziellen Anleger – das sind diejenigen, die keine Warengeschäfte abschließen müssen, sondern von erwarteten Kursänderungen profitieren wollen – so viele Geschäfte auf einen künftig fallenden Euro abgeschlossen wie noch nie: Die Verkaufspositionen dieser spekulativen Marktteilnehmer übersteigen ihre Kaufpositionen um 90 000 (Nettoposition). Wenn der Euro gegenüber dem Dollar aufwerten würde, verlören diese Anleger Geld. Allerdings ist diese Zahl nur ein Indiz, weil der größte Teil des Devisenmarktes nicht über Börsen, sondern nach wie vor am Telefon abgewickelt wird.

Krise Griechenlands lässt Anleger auf schwachen Euro setzen

Spekulation gegen den Euro

Nettoposition an der CME¹⁾



1) Saldo der Kontrakte nicht-kommerzieller Investoren, die auf einen steigenden oder fallenden Euro setzen 2) CDS, in Prozent der versicherten Summe

Risiko griechischer Staatsanleihen

Kreditversicherungen (CDS)/Risikoauflage (Spreads) für fünfjährige Staatsanleihen in %²⁾



Quellen: CFTC, Bloomberg / F.A.Z. - Grafik Niebel

Kanam schließt wieder offenen Immobilienfonds

Rücknahme von Anteilen am Grundbesitz ausgesetzt / Dritte Schließungswelle befürchtet

hlf. FRANKFURT, 6. Mai. Bei offenen Immobilienfonds kündigt sich eine dritte Schließungswelle an. Die Fondsgesellschaft Kanam in München gab am Donnerstag bekannt, bis auf weiteres keine Anteile mehr des offenen Immobilienfonds Kanam Grundinvest zurückzunehmen. Die Fondsgesellschaft, deren Aufsichtsrat der Immobilieninvestor Dietrich von Boetticher vorsteht, schließt den Grundinvest damit zum zweiten Mal seit der ersten Schließung im Frühjahr 2008.

Da andere offene Immobilienfonds wie zum Beispiel der Morgan Stanley P2 Value schon zuvor bis auf weiteres geschlossen waren, ist nun ein Anlegervermögen von insgesamt 13,3 Milliarden Euro von der Krise der offenen Immobilienfonds betroffen, unter anderem ein anderer Kanam-Fonds, der 458 Millionen Euro schwere US-Grundinvest (siehe Grafik).

Kanam begründete die neue Schließung des Grundinvest mit einem Gesetzesentwurf zur Regulierung der offenen Immobilienfonds. Am Montag hatte das Bundesfinanzministerium einen ersten Entwurf veröffentlicht, der unter anderem die Aufhebung der täglichen Verfügbarkeit der Anteile an offenen Immobilienfonds vorsieht. Außerdem ist ein pauschaler Abschlag von 10 Prozent auf die veranschlagten Immobilienwerte geplant. Kanam beschuldigt in einer Mitteilung das Bundesfinanzministerium, „Verlustängste bei Anlegern und Vermögensverwaltern“ geschürt und damit hohe Mittelabflüsse aus dem Fonds ausgelöst zu haben. Zunächst soll die Aussetzung auf drei Monate befristet sein. Doch laut Gesetz dürfte der Kanam-Fonds bis zu zwei Jahre lang geschlossen bleiben.

Verschlusssache

Verwaltetes Vermögen in offenen Immobilienfonds



1) Rücknahme v. Fondsanteilen ausgesetzt Quelle: BVI/F.A.Z. - Grafik Niebel

Rücknahme von Grundinvest-Anteilen ausgesetzt. Andere Fonds öffneten ebenfalls wieder im Sommer 2009, schlossen jedoch zum Teil wieder im Herbst. Nun droht der Branche, dass Kanam eine dritte Schließungswelle auslöst. Der BVI, die Interessenvertretung der Fondsbranche, will unterdessen die Anleger beruhigen. „Wir sind sicher, dass der Entwurf noch erheblich geändert wird, insbesondere gehen wir fest davon aus, dass es keine vom Gesetzgeber angeordneten Bewertungsabschläge geben wird“, ließ BVI-Hauptgeschäftsführer Stefan Seip mitteilen.

Aus Finanzvertrieben ist zu hören, dass die Verunsicherung der Anleger groß ist, und dies nicht nur wegen des Gesetzentwurfs. Bei einigen geschlossenen Fonds kam es zu hohen Abschreibungen auf den Immobilienbestand, so beim Morgan Stanley P2 Value. Es ist auch unsicher, wie viele der jetzt geschlossenen Fonds überhaupt gerettet werden können oder ob nicht welche liquidiert werden müssen. Bisher betraf die Krise der offenen Immobilienfonds nur einige Anbieter. Andere Fondsgesellschaften wie Deka, Union Investment, Commerz Real oder die Rreef der Deutschen Bank konnten ihre offenen Immobilienfonds seit 2008 uneingeschränkt offen halten. Doch nun wachse auch unter deren Anlegern die Unsicherheit, heißt es von dort.

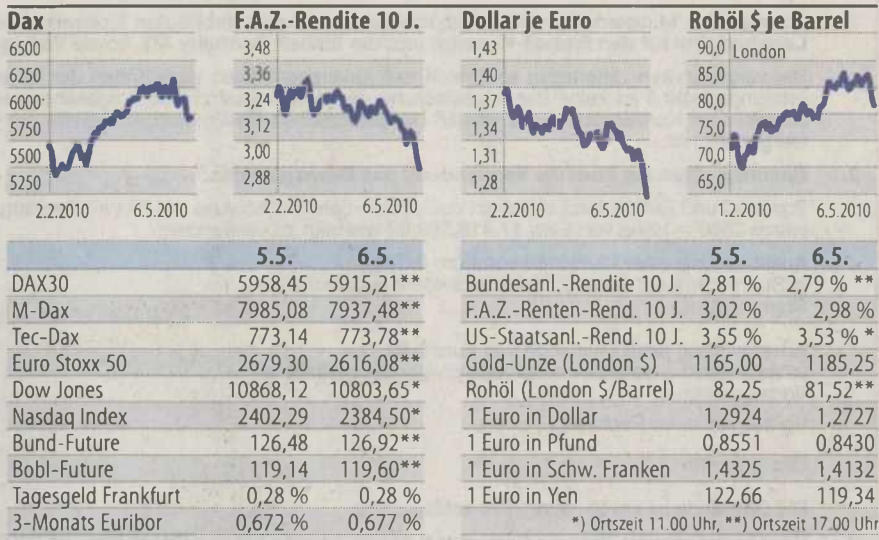
Offene Immobilienfonds werden oft in Sparplänen eingesetzt, mit denen weniger vermögende Bevölkerungsschichten durch regelmäßige Einzahlungen ein Sparguthaben aufbauen wollen, ohne sich wie beispielsweise mit Aktienfonds den Risiken der Finanzmärkte auszusetzen. (Kommentar, Seite 22)

Ifco Systems beginnt die Roadshow

B.K. DÜSSELDORF, 6. Mai. Die im Rahmen einer Sekundärplatzierung angebotenen Aktien des Logistikdienstleisters Ifco Systems sollen zwischen 10,50 Euro und 13,50 Euro kosten. Das wurde jetzt zu Beginn der Vermarktungsphase bekanntgegeben. Das seit zehn Jahren an der Börse notierte Unternehmen gehört derzeit noch zu knapp 89 Fonds, die von dem Finanzinvestor Apax Partners beraten werden. Apax plant, einschließlich einer Mehrzeilungsoption bis zu 33,7 Millionen Aktien abzugeben und somit den Streubesitzanteil deutlich zu erhöhen. Das Angebot besteht aus einer öffentlichen Platzierung in Deutschland und in den Niederlanden sowie einer Privatplatzierung an institutionelle Investoren in bestimmten anderen Ländern einschließlich der Vereinigten Staaten. Die Ifco-Gruppe mit Sitz in Amsterdam ist auf das Management von Mehrwegverpackungssystemen spezialisiert.

Die Börse heute

Amerikanische Arbeitslosenquote



Erfahrene Anleger sind es gewohnt, dass sie am Freitag besser nicht zu früh ins Wochenende gehen sollten. Am Nachmittag kommen meist Konjunkturdaten aus den Vereinigten Staaten, die den Finanzmärkten noch einmal eine andere Richtung geben können. So auch diese Woche: Am Nachmittag werden

die amerikanische Arbeitslosenquote im April und die Entwicklung der Verbraucherpreise im März veröffentlicht. Die Krisenbank Hypo Real Estate wird berichten, und auch Münchener Rück, Royal Bank of Scotland, HSB und Panasonic veröffentlichen Quartalszahlen, um nur einige herauszugreifen. hlf.

Das Parkettgespräch

Die Stärke der Starken

Qualität zahlt sich gerade in unsicheren Marktphasen aus

Der Euro-Raum erlebt turbulente Zeiten: Die Schuldenkrise Griechenlands, der andere südeuropäische Länder folgen könnten, lastet auf den Staatsfinanzen und den Anleihemärkten. Auch der Euro steht unter Druck. Und selbst die zuletzt immer noch steigenden Aktienkurse geraten nun in den Abwärtssog. Olgerd Eichler, verantwortlich für das Fondsmanagement von Main First und überdies Fachmann für Europa, mag solche Zeiten, „in denen sich die Spreu vom Weizen trennt“. Denn gerade in schwächeren Phasen setze sich Qualität durch.

„Was wir jetzt sehen, ist das Resultat von Jahren oder Jahrzehnten. Volkswirtschaften, die nicht sonderlich wettbewerbsfähig waren und deren Bürger über ihre Verhältnisse gelebt haben, kommen nun in heftigste Turbulenzen“, stellt Eichler fest, der seit drei Jahren Fondsmanager von Main First ist und zuvor sieben Jahre lang für Union Investment Fonds verwaltete. Er ist pessimistisch und warnt vor einem schleichen den Untergang des Euro-Raums, der mehrere Quartale, aber auch Jahre dauern könne. „In dieser Form ist der Euro nicht aufrechtzuerhalten. Griechenland war nur der Anfang, die Unterschiede in diesem Staatenbund sind einfach zu groß. Andere Länder werden ebenfalls in Schwierigkeiten geraten, wobei solche Krisen in Italien und Spanien um ein Vielfaches größer wären als nun in Griechenland“, sagt Eichler. Deswegen werde es zu weiteren Verwerfungen an den Märkten kommen.

Das hört sich nicht nach einem einladenden Investment-Umfeld an. Doch Eichler sieht gerade darin und in seiner Vorliebe für Qualität gute Anlagechancen: „Anleger sollten allerdings ‚Südländer‘ meiden und sich auf Mitteleuropa konzentrieren, auf stabile, gesunde und wenig krisenanfällige Staaten.“ Positiv äußert er sich auch zur skandinavischen Region. Norwegen beispielsweise habe einen grundsoliden Haushalt. Von Vorteil für die nördlichen Länder sei, dass sie klein und daher flexibel seien und teilweise auch noch nationale Währungen hätten. Zudem scheinen sie ihre Lektion aus den eigenen Krisen gelernt zu haben, wie Dänemark aus seiner Krise in den neunziger Jahren. Auch gebe es dort keine Immobilienblase. „Skandinavien ist ein Hort der Stabilität und steht mindestens gleichauf mit den mitteleuropäischen Staaten“, sagt Eichler.

Könnte die Lage in den stabileren Staaten durch die Hilfspakete für Griechenland nicht auch schwieriger werden? „Das trifft uns ein bisschen, aber nicht dramatisch“, ist er sich sicher. Wichtig sei allerdings, dass die übrigen Länder nur bis zu einem gewissen Punkt helfen würden. Irgendwann seien ein Schlussstrich und gravierende Reformen nötig. „Es sei denn, die Wirtschaft würde bald wieder boomen“, sagt der

Kapitalmarktexperte. Doch danach sehe es nun wirklich nicht aus: „Die Konjunktur wird noch lange nicht wieder richtig gut laufen, sondern sich eher zaghaft und verhalten erholen.“ Die Gefahr einer Rezession sieht Eichler aber nicht.

Während sich der Fondsmanager zu den Ländern nicht im Detail äußert, setzt er bei den Aktien auf die gezielte Einzeltitelauswahl. Wichtige Kriterien sind für ihn gut geführte Unternehmen, starke Bilanzen, hervorragende Marktpositionen und günstige Bewertungen. Eichler nennt in diesem Zusammenhang beispielhaft den niederländischen Konsumgüterkonzern Unilever, die Schweizer Bank UBS und den deutschen Maschinenbauer Dürr. Alle drei Werte sind in seinem Fonds hoch gewichtet.



Olgerd Eichler ist bei Main First verantwortlich für das Portfoliomanagement.

Aus dieser Mischung wird auch deutlich, dass er Aktien nicht unbedingt nach ihrer Konjunkturabhängigkeit auswählt. „Wir erleben zwar eine relativ angespannte Situation, in der etwas solide Werte die bessere Wahl sein dürften“, sagt Eichler. Doch mittelfristig werde sich der richtige Mix aus konjunktursensitiven Aktien und krisenresistenten, sprich defensiven Dividendenpapieren auszahlen. „Sind die Wolken erst einmal weggezogen, dann werden auch die zyklischen Werte wieder für entsprechenden Kursschub sorgen.“

Inmitten der Turbulenzen haben sich die meisten Aktienmärkte in Europa vergleichsweise stabil gezeigt. Seit anderthalb Wochen fallen auch hier die Kurse. Ist dies der Anfang einer Korrektur? Eichler wäre von Kursrückgängen in Höhe von 10 oder gar 20 Prozent nicht sonderlich überrascht. Doch gerade in solchen Phasen verlören Qualitätstitel in der Regel weniger stark als andere. Dagegen könnten Aktien schwächerer Gesellschaften schnell mal ein Drittel ihres Wertes verlieren. Er spricht von einem gesunden Ausleseprozess.

Trotz all der Unwägbarkeiten für den Euro-Raum schätzt Eichler das Kurspotential an den soliden europäischen Märkten auf Sicht der nächsten ein bis zwei Jahre auf mindestens 20 Prozent. „Die Starken werden dann noch stärker sein, und einige dieser Unternehmen werden dann bereits wieder neue Rekordgewinne erzielen“, sagt er. Unter dem Strich zählten sich nun aber Vorsicht, Verlässlichkeit und ein ausgewogenes Portfolio aus. KERSTIN PAPON



Einhell Germany AG
Landau a. d. Isar

ISIN DE 0005654909/DE 0005654933

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der
am Freitag, den 18. Juni 2010, um 10.00 Uhr
in der Stadthalle Landau, Stadtgraben 3, 94405 Landau/Isar, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein.

Tagesordnung

1. **Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des gebilligten Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2009, Vorlage des Lageberichts für den Einhell-Konzern und die Einhell Germany AG, sowie Vorlage des Berichts des Aufsichtsrates.**

Die vorgenannten Unterlagen sind nach den aktienrechtlichen Vorschriften der Hauptversammlung zugänglich zu machen. Zu Tagesordnungspunkt 1 ist keine Beschlussfassung der Hauptversammlung vorgesehen, da der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss gemäß den gesetzlichen Bestimmungen bereits am 07. April 2010 gebilligt und den Jahresabschluss festgestellt hat.

2. **Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im Jahresabschluss der Einhell Germany AG ausgewiesenen Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2009 in Höhe von Euro 17.418.569,02 wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende von Euro 0,54
je Stammaktie auf Stück 2.094.400 dividendenberechtigte
Stammaktien. ·

Euro 1.130.976,00

Ausschüttung einer Dividende von Euro 0,60
je Vorzugsaktie auf Stück 1.680.000 dividendenberechtigte
Vorzugsaktien.

Euro 1.008.000,00

Vortrag auf neue Rechnung

Euro 15.279.593,02

Bilanzgewinn

Euro 17.418.569,02

Die Dividende ist am 21. Juni 2010 zahlbar.

3. **Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2009.**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung für das Geschäftsjahr 2009 zu erteilen.

4. **Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2009.**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung für das Geschäftsjahr 2009 zu erteilen.

5. **Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2010.**

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zum Abschlussprüfer der Einhell Germany AG und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2010 zu wählen.

6. **Beschlussfassung über Satzungsänderungen zur Anpassung der Satzung an Änderungen des Aktiengesetzes durch das Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (ARUG)**

Am 01. September 2009 ist das Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (ARUG) in Kraft getreten. Es umfasst unter anderem Neuregelungen zum Fristenregime, zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Vollmachterteilung. Vor diesem Hintergrund ist die Anpassung der Satzung der Gesellschaft an die geänderte Gesetzeslage erforderlich.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, folgenden Beschluss zu fassen:

- a) § 7 Abs. (2) der Satzung wird wie folgt neu gefasst:
„Die Hauptversammlung wird, unter Berücksichtigung der Anmeldefrist (vgl. § 8 Abs. 1 der Satzung), sofern das Gesetz keine abweichende Frist vorsieht, mindestens 36 Tage vor der Hauptversammlung vom Vorstand oder den im Gesetz vorgeschriebenen Fällen vom Aufsichtsrat einberufen. Bei der Berechnung der Frist sind der Tag der Einberufung und der Tag der Hauptversammlung nicht mitzurechnen. Die Einberufung der Hauptversammlung erfolgt durch Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger mit den gesetzlich erforderlichen Angaben.“

- b) § 8 Abs. (1) der Satzung wird wie folgt neu gefasst:
„Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die sich in Textform (§ 126 b BGB) in deutscher oder englischer Sprache angemeldet haben. Die Anmeldung muss der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse mindestens sechs Tage vor der Hauptversammlung zugehen, wobei der Tag des Zugangs nicht mitzurechnen ist.“

- c) § 8 Abs. (2) der Satzung wird wie folgt neu gefasst:
„Die Aktionäre haben darüber hinaus Ihre Berechtigung zur Teilnahme an der der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts nachzuweisen.“

Dies hat durch Vorlage eines in Textform (§126 b BGB) in deutscher oder englischer Sprache durch das depotführende Institut erstellten Nachweises über den Anteilsbesitz zu geschehen. Der Nachweis muss sich auf den gesetzlich bestimmten Zeitpunkt beziehen und der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse mindestens sechs Tage vor der Hauptversammlung zugehen, wobei der Tag des Zugangs nicht mitzurechnen ist. Der Nachweis über nicht in Girosammelverwahrung befindlichen Aktien kann auch von der Gesellschaft oder einem Kreditinstitut gegen Einreichung der Aktien ausgestellt werden. Die Gesellschaft ist berechtigt, bei Zweifeln an der Richtigkeit oder Echtheit des Nachweises einen geeigneten weiteren Nachweis zu verlangen. Wird dieser Nachweis nicht oder nicht in geeigneter Form erbracht, kann die Gesellschaft den Aktionär zurückweisen.“

- d) § 8 Abs. (4) der Satzung wird wie folgt neu gefasst:
„Der Aktionär kann sich in der Hauptversammlung vertreten lassen. Für die Erteilung und den Widerruf der Vollmacht sowie für den Nachweis der Bevollmächtigung ist die Textform ausreichend. In der Einberufung kann eine Erleichterung bestimmt werden. § 135 AktG bleibt unberührt.“

Sonstige Informationen zur Hauptversammlung

Gesamtzahl der Aktien und Stimmrechte

Von den insgesamt ausgegebenen Stück 2.094.400 Stammaktien und Stück 1.680.000 Vorzugsaktien sind zum Zeitpunkt der Einberufung der Hauptversammlung Stück 2.094.400 Stammaktien teilnahme- und stimmberechtigt sowie Stück 1.680.000 Vorzugsaktien teilnahmeberechtigt.

Teilnahme an der Hauptversammlung

Aktionäre, die an der ordentlichen Hauptversammlung teilnehmen oder das Stimmrecht ausüben wollen, müssen sich zur ordentlichen Hauptversammlung anmelden und ihre Berechtigung nachweisen. Die Anmeldung und der Nachweis zur Berechtigung müssen der Gesellschaft unter

Einhell Germany AG
c/o Commerzbank AG
WASHV dwpbank AG
Wildunger Straße 14
60487 Frankfurt am Main
Telefax: +49 (0) 69/50 99-11 10
E-Mail: hv-eintrittskarten@dwpbank.de

jeweils mindestens sechs Tage vor der Hauptversammlung, wobei der Tag der Hauptversammlung und der Tag des Zugangs nicht mitzurechnen sind, also bis spätestens am 11. Juni 2010 zugehen. Für den Nachweis der Berechtigung reicht ein in Textform in deutscher oder englischer Sprache erstellter besonderer Nachweis des Anteilsbesitzes durch das depotführende Institut aus. Der Nachweis des Anteilsbesitzes muss sich auf den Beginn des 28. Mai 2010 (0.00 Uhr) („Nachweistichtag“) beziehen.

Der Nachweis über nicht in Girosammelverwahrung befindlicher Aktien kann auch von der Gesellschaft oder einem Kreditinstitut gegen Einreichung der Aktien ausgestellt werden.

Für den eingereichten Nachweis des Anteilsbesitzes erhält der Aktionär oder sein Bevollmächtigter eine Eintrittskarte zur ordentlichen Hauptversammlung.

Im Verhältnis zur Gesellschaft gilt für die Teilnahme an der Versammlung oder die Ausübung des Stimmrechts als Aktionär nur, wer den besonderen Nachweis des Anteilsbesitzes erbracht hat. Die Berechtigung zur Teilnahme oder der Umfang des Stimmrechts bemisst sich dabei ausschließlich nach dem Anteilsbesitz zum Nachweistichtag. Mit dem Nachweistichtag geht keine Sperre für die Veräußerbarkeit des Anteilsbesitzes einher. Auch im Fall der vollständigen oder teilweisen Veräußerung des Anteilsbesitzes nach dem Nachweistichtag ist für die Teilnahme und den Umfang des Stimmrechts ausschließlich der Anteilsbesitz des Aktionärs zum Nachweistichtag maßgeblich. Entsprechendes gilt für Erwerbe und Zuerwerbe von Aktien nach dem Nachweistichtag.

Jede Stammaktie gewährt in der ordentlichen Hauptversammlung eine Stimme. Die Vorzugsaktien sind nicht stimmberechtigt.

Verfahren für die Stimmabgabe

Stimmrechtsvertretung durch Bevollmächtigte

Der Aktionär kann sein Stimmrecht bzw. sein Teilnahmerecht in der ordentlichen Hauptversammlung auch durch einen Bevollmächtigten, z.B. durch die depotführende Bank, eine Aktionärsvereinigung oder eine andere Person seiner Wahl, ausüben lassen. Soweit die Vollmacht nicht einem Kreditinstitut, einer Aktionärsvereinigung oder einer anderen, mit diesen gemäß den aktienrechtlichen Bestimmungen gleichgestellten Person oder Institution erteilt wird, bedürfen die Erteilung der Vollmacht, ihr Widerruf und der Nachweis der Bevollmächtigung gegenüber der Gesellschaft der Textform. Aktionäre, die einen Vertreter bevollmächtigen wollen, werden gebeten, das Vollmachtsformular, welches sie mit der Eintrittskarte erhalten, zu verwenden.

Stimmrechtsvertretung durch Vertreter der Gesellschaft

Darüber hinaus bietet die Gesellschaft ihren Aktionären an, von der Gesellschaft benannte Mitarbeiter als weisungsgebundene Stimmrechtsvertreter bereits vor der ordentlichen Hauptversammlung zu bevollmächtigen. Die Aktionäre, die den von der Gesellschaft benannten Stimmrechtsvertretern eine Vollmacht erteilen möchten, müssen sich ebenfalls wie vorstehend ausgeführt zur ordentlichen Hauptversammlung anmelden und ihre Berechtigung nachweisen. Die Bevollmächtigung der Stimmrechtsvertreter und die Erteilung von Weisungen an sie können in Textform möglichst bis Mittwoch, 16. Juni 2010, 16.00 Uhr eingehend, übermittelt werden. Entsprechende Unterlagen und Informationen erhalten die Aktionäre zusammen mit der Eintrittskarte zur ordentlichen Hauptversammlung.

Für die Übermittlung des Nachweises der Bevollmächtigung sowie die Bevollmächtigung und Weisungserteilung an die von der Gesellschaft benannten Stimmrechtsvertreter per Post, per Telefax oder auf elektronischem Weg (per E-Mail) bietet die Gesellschaft

folgende Adresse an:
Einhell Germany AG
Investor Relations
Wiesenweg 22
94405 Landau/Isar
Telefax: +49 (0) 99 51/9 42-2 93
E-Mail: investor-relations@einhell.com

Rechte der Aktionäre

Anträge von Aktionären sind ausschließlich zu senden an:

Einhell Germany AG
Investor Relations
Wiesenweg 22
94405 Landau/Isar
Telefax: +49 (0) 99 51/9 42-2 93
E-Mail: investor-relations@einhell.com

Anträge von Aktionären auf Ergänzung der Tagesordnung gemäß § 122 Abs. 2 AktG

Aktionäre, deren Anteile zusammen den zwanzigsten Teil des Grundkapitals oder den anteiligen Betrag von 500.000,00 Euro erreichen, können verlangen, dass Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt und bekannt gemacht werden. Jedem neuen Gegenstand muss eine Begründung oder eine Beschlussvorlage beiliegen. Das Verlangen muss an den Vorstand gerichtet und der Gesellschaft unter der vorgenannten Adresse mindestens 30 Tage vor der Versammlung, wobei der Tag der Hauptversammlung und der Tag des Zugangs nicht mitzurechnen sind, also bis zum Ablauf des 18. Mai 2010, zugegangen sein.

Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären gemäß §§ 126 Abs. 1 und 127 AktG

Gegenanträge mit Begründung gegen einen Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat zu einem bestimmten Punkt der Tagesordnung und Vorschläge von Aktionären zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern oder von Abschlussprüfern sind ausschließlich an die vorgenannte Adresse zu richten.

Anträge von Aktionären, die mindestens 14 Tage vor der Versammlung, wobei der Tag der Hauptversammlung und der Tag des Zugangs nicht mitzurechnen sind, also bis zum Ablauf des 03. Juni 2010 bei der Gesellschaft eingegangen sind, werden, soweit nicht ein Hinderungsgrund gemäß § 126 Abs. 2 AktG vorliegt, unverzüglich nach ihrem Eingang und Nachweis der Aktionärseligenschaft unter der Internetadresse <http://www.einhell.com> veröffentlicht. Anderweitig adressierte Anträge werden nicht berücksichtigt.

Auskunftsrecht nach § 131 Abs. 1 AktG

Jedem Aktionär ist auf Verlangen in der Hauptversammlung vom Vorstand Auskunft über Angelegenheiten der Gesellschaft zu geben, soweit die Auskunft zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstandes der Tagesordnung erforderlich ist. Die Auskunftspflicht des Vorstands erstreckt sich auch auf die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen der Gesellschaft zu einem verbundenen Unternehmen sowie auf die Lage des Konzerns und der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen.

Veröffentlichungen auf der Internetseite

Den Aktionären sind die Informationen nach § 124 a AktG zur Hauptversammlung (u.a. Einberufung, zugänglich zu machende Unterlagen, Formulare zur Bevollmächtigung und Weisungserteilung, ggf. Anträge von Aktionären) sowie weitergehende Erläuterungen zu den Rechten der Aktionäre auf der Internetseite der Gesellschaft unter <http://www.einhell.com> zugänglich.

Landau/Isar, im Mai 2010

Einhell Germany AG

Der Vorstand

Finanz-Beipackzettel per Gesetz

Freiwillig war gestern:

Verbraucherschutzministerin

Aigner will die Beipackzettel

für Finanzprodukte nun doch

gesetzlich regeln. Aber die

Vorarbeit der Banken soll

nicht umsonst gewesen sein.

rike. BERLIN, 6. Mai. Ilse Aigner macht Ernst. Die Bundesverbraucherschutzministerin will Banken und Sparkassen nun doch mit einem Gesetz dazu zwingen, einheitliche Beipackzettel für Finanzprodukte aufzulegen. Ursprünglich hatte die CSU-Politikerin darauf gesetzt, dass die Finanzinstitute freiwillig solche Produktinformationsblätter entwickeln und sich auf einen einheitlichen Standard einigen. Die Finanzhäuser waren auch schon weit gekommen: Sparkassen, Volksbanken und der Bankenverband als Vertreter der Privatbanken hatten bereits Beipackzettel entwickelt. Am Ende aber haperte es an der Vereinheitlichung.

Ein Sprecher der Ministerin sagte am Donnerstag, die Verbände hätten sich verkehrt. Unter anderem sei ein Streitpunkt gewesen, wer die Informationsblätter herausgeben soll – der Emittent eines Finanzprodukts oder die Bank. Nun soll der einheitliche Beipackzettel gesetzlich verordnet werden. Mit dem Bundesfinanzministerium sei man sich eing, hieß es. Die Beipackzettel könnten Teil des Anleger-schutzgesetzes werden, das Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vorbereitet. In einem Entwurf ist schon von solchen Informationsblättern die Rede: Sie



Bankberatung

Foto photothek

dürften nicht länger als zwei Seiten sein, und die wesentlichen Informationen – Funktionsweise, Risiken, Aussichten auf Rückzahlung, Kosten – müssten leicht verständlich aufbereitet werden. Noch vor der Sommerpause soll das Kabinett die Beipackzettel beschließen. Erste Teile könnten im Frühjahr 2011 in Kraft treten – angesichts der zahlreichen Finanzprodukte wird es nicht von Anfang an für jedes einzelne ein Informationsblatt geben.

Die Verbraucherministerin hat die Finanzmärkte entdeckt

Als Ilse Aigner dem heutigen bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer auf dem Posten als Verbraucherministerin folgte, blieb ihr nur wenig Zeit, sich zu profilieren. Bis zur Bundestagswahl hatte die CSU-Politikerin gerade noch zehn Monate Zeit, ein öffentlichkeitswirksames Thema zu finden. Vernachlässigt hatte ihr Vorgänger das Thema Finanzberatung, was sie mitten in der Krise als Chance begriff. In den folgenden Monaten nahm sie sich mehrere Baustellen vor: Sie setzte durch, von Finanzvermittlern höhere Qualifikationsnachweise und eine Haftpflichtversicherung zu verlangen. Neben einheitlichen Produktinformationsblättern hat sie außerdem ein Augenmerk auf die Honorarberatung gelegt – also eine Produktberatung, bei der nicht der Abschluss vergütet wird, son-

dern das Beratungsgespräch. Viele Finanzvermittler hätten auf falsche Anreize reagiert und den Kunden nicht das vermittelt, was für sie am besten sei, sondern was hohe Provisionen eingebracht habe. Allerdings hat sie klargestellt, dass sie die Bezahlung über Provisionen nicht verbieten will. Dennoch sind insbesondere Versicherungsvermittler unzufrieden, dass ihr Modell durch die öffentliche Werbung für die Honorarberatung in Verruf gerät. „Es gibt den Versuch, von allen unberufenen Seiten, unseren Berufsstand zu zerstören“, beklagt beispielsweise Michael Heinz, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Versicherungskaufleute, der rund 40 000 Vermittler vertritt. Er bezweifelt, dass deutsche Kunden bereit sind, Policen zu kaufen, wenn Beratung und Abschluss getrennt wären. pik.

Inflation ist nicht in Sicht

Trend lässt noch niedrigere Zinsen erwarten / Die technische Analyse / Von Wieland Staud

FRANKFURT, 6. Mai. Auf der größten deutschen Anlegermesse trug sich am vorgangenen Wochenende in Stuttgart immer wieder aufs Neue Faszinierendes zu. Auf meine Frage, ob die Inflation komme, waren von durchschnittlich etwa 250 Zuhörern rund 150 der Meinung, dass sie kommt. Knapp 50 waren anderer Meinung, und der Rest hatte keine.

Man darf wohl mit einigem Fug und Recht davon ausgehen, dass diese Inflationsängste gerade nach den jüngsten Entwicklungen rund um Griechenland und bei den sich abzeichnenden vergleichbaren Problemen auf der Iberischen Halbinsel nicht kleiner geworden sind. Angesichts der Unmengen an Geld, die momentan mal wieder in die Hand genommen werden, und wohl auch angesichts der historischen deutschen Erfahrungen im 20. Jahrhundert ist das auch eine verständliche Einschätzung. Die verfügbaren Charts deuten jedoch mit Macht eher auf das Gegenteil hin. Allerdings kann man darüber streiten, ob das wirklich eine gute oder gar bessere Nachricht ist.

Erklärt man zum Beispiel den abgebildeten Chart der deutschen Umlaufrendite zum Maß aller Dinge, dann ist gegenwärtig die Gefahr japanischer und damit deflationärer Verhältnisse erstens spürbar größer und damit zweitens Inflation schlicht nichts, worüber wir uns jetzt Gedanken machen müssten oder sollten. Die deutsche Umlaufrendite hat jedenfalls in der letzten Woche neue historische Tiefstände erzielt. So niedrig war das durchschnittliche Zinsniveau aller Laufzeiten deutscher Bundesanleihen noch nie. Immer wenn Marktteilnehmer bereit sind, Niveau zu akzeptieren, die noch niemals zuvor gehandelt wurden, ist das die bestmögliche Bestätigung des Trends. Nichts ist deshalb wahrscheinlicher als eine Fortsetzung des Abwärtstrends, und nichts ist unwahrscheinlicher als seine abrupte Umkehr. Die deutschen Zinsen werden weiter fallen. Wer einen sicheren Hafen sucht, der scheint momentan mehr denn je an Anleihen der Bundesrepublik Deutschland zu denken.

Diese Einschätzung wird auch durch den weiterhin äußerst stabilen und intakten Aufwärtstrend des Bund Futures, ein Indikator für die Entwicklung der langfristigen deutschen Zinsen, bestätigt. Denn der hat mit den am vergangenen Mittwoch erzielten 126,59 Punkten einen neuen historischen Höchstkurs erzielt und damit den bestmöglichen Hinweis auf weiter steigende Anleihekurse und fallende Zinsen gegeben. Eine Zielbestimmung ist aufgrund der fehlenden historischen An-

ker und Fixpunkte naturgemäß schwierig. Aber wahrscheinlich ist es kein großer Fehler, zu vermuten, dass die deutsche Umlaufrendite von aktuell rund 2,6 Prozent wenigstens auf Niveaue um 2,3 Prozent fallen muss, bevor überhaupt wieder eine Chance auf eine Trendwende heranzuwachsen kann. Weil das eine eher konservative Einschätzung ist, weil Trendwenden selbst dann, wenn sie stattfinden, im Regelfall ihre Zeit brauchen und auch weil die Zinsniveaus so niedrig sind, kann Inflation wenigstens in den nächsten zwei Jahren kaum ein Thema werden.

Der Deutsche Aktienindex Dax hat sich in den letzten beiden Wochen nicht mit Ruhm bekeckert und damit meine zur Fortsetzung der Konsolidierung neigende Einschätzung bestätigt. Allerdings hat er dabei am Montag letzter Woche den Bullen ein übles Foul gespielt. Der damalige, technisch perfekte Ausbruch aus der Konsolidierung mit neuen Jahreshochs bei 6343 Punkten ließ alles Mögliche erwarten, nur nicht den unmittelbar schon am Dienstag folgenden Tiefschlag. Solche Entwicklungen sind mit Vorsicht zu genießen. Wenn ein Index sich eine solch klare Chance auf eine Fortsetzung des Aufwärtstrends erarbeitet und sie dann nicht wahrnimmt, dann spricht manches für eine folgende spürbare, das heißt dauerhafte Unterbrechung des Aufwärtstrends.

Der Dax ist also wieder in die sehr markante Zone zwischen 6150 und 5850 Punkten zurückgefallen und hat damit ein nicht gar so tolles Zeichen gesetzt. Die nächsten Wochen werden wie schon die letzten mehr von der Fortsetzung der Konsolidierung denn von neuen Gipfelstürmen geprägt sein. Daran führt momentan kaum ein Weg vorbei. Solange der Dax da-

bei aber nicht signifikant unter die Zone zwischen 5850 und 5800 Punkten zurückfällt, so lange bleiben 7000 Punkte mein Kursziel.

Das heißt aber natürlich auch, dass der Spielraum für den Dax enger geworden ist. Ein weiterer richtig schwacher Tag würde ihn komplett aufzehren und damit zweifellos die Grundsatzfrage akut werden: Hausse oder Baisse? Zwar hat der ansatzlose Einbruch des Dax in dem einen oder anderen Indikator problematische Signale hinterlassen. Aber die Stimmung bleibt entsprechend meinen Indikatoren tiefschwarz, und Trendwenden geschehen selten dann, wenn eine Mehrheit sie erwartet. So oder so: Unter dem analytischen Stopp von 5850 bis 5800 Punkten können extrem schwierige Zeiten anbrechen.

Die vielleicht wichtigste Botschaft steht heute am Schluss: Der Euro hat in der Relation zum Dollar seinen langfristigen Aufwärtstrend gebrochen. Das ist an sich schon kein Spaß. Aber bedenkt man darüber hinaus, dass dieser Aufwärtstrend seit 2001 intakt war und damit den Euro zeit seines Lebens begleitet hat, dann gewinnt diese analytische Erkenntnis an Dramatik. Ich rechne mit weiteren Rückschlägen für das, was wir mal mit Stolz „unsere Gemeinschaftswährung“ genannt haben, und auch mit Kursen unter 1,20 Dollar. Auch wenn es mir bei dem Gedanken die Fußnägel hochrollt: Entweder wurde das volle Ausmaß des griechischen Problems noch nicht erfasst beziehungsweise öffentlich gemacht, oder aber Griechenland war erst der Anfang und nicht etwa das Ende.

Der Autor leitet die Staud Research GmbH in Bad Homburg.

Deutsche Umlaufrendite

Angaben in Prozent (Skala logarithmisch)



Quelle: Staud Research Bad Homburg FA.Z - Grafik Kals

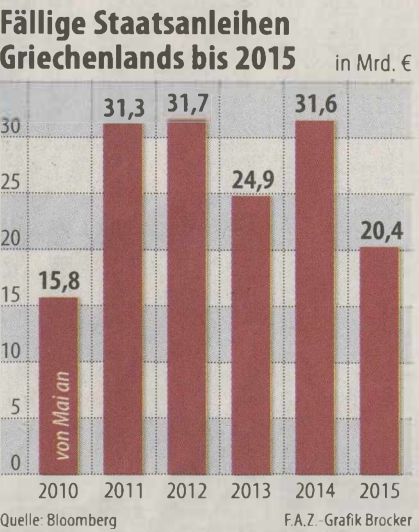
Marktteilnehmer zweifeln an Glaubwürdigkeit der EZB

Spekulationen über künftige Käufe von Staatsanleihen

bes. LONDON, 6. Mai. In der Londoner City erwarten viele Marktteilnehmer, dass die Europäische Zentralbank (EZB) auf Dauer Staatsanleihen der wirtschaftlich schwachen Euro-Länder kaufen wird, um die Anleihemärkte zu beruhigen. Nachdem die EZB „umgefallen“ sei und auch griechische Staatsanleihen als zentralbankfähige Papiere akzeptiere, halten sie es für möglich, dass die EZB auch hier weich wird. Der Rat der Europäischen Zentralbank hat bei seinen Beratungen am Donnerstag in Lissabon allerdings nicht über Ankäufe von Staatsanleihen diskutiert.

Der Tag werde aber kommen, meint die Société Générale. Der Ankauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt sei rechtlich möglich, schaffe Liquidität und finge den Verkaufsüberhang am Markt auf. „Jetzt ist der EZB der Reputationsverlust noch zu hoch. Ihr würde vorgeworfen, schlechte Risiken auf die Bilanz zu nehmen und fiskalschwache Länder zu finanzieren.“ Aber irgendwann werde die EZB behaupten, die Sparmaßnahmen der Länder schwächten das Wachstum und verringerten die Inflationsgefahren, so dass eine neue Politik der quantitativen Lockerung wegen eines stärkeren Wachstums notwendig sei.

Auch Nomura hält das Einlenken der EZB für möglich. „Es widerspricht zwar der Politik der EZB, direkt Staatsanleihen zu kaufen. Aber wir haben jetzt schon öfter gesehen, dass die EZB Re-



Im Gespräch: Franz Jaeger, Universität St. Gallen

„Griechenland muss aus dem Euro“

Griechenland muss sofort mit dem Sparen beginnen, sonst bleibt nur der Ausschluss aus dem Euro, sagt der Schweizer Wirtschaftsprofessor. Das Land sei nur die Spitze des europäischen Eisbergs.

Wird das Rettungspaket für Griechenland die Lage an den turbulenten Finanzmärkten stabilisieren können?

Ich bin nicht sicher. Ich hatte mich als Ökonom schon vor der Einführung des Euro kritisch zu seiner Einführung geäußert und auf Konstruktionsfehler historischer und wirtschaftlicher Natur hingewiesen. Für mich war der Euro von Anfang an eine „Schönwetterwährung“. Sie könne ohne Entstehung makroökonomischer Ungleichgewichte funktionieren, werde aber bei Verwerfungen und Krisen in Schwierigkeiten geraten – so meine Erwartung.

Damit lagen Sie nicht schlecht.

Ja, in den ersten ruhigen Jahren blieben Verwerfungen aus, und eine von politischen Einflüssen weitgehend unabhängige und widerstandsfähige Europäische Zentralbank konnte eine innere Stabilität der Währung generieren. Das hat meine Kritik etwas schwächer werden lassen. Der Euro konnte über Jahre sogar gegen den Schweizer Franken leicht aufwerten, was ein gutes Zeichen war.

Nun hat sich das geändert?

Es zeigt sich, dass die Voraussetzungen fehlen, die eine Währung auch in Krisenzeiten widerstandsfähig machen.

Welche sind das?

Erstens müssten die Volkswirtschaften der teilnehmenden Staaten ähnliche Wirtschaftsstrukturen, Wohlstandsverhältnisse und wirtschaftspolitische Prioritäten haben. Diese waren und sind nur teilweise gegeben. Ferner müsste es einen europäischen Finanzausgleich geben. Den gibt es nicht, weil man erst die Währungsunion geschaffen hat und über diese zu einer politischen Union kommen wollte. Deutschland ist zudem nicht zu einem echten Finanzausgleich bereit, was sich aus dem Widerstand von Kanzlerin Angela Merkel gegen eine rasche Griechenland-Hilfe ablesen lässt. Die innere Solidarität ist nicht gegeben, sondern wird allenfalls vom Schicksal erzwungen. Wenn diese Bedingungen schon nicht erfüllt sind, müssten wenigstens die Mundellschen Kriterien gegeben sein: internationale Freizügigkeit von Personen, Wissen und Kapital. Die sind zwar weitgehend erfüllt, aber Löhne und Preise sind nicht flexibel. Wir haben hoch regulierte Arbeitsmärkte in Spanien, Italien und auch in Deutschland.

geln verwirft, die zuvor in Stein gemeißelt waren.“ Außerdem habe die EZB auf dem Höhepunkt der Krise gedeckte Schuldverschreibungen gekauft. Nomura betont zudem, dass die EZB nicht mehr mit der Bundesbank verglichen werden könne. Gerade deshalb sei es wahrscheinlich, dass die Anleihekäufe als Mittel in dieser Schuldenkrise eingesetzt würden. Sowohl die Société Générale als auch Nomura erwarten, dass eine Politik der Anleihekäufe eine deutliche Schwäche des Euro auslösen dürfte. Außerdem werde die Glaubwürdigkeit der EZB weiter unterminiert.

Selbst die Deutsche Bank betont, dass Bundesbankpräsident Axel Weber zwar seinen Widerstand formuliert habe. „Es ist auch unwahrscheinlich, dass die EZB schon jetzt etwas in diese Richtung ankündigt. Aber letztlich wird sie darüber diskutieren müssen“, betont Jim Reid. Wenn die Welt nicht bereit sei, die Konsequenzen einer Umschuldung oder eines Zahlungsausfalls einer Regierung zu akzeptieren, dann bleibe kein anderer Weg, solange niemand anders die Staatsschulden kaufe. Dann müsse offenbar Geld gedruckt werden. Das lege die Basis für höhere Inflation. Dies sei allerdings meistens die Konsequenz von staatlichen Schuldenkrisen gewesen.

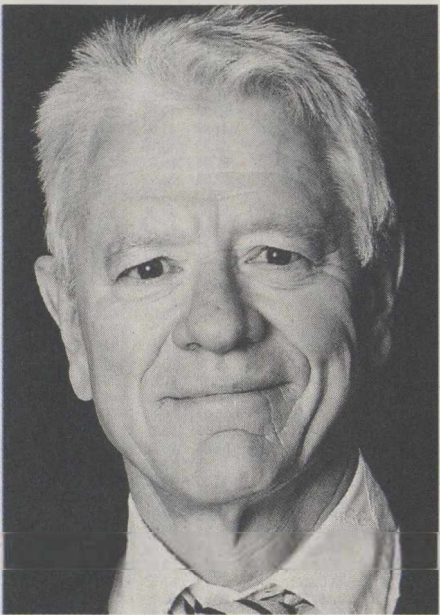
JP Morgan teilt mit, entweder könnten regierungseigene Banken mit Kapital ausgestattet werden, um die Anleihen zu kaufen, oder die EZB mache es direkt, was erlaubt sei. Freilich sei die Umsetzung schwierig. Sollte die EZB hierfür sogar eine Kapitalerhöhung benötigen, könne diese mit Zweidrittelmehrheit des EZB-Rates beschlossen werden, hat Credit Suisse schon vorge-rechnet. Etwaige Verluste müssten von den nationalen Notenbanken finanziert werden, die sich dem nicht verweigern könnten. Schwierig werde auch die Entscheidung sein, in welchem Umfang Anleihen von welchem Land gekauft würden. Bundesanleihen ständen ja wohl nicht auf der Einkaufsliste. „Die EZB hat immer gesagt, sie werde kein Land bevorzugen. Aber sie hat auch entschieden, Anleihen von Griechenland als Besicherungspapiere zu akzeptieren und gegenüber diesem Land ihre Qualitätsanforderungen auszusetzen“, betont Credit Suisse.

Was bedeutet das?

Wenn man alles in allem betrachtet, so sind in der Euro-Zone die Voraussetzungen für den Erfolg einer gemeinsamen Währung einfach noch nicht gegeben. Sobald es zu Verwerfungen kommt, entwickeln die internationalen Unterschiede innerhalb der Euro-Zone eine große Eigendynamik. Die unglaubliche Verschuldung historischen Ausmaßes, die im Rahmen der Wirtschaftskrise durch Stützung von Unternehmen und Banken sowie durch die Konjunkturprogramme entstanden ist, lässt sich nur noch mit Schwierigkeiten finanzieren.

Welche Rolle spielt dabei Griechenland?

Nicht nur Griechenland ist stark verschuldet, sondern das Land wirkt im



Franz Jaeger

Foto Daniel Ammann

Moment wie ein Pars pro Toto, wie eine Spitze des Eisberges. An ihm hat sich die Problematik entzündet, obwohl es mit einem Anteil von unter drei Prozent am Bruttoinlandsprodukt der Euro-Zone wirtschaftlich kaum relevant ist. Die Finanzmärkte haben die Bonität des Landes in Frage gestellt, und es kann sich an den Märkten kaum noch refinanzieren. Das heißt, nun ist man gezwungen, Griechenland mit einem Stand-by-Kredit zu helfen. Möglicherweise wenden sich die Sanktionsmechanismen der Märkte auch noch anderen Südstaaten wie Portugal, Spanien oder Italien zu. Deutschland und Frankreich können es sich kaum leisten, auch diesen zu helfen, weil sie finanziell selbst mit dem Rücken zur Wand stehen.

Sind 110 Milliarden Euro für Griechenland ein realistisches Angebot?

Sie können das ganze Problem nur bannen, aber nicht lösen. Die EU-Politik

Oldtimer als rollende Rendite

Historische Fahrzeuge sind als Geldanlage wieder gefragt. Vor allem deutsche Marken steigen beständig im Wert. Nicht alle Fachleute raten jedoch zu einer Investition in Autos statt Aktien.

ols. STUTTGART, 6. Mai. Oldtimer in der Garage statt Aktien im Depot – das ist ein Trend, der sich seit der Finanzmarktkrise verstärkt: „Oldtimer rücken zunehmend als werthaltiges Investment in den Fokus von Kapitalanlegern“, berichtete Manfred Mühlheim, Leiter Asset Management von der Südwestbank AG, in Stuttgart. Vor allem die Fahrzeuge, die jetzt schon selten und teuer seien, legten weiter an Wert zu. Die meisten Besitzer von Oldtimern dürften hingegen Probleme haben, mit der Wertsteigerung ihrer Fahrzeuge die Kosten für Pflege und Unterhalt einzuspielen, räumte Mühlheim ein. Die Zahl der Oldtimer wachse kontinuierlich, weil immer mehr Autos die Altersgrenze von 30 Jahren erreichten, nach der, allerdings unter engen Voraussetzungen, das begehrte H-Kennzeichen für historische Fahrzeuge vergeben werden kann.

Das Institut verzeichnete in der Vergangenheit eine verstärkte Nachfrage von Kunden, die nach Anlagen in Sachwerten suchten und auch das Thema alte Autos ins Spiel brachten. Die Privatbank hat nun zum ersten Mal den Südwestbank Oldtimerindex (OTX) vorgestellt, der die Preisentwicklung von 20 Fahrzeugtypen der Hersteller Daimler-Benz, Porsche, BMW, Auto Union, Messerschmitt, NSU und Opel von 2005 bis Anfang dieses Jahres abbildet. Der Index habe sich jährlich im Durchschnitt um 12,2 Prozent gesteigert. „Einen ähnlichen Gewinn hatte ein Anleger nur mit dem Kauf der BASF-Aktie erwirtschaftet“, sagte Mühlheim. Fahrzeuge von Porsche wie der Carrera SC, Baujahr 1977, oder der Porsche Carrera 911 von 1973 zeigten die höchsten Wertzuwächse.

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) sieht ebenfalls grundsätzlich die Wertsteigerung von alten Wagen, nimmt aber eine kritische Haltung mit Blick auf die Fahrzeuge als Wertanlage ein. Der VDA entwickelte zusammen mit den Sachverständigen von Classic Data den Deutschen Oldtimer-Index. Er hat seit 1999 im Durchschnitt im Jahr um 5,7 Prozent zuge-

grenzt an Realitätsverweigerung. Man nimmt keinerlei Rücksicht auf die Tatsache, dass die Länder, die jetzt am meisten gefordert werden, sich selbst in prekären Haushaltssituationen befinden.

Was wäre eine effektive Lösung?

Wenn Griechenland und andere südeuropäische Länder ihre Rahmenbedingungen nicht selbst rigoros verbessern können – sprich: Wettbewerbsfähigkeit steigern, Arbeitsmärkte flexibilisieren, die Ausgaben und Haushaltsdefizite abbauen, Steuern erhöhen, Sozialwerke reformieren –, müssten sie überlegen, den Euro-Raum zu verlassen und einen eigenen Währungsraum zu gründen, der in zehn oder 15 Jahren wieder Anschluss an den „Nordeuro“ finden könnte.

Ist das realistisch?

Die Strategie wäre vergleichbar mit einer Notoperation auf der Autobahn, nachdem ein Crash passierte. Danach aber könnte sich das System möglicherweise stabilisieren.

Welche Rolle spielt die Tatsache, dass die Europäische Zentralbank griechische Staatsanleihen unabhängig von ihrer Qualität als Sicherheit annehmen will?

Sobald Hilfspakete angeboten werden ohne Bedingungen, wird die moralische Versuchung so stark, dass es langfristig keine Möglichkeit mehr gibt, die Staaten zu disziplinieren.

Was bleibt als Fazit?

Die Europäische Union muss sich darüber klarwerden, dass Griechenland aus dem Euro ausgeschlossen werden muss. Das ist der erste Schritt in der Hoffnung, dass kein zweiter kommt. Kame der, wäre eine Kettenreaktion wahrscheinlich und damit auch die mögliche Aufteilung in einen Euro-Raum Süd und einen Euro-Raum Nord. Ich hoffe immer noch, dass das nicht nötig wird, und auch ich weiß, dass das proaktiv politisch kaum durchsetzbar ist. Als erster Schritt scheint jedoch der Ausschluss von Griechenland kaum vermeidbar zu sein, denn die Märkte akzeptieren nicht, was bisher gemacht wurde. Griechenland muss jetzt sofort mit dem Sparen beginnen, sonst bleibt nur der Ausschluss.

Was macht man als Anleger?

Aus staatsmännischer Sicht würde ich die Anleger darum bitten, in die Lösung der Krise zu investieren und Euro-Papiere zu kaufen. Immerhin gibt es in der Euro-Zone auch viel Positives. Wenn ich ihm dagegen raten müsste, wie er sein Geld sinnvoll anlegen und Risiken vermeiden könnte, dann würde ich sagen: Hände weg.

Das Gespräch führte **Christof Leisinger**. Es ist in voller Länge unter **faz.net/jaeger** nachzulesen.



Zeitlos wertvoll: Porsche Carrera 911, Baujahr 1973

Foto Interfoto

Was Oldtimer wert sind

Vergleich des Marktwertes 1999 zum Marktwert 2009

Marke	Modell	Baujahr	Wert 1999	Wert 2009
Youngtimer, Zustandsnote 2				
Alfa Romeo	Giulia Nuova Super 1300	74–78	5300	11 200
BMW	2002ti	71–74	6500	14 600
Mercedes-Benz	450SE	78–80	5700	11 800
Volkswagen	Käfer 1302 S	70–72	2800	6000
Opel	Kadett C GT/E	75–77	2900	5700
Porsche	944 Turbo	85–88	7500	11 300
Fiat	124 Sport Spider	72–76	8700	11 600
Ford	Capri 2.0S	76–78	2800	5200
Alfa Romeo	2000 Spider Veloce	71–74	8700	14 200
Audi	Quattro	85–90	6700	17 900
Oldtimer				
Porsche	911S	66–68	20 000	40 000
Mercedes-Benz	300SL Flugeltürer	54–57	210 000	450 000
Ferrari	250GT SWB (Alu)	60–62	1 000 000	3 700 000
Jaguar	E-Type 3.8 Cabrio	61–64	45 000	72 000
Maserati	3500GT	57–64	35 000	77 000
Rennwagen				
Bentley	4.5 Litre Supercharged	29–31	450 000	3 300 000
Porsche	904 GTs	64–65	380 000	900 000
Ferrari	250GT Tour de France	56–59	500 000	2 200 000
Maserati	A6 GCS	51–53	260 000	850 000
Alfa Romeo	6C 1750GS Kompressor	29–32	350 000	900 000

Quelle: Classic Data

REDEN

HANDELN

ZWISCHEN REDEN UND HANDELN LIEGT EINE WELT VOLLER MÖGLICHKEITEN.

Seit unserer Gründung haben wir uns ausschließlich auf die Verwaltung der Anlagen unserer Kunden konzentriert. Und was wir versprechen, halten wir auch. Daher ist das Thema Kundenorientierung fest in unserer Unternehmenskultur verankert. Unsere mehr als 1.500 Anlagespezialisten arbeiten eng im Team. Sie tauschen Erkenntnisse und Wissen untereinander aus, um Lösungen zu finden. Dabei wenden wir das gesamte Spektrum an – von Investmentfonds und ETFs bis hin zu individuellen Investmentportfolios. So erzielen wir einen Mehrwert für unsere Kunden durch ausgezeichnete Risikomanagement- und Beratungsleistungen. Eine Finanzanlage ist typischerweise mit Risiken verbunden. Der Wert einer Anlage kann steigen oder fallen und ist nicht garantiert. Es besteht die Möglichkeit, dass ein Anleger nicht die gesamte Anlagesumme zurückerhält, bis hin zu einem Verlust in Höhe von 100% des eingesetzten Kapitals. Vertrauen Sie BlackRock. **Eine Welt voller Möglichkeiten.**

BLACKROCK

SPEZIALFONDS | PUBLIKUMSFONDS | iShares® ETFs | RISIKO-MANAGEMENT

Diese Werbemitteilung stellt kein Angebot und keine Aufforderung zum Erwerb von Anteilen eines Produktes von BlackRock oder iShares dar. iShares® ist eine eingetragene Marke der BlackRock Institutional Trust Company, N.A. Herausgegeben von BlackRock Investment Management (UK) Limited, eine Tochtergesellschaft von BlackRock, Inc., zugelassen und beaufsichtigt durch die Financial Services Authority. Eingetragener Geschäftssitz: 33 King William Street, London EC4R 9AS. Registrierungsnummer in England: 2020394. BlackRock ist ein Handelsname von BlackRock Investment Management (UK) Limited. BlackRock Inc. und ihre Tochtergesellschaften sind als BlackRock-Gruppe bekannt.

Dax 30, M-Dax und Tec-Dax

52 Wochen		Börsenwert		KGV	5.5.10	6.5.10	Xetra		Xetra		Ums. Ges.		
Vergleich	Hoch	in Mrd. Landeswähr.	Gesamt Streubes.				Tages	Tief	Veränd. in % seit	52 Wochen	Div.	Tsd. St.	
Tief				2010	2011	Schluss	16.35 h		5.5. 30.12.09	Hoch	Tief	Rend	5.5.
11.8 9.9 DAX30 5958.45 5944.29 6009.48 5919.94 -0.2 -0.2 6341.52 4524.01 186.70 3.14 241887													
8.86 8.86 192 13.7 Adidas 41.96 42.36 42.82 41.72 +0.9 +12.1 47.77 23.35 0.50 1.18 2959													
36.24 36.06 7.1 6.1 Allianz SE vink NA 84.31 79.84 82.99 79.66 -5.3 -6.4 95.99 61.00 3.50 4.38 18197													
39.34 39.34 10.1 9.3 BASF SE 42.50 42.84 43.41 42.01 -0.8 -1.4 48.84 27.00 1.70 3.97 7735													
38.30 38.30 10.6 9.8 Bayer 46.07 46.32 46.70 45.49 -0.6 -1.72 56.71 35.36 1.40 3.02 7415													
10.77 4.26 20.2 17.4 Beiersdorf 42.93 42.73 43.43 42.65 -0.5 -1.0 46.65 31.33 0.70 1.64 1015													
22.05 11.77 26.9 12.2 BMW SA 35.98 36.83 37.38 35.45 +1.8 +15.2 37.96 23.57 0.30 0.82 3436													
6.86 4.31 0.0 0.47 Commerzbank 5.72 5.81 6.04 5.58 +1.6 -1.3 9.64 0.00 0.00 0.00 17194													
39.30 31.64 7.4 6.7 Daimler NA 37.02 37.04 37.74 36.71 -0.5 -0.9 39.90 23.52 0.00 0.00 8670													
29.84 29.78 14.5 6.3 Deutsche Bank 49.78 48.07 50.12 47.93 -3.4 -2.7 60.55 36.63 0.50 1.04 14320													
10.82 10.32 13.9 11.7 Deutsche Börse 55.88 55.51 56.18 55.01 -0.8 -1.3 65.27 44.55 2.10 3.78 1685													
14.15 9.84 16.5 11.0 Deutsche Post 11.78 11.70 11.95 11.63 -0.6 -1.32 14.70 8.66 0.60 5.13 10927													
38.82 26.51 12.2 12.4 Dt. Telekom 8.89 8.90 8.96 8.81 -0.1 -1.35 10.60 7.83 0.78 8.76 36552													
54.58 51.97 9.6 9.1 E.ON 27.90 27.28 27.78 27.24 -2.2 -6.7 30.47 22.42 1.50 2.91 26232													
11.84 7.55 15.7 14.0 Fres. Med Care SA 39.75 40.10 40.30 39.55 -0.9 +8.5 42.38 28.50 0.58 1.45 1528													
4.17 4.17 14.7 13.2 Fresenius SE vZ 51.77 51.85 52.26 51.16 -2.0 -3.3 57.65 35.72 0.71 1.37 633													
6.77 6.77 15.4 12.9 Henkel VZ 38.76 38.00 38.95 37.57 -2.0 +4.3 41.72 21.55 0.53 1.39 2948													
5.25 5.25 24.2 16.6 Infineon 4.86 4.83 4.95 4.78 -0.6 -2.6 5.58 1.46 0.00 0.00 35201													
7.97 5.96 20.2 13.3 K+S 40.53 41.66 42.12 40.61 -1.4 -4.2 53.33 32.57 2.28 5.46 2305													
14.31 14.31 13.3 11.2 Linde 84.93 84.79 85.40 84.56 +0.2 +0.7 86.20 55.65 1.80 2.72 1528													
5.36 5.36 20.3 12.5 Lufthansa vink NA 11.81 11.71 12.04 11.71 -0.9 -0.4 13.41 4.45 0.00 0.00 6946													
9.60 6.73 18.2 13.3 MAN SE SIA 67.96 68.08 69.34 66.62 +0.2 +25.1 73.11 40.22 0.25 0.37 1655													
3.98 3.98 11.6 10.4 Merck 61.29 61.54 61.76 61.11 +0.4 -5.6 75.04 56.85 1.00 1.62 669													
13.84 5.45 14.0 10.4 Metro SIA 44.67 42.71 43.68 42.51 -4.4 -4.0 47.72 32.21 1.18 2.76 2341													
20.71 20.46 8.6 7.9 Münchener R. v. NA 104.00 104.89 106.50 102.35 -0.3 -3.5 123.55 90.81 5.75 5.48 2208													
31.66 25.17 8.8 7.4 RWE AG 61.29 60.48 61.34 60.35 -1.3 -1.0 69.29 51.98 5.00 5.79 1598													
3.45 2.19 8.0 10.1 Salzgitter RZ 57.70 57.46 58.76 57.38 +0.4 -1.60 74.32 49.90 1.44 2.48 1309													
43.73 31.74 17.1 14.9 SAP 35.68 35.77 35.20 +0.0 +8.1 37.50 27.26 0.50 1.40 7658													
65.12 61.49 13.1 12.1 Siemens 70.79 71.23 71.83 69.27 +0.6 +1.09 76.39 54.77 1.60 2.25 6231													
11.94 7.34 26.1 7.9 Thyssen Krupp 23.28 23.21 23.75 23.01 -0.3 -1.21 28.24 15.18 0.30 1.29 4468													
7.34 7.34 29.4 7.2 VW VZ 68.68 69.77 70.82 68.00 +1.6 +6.8 82.40 48.88 1.66 2.38 2779													

52 Wochen		Börsenwert		KGV	5.5.10	6.5.10	Xetra		Ums.Ges	Div.-	Tsd. St.	S.S.			
Vergleich	Hoch	in Mrd. Landeswähr.	Gesamt Streubes.				Tages	Tief							
52 Wochen	Hoch	in Mrd. Landeswähr.	Gesamt Streubes.	2010	2011	Schluss	5.5.10	6.5.10	52 Wochen	Div.	Rend.	S.S.			
0.65	0.4	8.8	11.5	Aareal Bank	15.75	15.24	16.23	15.22	-3.2	-14.9	18.90	6.41	0.00	0.00	430
1.45	1.09	13.9	8.4	Auris	35.67	35.56	36.25	35.16	-0.3	-1.7	41.65	19.02	0.65	1.83	351
0.52	0.22	12.2	9.3	Bayer	29.90	30.22	30.56	29.85	-1.1	-3.3	37.00	22.51	1.00	3.31	110
0.93	0.58	16.6	13.8	BayerWerk NA	28.92	28.30	28.85	28.04	-2.1	-12.5	30.90	17.34	0.40	1.41	48
2.15	2.06	10.1	10.5	Bilfinger Berger	47.63	46.61	47.89	46.34	-2.1	-13.6	58.60	27.72	2.00	4.29	506
1.10	0.46	15.2	15.0	Boss VZ	31.07	31.85	32.00	30.95	-2.5	-29.7	33.30	15.94	1.38	4.33	110
4.10	1.81	13.0	11.5	Celastol	24.49	24.10	24.42	23.85	-1.6	-36.2	25.76	14.60	0.48	1.99	550
6.95	0.77	49.5	21.1	Continental	41.07	41.12	41.77	40.32	-0.1	-12.9	46.65	17.61	0.00	0.00	1093
0.50	0.50	15.9	10.7	Demag Cranes	24.10	23.62	24.21	23.55	-2.0	-1.3	28.52	14.52	0.00	0.00	266
0.85	0.69	20.0	18.5	Deutsche Euroshop	22.62	22.35	22.71	22.33	-1.2	-5.6	25.34	20.10	1.05	4.70	141
5.21	1.85	17.5	10.3	Deutsche Postbank NA	24.77	23.80	24.83	23.68	-3.9	-4.0	27.73	15.26	0.00	0.00	1258
1.34	0.83	16.8	11.1	Deutsche Telekom	9.86	9.98	10.06	9.86	-0.1	-0.1	10.60	8.33	0.70	8.76	36552
11.55	5.09	15.2	13.4	EADS (NL)	13.80	14.07	14.31	13.66	-2.7	-3.1	16.50	10.56	0.20	1.41	661
1.11	0.50	19.7	15.8	EnergieKlingner NA	19.76	19.28	19.63	19.21	-2.4	-19.0	21.82	9.55	0.15	0.78	250
2.30	0.67	19.8	19.0	Fiellmann	55.00	54.76	55.69	54.51	-0.4	-6.6	62.92	42.60	1.95	3.56	65
3.44	1.32	20.8	23.4	Fraport	37.90	37.46	37.95	37.15	-1.2	-3.3	41.95	27.50	1.15	3.07	314
0.84	0.84	11.8	11.4	Fuchs Petrolub VZ	72.80	71.40	72.81	69.62	-1.9	-10.2	78.90	33.09	1.60	2.24	64
1.21	0.48	6.2	7.0	Galanz (L)	5.49	5.36	5.47	5.25	-2.4	-15.9	8.05	4.48	0.20	1.44	1164
2.98	2.64	13.0	9.5	G&A Group	15.70	15.65	15.83	14.85	-0.3	-0.8	18.33	9.43	0.30	1.92	1240
0.78	0.78	13.7	11.1	Gerrischelmer	25.08	24.71	25.07	24.38	-1.5	-5.1	27.65	15.01	0.00	0.00	97
0.42	0.40	45.7	21.3	Gildemeister	9.49	9.15	9.49	8.91	-3.5	-19.2	13.43	6.22	0.40	4.37	606
1.92	0.58	50.0	30.8	Hamburger Hafen	26.64	26.48	26.67	26.10	-0.6	-1.9	32.78	24.35	1.00	3.78	223
3.91	1.55	6.0	7.0	Hann. Rückv.	32.50	32.42	33.08	32.04	-0.3	-0.9	37.86	23.12	2.10	6.48	1542
0.45	0.36	5.0	0.0	Heidelberg Druck	6.00	5.81	6.00	5.80	-3.1	-5.9	7.64	3.59	0.00	0.00	1051
0.83	6.29	12.1	8.3	Heidelb. CEMENT SIA	43.86	44.38	46.00	43.06	-1.2	-8.0	52.20	24.68	0.36	1.10	92
0.41	0.261	17.2	14.1	Hochfilz	5.46	5.73	5.84	5.47	-0.5	-7.1	65.30	31.36	1.40	2.44	660
0.72	0.48	57.3	23.9	IUG Immobilien	5.82	5.73	5.85	5.62	-1.6	-2.0	8.45	3.97	0.00	0.00	903
1.27	1.27	31.9	33.7	Klicker & Co. SE NA	19.12	19.12	19.61	18.81	-0.0	-7.1	23.87	8.52	0.00	0.00	1476
1.30	0.55	26.3	15.4	Kronos	41.50	41.00	41.51	40.49	-1.2	-15.5	44.14	25.07	0.60	1.46	73
2.84	2.84	12.3	9.2	Lanxess	34.56	34.01	35.09	33.32	-0.7	-29.5	37.60	15.07	0.50	1.47	787
0.17	0.17	13.3	11.3	Leibniz	11.65	11.65	11.67	11.65	0.0	0.0	11.65	11.65	0.00	0.00	116
0.78	0.30	18.5	15.6	MLP	7.25	7.20	7.31	7.15	-0.7	-10.7	11.06	6.40	0.28	3.89	116
2.13	2.01	11.9	9.9	MTU Aero Engines	39.37	41.18	41.88	38.16	-4.4	-7.5	45.12	22.17	0.93	2.27	363
0.60	0.14	0.0	0.0	Plaza Energy	4.37	4.15	4.44	4.13	-5.1	-32.4	6.82	3.90	0.00	0.00	134
0.38	0.38	14.1	10.3	Praktiker	6.03	6.13	6.87	6.68	-0.1	-14.5	10.00	5.35	0.00	0.00	1037
1.44	1.07	10.1	9.5	Pro.Sat.1 Media VZ	13.05	13.14	13.39	12.54	-0.7	-63.0	14.49	2.83	0.02	0.15	1501
1.66	1.12	15.3	12.6	Puma	244.40	242.60	246.25	240.50	-4.7	-4.6	265.00	141.54	1.80	4.74	82
1.31	0.37	19.3	18.3	Rational	115.10	115.00	116.50	114.55	-0.4	-3.0	136.15	70.01	3.50	3.04	31
2.03	1.95	13.9	9.6	Rheinmetall	50.00	51.15	51.65	48.74	-2.3	-14.3	55.11	25.55	1.30	2.54	323
2.57	2.25	17.2	15.2	Rhön-Klinikum SIA	18.79	18.58	18.97	18.51	-1.1	-8.5	19.85	15.55	0.34	1.82	470
1.55	1.12	62.2	26.6	SKG Carbon SE	23.23	23.65	23.78	22.83	-1.8	-14.0	30.79	18.95	0.00	0.00	639
0.78	0.47	K.A.	K.A.	SKL Carbon SE	1.61	1.60	1.64	1.58	-0.7	-29.4	4.48	1.55	0.00	0.00	2228
1.70	1.70	12.1	10.7	Stada vink NA	28.92	28.98	29.10	27.60	-0.2	-19.8	32.30	14.76	0.52	1.79	627
2.88	2.88	12.4	14.84	Städzucker	14.98	14.98	14.96	14.69	-1.0	-2.0	17.79	13.30	0.40	2.70	534
2.12	2.00	12.9	11.8	Symrise	18.15	17.88	18.52	17.94	-0.9	-20.0	19.57	8.87	0.50	2.78	1058
1.95	1.47	16.4	11.7	Tognum	14.93	14.88	15.06	14.61	-0.3	-28.3	16.27	8.56	0.70	4.70	645
1.96	1.07	8.6	K.A.	TUI	7.77	7.79	7.85	7.55	-0.2	-3.3	8.89	3.89	0.00	0.00	2779
1.12	0.66	11.2	10.5	Vestash	76.57	75.85	76.52	75.50	-0.9	-8.1	89.80	62.36	3.00	3.96	74
5.47	1.57	12.6	10.3	Wacker Chemie	101.70	104.90	105.90	98.80	-3.1	-14.1	124.85	71.31	1.80	1.72	537
1.59	1.59	14.2	12.6	Wincor Nixdorf	49.04	48.18	49.00	47.71	-1.7	-1.1	55.49	34.77	1.85	3.84	249

		16.8		1.8		Tec-Dax		773.14		776.65		782.07		763.46		-0.5		-5.0		870.07		576.46		8.75		1.13		23217			
2.42		2.23		16.0		13.1		Altron		23.70		24.00		24.69		23.09		+1.3		+2.1		2.10		6.39		0.69*		0.58		29.3	
0.85		0.85		14.5		14.5		Hochschule N (CH)		23.01		23.01		24.58		21.66		-0.0		-1.7		48.21		0.36		0.36		0.98		24.0	
0.47		0.27		13.7		11.8		Rechtis		22.70		22.02		22.28		21.56		-0.0		-17.2		25.80		11.30		0.60		0.53		29.3	
0.94		0.34		17.8		16.5		Carl-Zeiss Med.		12.04		11.55		12.00		11.52		-4.0		-7.3		13.19		8.86		0.18*		1.56		58	
0.61		0.27		14.9		12.3		Centromath Photov.		28.34		28.82		29.34		27.55		+1.7		-31.7		48.75		25.13		0.00		0.00		73	
0.31		0.15		0.0		0.0		Cenergy		0.74		0.77		0.79		0.73		+3.6		+16.5		1.18		0.51		0.00*		0.00		3216	
0.63		0.59		11.6		9.0		Dialog Semic (G)		10.08		10.20		10.39		9.65		+1.2		+33.9		13.37		1.43		0.00		0.00		3856	
0.30		0.30		18.1		13.6		Drägerwerk V2		47.85		47.58		47.73		46.81		-0.7		+59.9		55.25		17.04		0.35*		0.74		106	
0.28		0.23		10.4		10.2		Drillisch		5.14		5.20		5.26		5.10		+1.1		+3.0		6.04		1.34		0.00*		0.00		421	
0.21		0.18		0.0		0.0		Evolec		1.96		1.95		1.98		1.93		-4.0		-8.3		2.45		0.62		0.00		0.00		407	
1.06		0.78		5.1		4.8		Irenet N (A)		8.34		8.29		8.52		8.28		-0.6		-11.7		11.10		4.92		0.00*		0.00		967	
0.21		0.15		67.8		16.3		Jenoptik		4.10		4.07		4.17		4.00		-0.7		+7.4		5.20		2.76		0.00		0.00		627	
0.39		0.35		15.2		11.2		Kentron		6.87		6.97		7.00		6.72		+1.4		+2.3		6.33		6.72		0.20*		0.27		448	
0.22		0.11		13.8		12.0		Komet Automation		49.80		50.01		50.95		48.65		-0.0		-24.8		62.62		0.00		0.00		0.00		108	
0.09		0.08		0.0		0.0		Medigene NA		2.62		2.60		2.62		2.66		-0.6		-27.4		5.50		2.46		0.00		0.00		144	
0.34		0.30		42.3		K2.A		Morphosis		15.05		14.81		15.10		14.64		-1.6		-13.1		19.03		12.80		0.00		0.00		97	
0.47		0.25		14.5		9.4		Nordex		7.12		6.98		7.22		6.90		-1.9		-33.4		14.76		6.90		0.00*		0.00		1108	
0.52		0.50		16.1		14.8		Pfeiffer Vacuum		57.72		58.21		59.50		57.03		-0.0		+50.6		45.66		45.58		3.35*		5.76		30	
0.17		0.17		9.0		5.5		Phoenix Solar		26.08		26.04		26.79		25.16		-1.2		-38.3		45.20		24.84		0.00		0.00		115	
0.57		0.4		0.0		30.5		Q-Ceils SE		6.36		6.40		6.57		6.33		-0.6		-0.9		20.50		6.25		0.00		0.00		770	
0.01		4.01		22.5		1.0		Quanta (NL)		17.22		17.24		17.21		17.34		+0.7		+1.7		17.87		1.00*		0.00		0.00		100	
0.20		0.20		11.0		12.0		QSC		1.44		1.44		1.47		1.41		-0.5		-15.6		2.00		1.29		0.00		0.00		356	
0.31		0.27		22.2		15.1		Roth & Rau		22.12		22.23		22.60		21.58		+0.5		-26.4		33.95		17.20		0.00		0.00		166	
0.22		0.21		0.0		583.0		Singulus		5.88		5.83		6.13		5.67		-0.8		+89.9		6.75		1.94		0.00*		0.00		1114	
0.27		0.84		18.0		17.1		SMA Solar Techn.		89.50		94.30		94.50		86.75		+5.1		+1.1		106.70		46.90		1.00		1.06		73	
0.22		1.18		18.5		1.9		Smarrtec (NL)		14.25		15.01		15.05		14.38		+5.3		+0.1		18.93		8.8		0.00*		0.00		77	
0.42		0.22		12.0		10.0		St. Gobain		82.86		82.45		84.70		81.10		+1.6		+10.1		44.50		44.50		0.00		0.00		220	
1.11		0.83		29.2		27.6		SolarWorld		10.05		9.94		10.00		9.84		-1.1		-35.2		24.75		19.5		0.15*		1.51		1551	
2.72		1.25		14.4		14.4		United Internet		10.99		10.80		11.07		10.63		-1.8		+17.1		12.43		6.83		0.00		0.00		1163	
0.84		0.78		15.0		13.6		Wirecard		8.42		8.27		8.39		8.11		-1.7		-14.3		10.25		5.07		0.08*		0.97		1607	